



Stephan Beetz

Empowerment für Lebensqualität im Alter

Forschungsberichte
Fakultät Soziale Arbeit
Nr. 8
Dezember 2013

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Stephan Beetz

unter Mitarbeit von Annegret Saal

Empowerment für Lebensqualität im Alter

Eine Untersuchung zur Teilhabe im Wohnumfeld in sächsischen Wohnungsgenossenschaften

Das diesem Bericht zugrundeliegende BMBF-Forschungsvorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 17S06X10 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

VORWORT

Das Projekt „Empowerment für Lebensqualität im Alter“ ELA wurde über zweieinhalb Jahre von BMWF im Rahmen der SILQUA-Förderlinie gefördert. Damit war es möglich, sich einem Thema zuzuwenden, das zwar in der Öffentlichkeit sehr präsent ist, das aber im Konkreten eines deutlich differenzierten und ausgesprochen sensiblen Zuganges bedarf. Zwar sind die Begriffe Alter(n) und Engagement älterer Menschen allgegenwärtig, aber dies täuscht oft darüber hinweg, dass in den Familien, Freundeskreisen, Nachbarschaften und Quartieren darüber ein weiterer Gesprächs- und Verhandlungsbedarf besteht. In dieser Hinsicht wissen zwar die meisten forschend und politisch Tätigen, dass das Wohnumfeld für das Altwerden eine entscheidende Rolle spielt, aber die Ansätze, wie dies vor Ort konkret umgesetzt werden kann, unterscheiden sich erheblich. Eine wichtige Frage ist dabei die der Teilhabe und Partizipation der Älteren. Hierzu ist der rege Austausch innerhalb der ‚sozialräumlichen‘ SILQUA-Projekte hervorzuheben.

Dass wir den Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften VSWG als Kooperationspartner gewinnen konnten, gab uns die Möglichkeit zu untersuchen, ob und wie förderwirtschaftliche Unternehmen die Teilhabe und Partizipation von Bewohner/innen unterstützen. Vor allem waren der Vorstand des VSWG Dr. Axel Viehweger und die Referentin Alexandra Brylok wichtige Gesprächspartner. Projektpartner war das Institut für gerontologische Forschung in Berlin (IfG), namentlich vertreten vor allem durch Dr. Birgit Wolter, das den Forschungsprozess inhaltlich unterstützte, aber auch eine reflexive Begleitung leistete.

Das Forschungsprojekt ELA war eng mit einem Praxisforschungsprojekt im Masterstudiengang Soziale Arbeit verknüpft, in dem wesentliche Ergebnisse diskutiert wurden. Besonders zu erwähnen ist Anne Saal als Mitarbeiterin, die einen großen Teil der organisatorischen und empirischen Arbeit geleistet hat. Sie ist bei der Verfassung des Projektberichtes zwar stark beteiligt gewesen, insbesondere beim Kapitel VII, konnte aber aufgrund einer neuen Tätigkeit seine endgültige Abfassung nicht mehr mit leisten.

Besonderer Dank gilt von unserer Seite den Genossenschaften und Bewohner/innen, die mit uns zusammen sprachen und arbeiteten. Durch sie wurde dieses Projekt erst konkret. Soweit es möglich war, wird ihre Anonymität gewahrt, deshalb wurde im vorliegenden Bericht an einigen Stellen bewusst auf detaillierte Informationen verzichtet.

Jenseits der Hochglanzbroschüren war diese Forschung für alle Beteiligten ein interessantes und sehr vielschichtiges Feld, sodass wir hoffen, durch das vorliegende Arbeitspapier in diesem Feld Tätigen und Forschenden Anregungen zu geben.

Stephan Beetz

INHALT

Vorwort	3
I Problemaufriss und Forschungsinteresse.....	7
II Methodisches Vorgehen.....	10
2.1 Untersuchungskonzeption	10
2.2 Erhebung von Aktivitäten im Wohnumfeld.....	11
2.3 Auswahl und Darstellung der Fälle.....	13
2.3.1 Projektebene	13
2.3.2 Genossenschaftsebene.....	16
2.3.3 Sozialraumebene	19
2.4 Fallanalyse	21
2.5 Projektbegleitung	22
2.6 Transfer und Vergleich	23
III Empowerment und Genossenschaften	24
3.1 (Un-)Schärfe des Empowerment-Begriffes	25
3.2 Empowerment und die ‚Renaissance der Genossenschaftsidee‘	29
IV Alter(n) als Thema in den Genossenschaften.....	34
4.1 Dimensionen der Thematisierung des Alter(n)s.....	34
4.1.1 Individuelles Alter(n)	34
4.1.2 Demographisches Altern	35
4.1.3 Kollektives Altern.....	38
4.2 Konsens über das Altern.....	39

V	Ausstattung und Wahrnehmung des Wohnumfeldes.....	43
5.1	Gebietsbeschreibung und Infrastrukturausstattung.....	43
5.2	Wahrnehmung des Wohnfeldes – die Perspektive der Bewohner/innen	52
5.2.1	Mobilität und Verkehrsinfrastruktur als Bedingung sozialer Teilhabe.....	53
5.2.2	Versorgung im Gebiet (Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte)	55
5.2.3	Aufenthaltsmöglichkeiten	56
5.2.5	Freizeiteinrichtungen	58
5.3	Die Qualität des Wohnumfeldes als Mobilisierungsansatz.....	59
VI	Strategien der Genossenschaften im Umgang mit ‚Alter(n)‘	61
6.1	Demographiestrategie zwischen Milieuerhalt und -veränderung	61
6.2	Handlungsfelder im Raum des Alter(n)s.....	62
6.2.1	Wohnraumanpassung	62
6.2.2	Wohnkonzepte	64
6.2.3	Wohnumfeldgestaltung.....	66
6.2.4	Netzwerkarbeit.....	67
6.2.5	Soziale Beratung und Unterstützung.....	69
6.2.6	(Generationenübergreifende) Nachbarschaftsaktivierung	70
6.3	Beteiligung älterer Menschen im Wohnumfeld	73
VII	Nachbarschaft als Lebensqualität des Wohnumfeldes	75
7.1	Traditionelle Hausgemeinschaften.....	75
7.3	Nachbarschaften als freiwillige Sozialbindungen.....	81
7.4	Nachbarschaften als supplementäre Unterstützungssysteme	85
VIII	Aktivierung in Projekten.....	89
8.1	Gemeinschaftsaufgaben – zwei Gesichter der Aktivierung	89
8.2	Aktivierung durch NachbarschaftsProjekte.....	91
8.2.1	Projektziele	91
8.2.2	Steuerbarkeit sozialer Beziehungen.....	93

8.2.3	Professionalitätsanspruch.....	94
8.2.4	Institutionenbildung.....	96
8.3	Stellenwert von Empowerment.....	98
8.3.1	Aktivierung als Zweck oder Mittel.....	98
8.3.2	Angebote oder Aktivierung.....	99
8.3.3	Empowerment als Katalysator.....	100
8.4	Entwicklungs- und Lernprozesse.....	101
9.	Zusammenfassung kontrovers.....	103
10.	Literatur.....	108

I PROBLEMAUFRISS UND FORSCHUNGSINTERESSE

Das Forschungsprojekt „Empowerment für Lebensqualität im Alter“ befasste sich mit der Beteiligung älterer Bewohner/innen an der Entwicklung einer wohnortnahen und aktivierenden Infrastruktur am Beispiel sächsischer Wohnungsgenossenschaften. Exemplarisch wurden in Wohnungsgenossenschaften initiierte Projekte analysiert und begleitet, die im Sinne von Empowerment beabsichtigten, die Wohn- und Lebensbedingungen älterer Menschen (z.B. hinsichtlich Mobilität, ärztliche Versorgung, Gestaltung des öffentlichen Raumes, kulturelle Einrichtungen) im Quartier zu verbessern.

Das Forschungsinteresse war auf das Wohnumfeld gerichtet, dessen Beschaffenheit und Ausstattung eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität im Alter darstellen. Ausgangspunkt war, dass die Qualität des Wohnumfeldes eine wichtige Voraussetzung für soziale Teilhabe darstellt. Im Forschungsverlauf wurden fünf Projekte des Engagements in sechs Wohngebieten in fünf Wohnungsgenossenschaften kontrastiert, die sich konkret mit den Lebensbedingungen älterer Bewohner/innen im nahräumlichen Umfeld auseinander setzten.

Wie ein Mensch altert, hängt entscheidend von den Lebensbedingungen vor Ort ab. Nachdem sich die Forschung zunächst auf die Wohnung und das unmittelbare Wohnumfeld bezog, rückte sie in den vergangenen Jahren stärker die Nachbarschaft, das Quartier und die gesamte Gemeinde in den Vordergrund (z.B. Zeman 2007, Eichener 2006, Caro 2008). Damit verändern sich die Akteure: Waren es zunächst vor allem Wohnungseigentümer und Wohnungsunternehmen, so handelt es sich nun um unterschiedliche Vertreter der Stadtplanung, der Wohnungswirtschaft, der Träger von Altenhilfeeinrichtungen oder der Seniorenvertretungen. Im Sinne einer alternsensiblen Stadt- und Regionalentwicklung (Beetz, Müller, Hüttl, Beckmann 2008) ist es erforderlich, dass die kommunalen und lokalen Aktivitäten auf den demographischen Wandel abgestimmt sind, d.h. vor allem im Nahraum auf die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur reagiert wird.

Die Beschaffenheit und Ausstattung des Wohnumfeldes ist einerseits eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität im Alter, andererseits eine Bedingung für aktive Teilhabe. In den sogenannten altersgerechten Planungen wurde nicht selten vernachlässigt, dass die Gewährleistung und Entwicklung von Infrastruktur der aktiven Teilhabe und den Bedarfen älterer Menschen gerecht werden muss. Infrastrukturentwicklungen entsprechen häufig eher der institutionellen Logik der Anbieter und in viele öffentliche Diskussionen fließt nur das Expertenwissen über Infrastrukturen ein. Für einen alternsensiblen Umbau der Städte ist es unumgänglich, die Besonderheiten eines Quartiers und seiner Bewohner zu berücksichtigen, die aus baulichen, finanziellen, institutionellen, nachbarschaftlichen und personellen Eigenheiten hervorgehen. Ein Umbau erfordert unter Umständen ein radikales Umdenken, wenn nämlich Entscheidungsstrukturen und veraltete normative Vorgaben den notwendigen Wandel blockieren. Dabei ist es wesentlich, qualitative Veränderungen in die Überlegungen einzubeziehen, die sich aus veränderten Altersbildern und den Gestaltungsmöglichkeiten eines selbstbestimmten Alterns ergeben.

Das Konzept der Lebensqualität ist dafür prädestiniert, nicht nur die (objektiven) Lebenslagen, sondern auch die subjektiven Bedürfnisse zusammen zu denken (Noll 2000). Die Ausstattung von Infrastruktur spielt für die Einschätzung der Lebensqualität und die Lebenszufriedenheit eine zentrale Rolle (Beetz 2007a; Sturm 2011). Zwar beeinflusst vor allem die Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand im Alter die Lebenszufriedenheit immer stärker, jedoch ist die Einschätzung des Gesundheitszustandes wiederum stark von den erlebten Aktivitäten, Möglichkeiten und Unterstützungen abhängig.

Es gibt eine Reihe von Einzelstudien, die konkrete kollektive Aktivitäten Älterer zur Verbesserung ihrer Lebensqualität beschreiben. Köstler (2006) untersuchte beispielsweise die in den 1990er Jahren entstandenen so genannten „Senioren-genossenschaften“. Aktive und mobile ältere Menschen unterstützen in diesen Genossenschaften alte Menschen, die der Assistenz bedürfen. Dafür erwerben sie Guthaben, die sie dazu berechtigen, bei eigener Hilfebedürftigkeit selbst betreut zu werden. Die vor allem in Baden-Württemberg und Hessen politisch unterstützten und regional verbreiteten Senioren-genossenschaften umfassen ca. 15.000 Mitglieder. Eichener (2006) begleitete das Düsseldorfer Netzwerk, in dem in den letzten 20 Jahren über 100 Gruppen freiwillig engagierter Älterer auf der Ebene eines Stadtteils oder Stadtbezirks entstanden. Beide Studien führen den Erfolg der Initiativen auf die professionelle Initiierung, Moderation, Vernetzung und Unterstützung durch lokale Träger (Wohlfahrtsverband, Kirchengemeinde, Kommune) zurück. Diese Prozessaspekte sind verstärkt in die Forschung aufzunehmen. Die Beteiligung Älterer an der Gestaltung wird in den Forschungen zur partizipativen Quartiersentwicklung in Dortmund über zwei Aspekte beschrieben: Im klassischen Beteiligungsverständnis können Bedingungen des Wohnumfeld bedarfsorientierter gestaltet werden. Darüber hinaus verbessert die Partizipation Älterer deren Lebensqualität, weil sie in Lern- und Gestaltungsprozesse aktiv eingebunden sind und dadurch Teilhabe und Kommunikation direkt gefördert wird (Köster/Rüßler/Stiel 2012; Rüßler 2012: 8).

Es wird von uns eingeschätzt, dass die Diskussionen um Sozialkapital, Empowerment und bürgerschaftliches Engagement in den letzten Jahren vor allem vor dem Hintergrund schnell ableitbarer Handlungsempfehlungen geführt worden sind. Das hatte zur Folge, dass die Grenzen und Möglichkeiten von Aktivitäten Älterer zu wenig definiert wurden. Die Altersforschung hat in den letzten Jahren nachdrücklich darauf verwiesen, dass die Älteren keine homogene Gruppe, sondern in ihren individuellen Lebenslagen sehr unterschiedlich sind, auch bei gleichem Alter bestehen differenzierte Bedürfnislagen (Backes, Clemens 1998). Ansätze zum Empowerment haben zu berücksichtigen, dass Altern nicht zwangsläufig kollektiv geteilte Interessen nach sich ziehen muss, aus denen sich Mobilisierungspotentiale ableiten lassen. Da Engagement nach wie vor durch Lebensgeschichte und Lebensbedingungen des Einzelnen geprägt wird, braucht es gegenwärtig und zukünftig mehr "Anlässe, Orte und Gelegenheitsmacher" (Braun, Bischoff 1999) um Selbsthilfe und Partizipation zu fördern. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse weisen zudem darauf hin, dass es einer Professionalisierung und Unterstützung von Empowerment bedarf, indem zum Beispiel Anstöße vermittelt, reflektierende Momente eingebaut und Verstetigung angestrebt werden. Untersuchungen lassen vermuten, dass viele Projekte zum Erliegen kommen, weil mit Ansprüchen, Blockaden und Krisen nicht umgegangen werden kann. Hilfreiche Strategien können in diesem Fall die Einbindung von informellen Multiplikator/innen, eine Überprüfung der Verankerung von Maßnahmen in der Lebenswelt der Zielgruppe, niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten oder eine externe Moderation sein.

In dem Projekt wird das Empowerment auf eine wichtige Forschungslücke in der Lebensqualität Älterer bezogen. Es geht in erster Linie nicht um die Wohnung und klassische Bereiche ehrenamtlichen Engagements. Die Erhaltung oder Verbesserung von Versorgungsstrukturen (seien es Pflege, Mobilität, Einkaufen, ärztliche Versorgung) stellt besondere Ansprüche an Mitwirkung und Partizipation von Bürgern (Neu 2009). Daran knüpft sich nicht nur als Frage, welche Aspekte von Lebensqualität als wichtig eingeschätzt werden, sondern dass beispielsweise kompensierende oder ergänzende Versorgungsstrukturen eine deutlich höhere Verbindlichkeit und Ineinandergreifen professioneller und ehrenamtlicher Tätigkeiten voraussetzen.

Grundlage unserer Entscheidung, Wohnungsgenossenschaften zum Forschungsgegenstand zu bestimmen war, dass diese in den letzten Jahren eine vielfältige Diskussion um das Engagement vor Ort im Sinne der Mitgliederorientierung geführt haben: Genossenschaften haben in den letzten Jahren eine besondere politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren, wenn es um die Entwicklung von Quartieren geht (König 2004; BMVBW 2004). Sie sehen sich, auch aufgrund der Altersstruktur ihrer Bewohnerschaft, in besonderem Maße generationenübergreifenden, lebenslaufbezogenen Wohnmodellen verpflichtet (Amann, Neumann-Cosel 2000). Als Förderunternehmen für ihre Mitglieder sind sie - wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße - von deren Teilhabe und Engagement abhängig (Beetz 2005). Unter den mit dem Genossenschaftsgedanken assoziierten Begriffen Selbstverantwortung, Solidarität und Selbsthilfe lassen sich Bezüge zur Handlungskonzeption von Empowerment herstellen: Hier geht es um kollektives Handeln, dass zu einer eigenständigen und selbstbestimmten Gestaltung der Lebensbedingungen insbesondere älterer Menschen befähigt und so zur Steigerung ihrer Lebensqualität beiträgt. Zugleich besitzt die Gestaltung des Quartieres für Wohnungsbaugenossenschaften im Allgemeinen eine hohe Priorität. Die Vermietbarkeit von Wohnungen hängt ganz wesentlich mit der Wohnqualität im Quartier zusammen. Langjährige, aktive Nachbarschaften bilden außerdem eine gute Basis für kollektives Engagement, wie Spangenberg (2009) an einer peripher gelegenen Wohnsiedlung zeigen konnte, wobei das Potential der Nachbarschaft häufig erst durch konkrete Aktivierung erschlossen wird (Rohden 2009). Die unterschiedlichen Formen der Partizipation werden vor dem Hintergrund der sozialen Strukturen in den Gebieten analysiert, wobei sowohl das unterschiedlich ausgeprägte soziale Kapital als auch die Rolle von Foren und Netzwerken zur Mobilisierung beleuchtet werden.

Die zentralen Fragestellungen des Forschungsprojektes bezogen sich auf Aktivitäten der Wohnungsgenossenschaften, Ansätze zur Gestaltung des Wohnumfeldes und die Aktivierung von (älteren) Menschen bei der Gestaltung ihres Wohnumfeldes:

- Welche Aktivitäten/Projekte gibt es in Bezug auf eine wohnortnahe, aktivierende Infrastruktur und können diese (generationsübergreifend) verstetigt werden?
- Welche Aspekte der Infrastruktur werden von älteren Bewohner/innen und Akteur/innen als relevant und geeignet eingestuft, um die Lebensqualität im Alter zu halten bzw. zu verbessern?
- Wie können Menschen aktiviert werden, ihre sozialräumlichen Lebensbedingungen im Alter zu verbessern?

Die Fragestellungen wurden im Projektverlauf im Wesentlichen beibehalten. Eine Anpassung erfolgte lediglich dahingehend, dass wir uns stärker als geplant mit der Frage auseinander setzen mussten, warum es im Bereich der Infrastruktur sehr wenige Aktivitäten gibt.

II METHODISCHES VORGEHEN

2.1 UNTERSUCHUNGSKONZEPTION

Die methodische Vorgehensweise lässt sich in den drei Schritten Suche – Erkundung – Vermittlung zusammenfassen. Damit ist ein Forschungsprozess umrissen, der von explorativen und umsetzungsorientierten Phasen geprägt war, die aber nicht losgelöst von der Untersuchung insgesamt stattfanden, sondern im gesamten Prozess aufeinander aufbauten und ein hohes Maß an methodischer Reflexion erforderten. Damit bestand eine starke Affinität zur so genannten Aktionsforschung, d.h. die Forschungsergebnisse und der Forschungsverlauf lieferten Material, auf dessen Basis Interventionen erfolgten und diese wiederum reflektiert wurden.

Der Auswahl der Untersuchungsfälle wurde ein besonderes Gewicht beigemessen, weil diese die Gültigkeit der Ergebnisse erheblich beeinflusst. Im Folgenden werden nach Darstellung der ersten Phase – einer umfangreichen Internetrecherche und Datenaufbereitung – die Kriterien der Fallauswahl behandelt. Anschließend wird die zweite Phase – der Feldforschungseinsatz (inkl. Experteninterviews, Gruppengespräche, Sozialraumbegehungen und niedrigschwellige Befragungen der Bewohner/innen), die Aufbereitung und Auswertung des Materials dargestellt. Die dritte Phase diente der Umsetzung und Vermittlung der Ergebnisse. Abschließend werden Überlegungen zum Transfer der Ergebnisse angestellt (vgl. Abbildung 1).

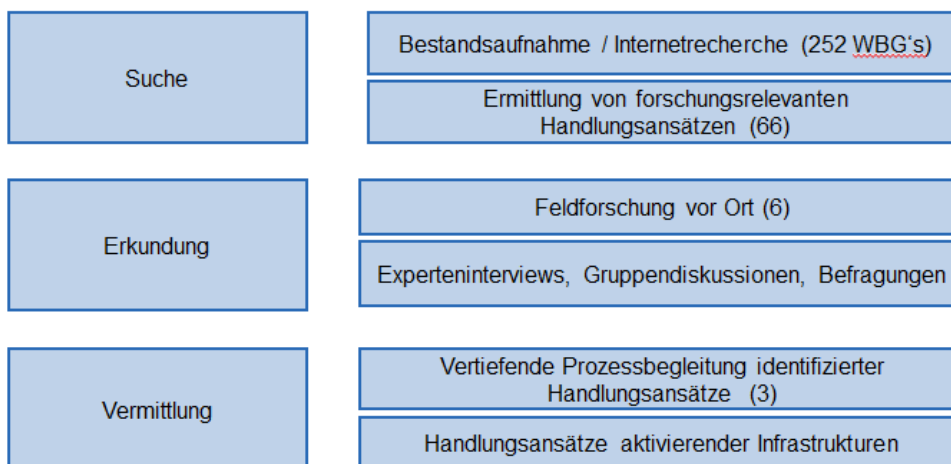


Abbildung 1: Untersuchungsdesign

Neben der Umsetzungsorientierung ist auf eine weitere Besonderheit des Forschungsprozesses hinzuweisen, nämlich die umfangreiche Einbindung eines Praxisforschungsprojektes von Studierenden des Masterstudienganges Soziale Arbeit. Dies verlangte eine intensive Betreuung vor allem in der zweiten und dritten Phase des Projektes. Über einen Zeitraum von drei Semestern (Oktober 2010 bis Februar 2012) waren 18 Studierende, die im Wintersemester 2010/11 ihr Masterstudium der Sozia-

len Arbeit an der Hochschule Mittweida begonnen hatten, intensiv an dem Forschungsprozess beteiligt.



Abbildung 2: Untersuchungsebenen

Analytisch sind im Forschungsansatz drei Ebenen unterschieden worden: die Genossenschaftsebene, die Projektebene und die Nachbarschaftsebene (Abbildung 2). Zwar sind diese bei den untersuchten Aktivitäten häufig miteinander verschränkt, aber sie folgen teilweise einer anderen Logik sozialer Organisation.

2.2 ERHEBUNG VON AKTIVITÄTEN IM WOHNUMFELD

Mit Hilfe der Datenbank des VSWG, des VDW Sachsen und des Sächsischen Genossenschaftsregisters wurden 252 Wohnungsbaugenossenschaften im Land Sachsen ermittelt. Das Institut für Gerontologische Forschung in Berlin wurde beauftragt, eine Bestandsaufnahme aller sächsischen Wohnungsbaugenossenschaften hinsichtlich ihrer genossenschaftlichen Aktivitäten bei der Gestaltung des Wohnumfeldes durchzuführen, um darauf aufbauend Projekte zur vertiefenden Untersuchung auszuwählen. Ein erster Datenabgleich ergab, dass 172 Wohnungsbaugenossenschaften über einen eigenen Internetauftritt verfügten. Bei diesen wurden anhand der zuvor entwickelten Kriterien sämtliche wohn- und wohnumfeldbezogenen Aktivitäten der Genossenschaften erfasst. Ergänzt wurden die Informationen der Internetrecherche durch 25 Telefoninterviews und persönliche Gespräche mit ausgewählten Wohnungsbaugenossenschaften mit und vor allem ohne Internetauftritt.

Auf Basis der Bestandsaufnahme wurde eine Datenbank erstellt, in die genossenschaftsspezifisch folgende Informationen eingepflegt wurden: statistische Daten (Mitgliederzahlen, Wohneinheiten), je nach Datenlagen Aussagen zur Kommunikation innerhalb der Genossenschaft (u.a. Mitgliederzeitung, Gästebuch, Aushänge), Aktivitäten im Bereich „Wohnen im Alter“, Angebote der WBG insbesondere

für ältere Mitglieder, Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten, Partizipation und Selbsthilfe sowie die Kooperation mit anderen Einrichtungen oder Institutionen. In der unten stehenden Abbildung 3 sind auf Grundlage der Selbstdarstellungen der sächsischen Wohnungsgenossenschaften im Internet die am häufigsten Aktivitäten und Maßnahmen zum ‚Wohnen im Alter‘ dargestellt. Dem Thema ‚Wohnen im Alter‘ wird vor allem mit ‚barrierearmen‘ und ‚altersgerechten‘ Aktivitäten begegnet.

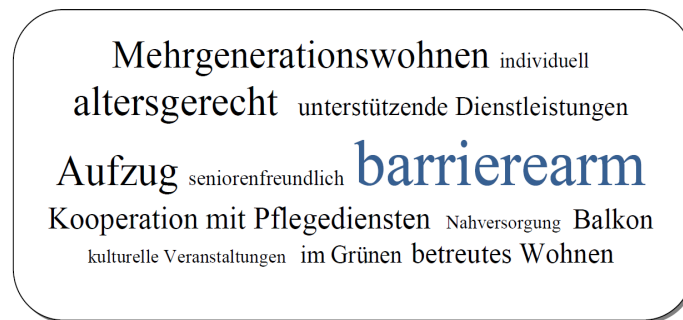


Abbildung 3: Angebote sächsischer Wohnungsgenossenschaften zu Wohnen im Alter (Basis Datenbank)

Aus der Internetrecherche gingen in 66 WGB forschungsrelevante Aktivitäten hervor – Handlungsansätze und Angebote, die ausdrücklich auf die Wohnumfeldgestaltung, nähräumliche Infrastruktur oder auch gesellschaftliche Teilhabe insbesondere älterer Bewohner/innen gerichtet waren. Unberücksichtigt blieben entsprechend unseres Forschungsinteresses jene genossenschaftlichen Maßnahmen, die ausschließlich auf Wohnraumanpassung, Sanierung und bauliche Aufwertung des Wohnbestandes fokussierten. Unter den Initiativen im Wohnumfeld nahmen nach unseren Recherchen nachbarschaftliche Aktivitäten einen großen Stellenwert ein – wie Abbildung 4 veranschaulicht. Häufig handelte es sich um Begegnungsstätten oder Nachbarschafts(hilfe)vereine, die eine Infrastruktur für kulturelle Angebote, Informationsveranstaltungen oder auch Hobbykurse bilden.

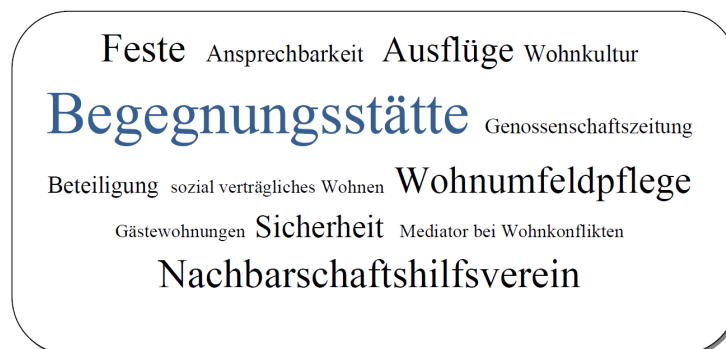


Abbildung 4: Wohnumfeldbezogene Aktivitäten sächsischer Wohnungsgenossenschaften (Basis Datenbank)

Ein erstes Ergebnis der Projektrecherche war, dass der thematische Schwerpunkt des Projektes eine wesentliche Lücke in den Aktivitäten der Wohnungsgenossenschaften und anderer wohnumfeldbezogener Projekte besetzte. Zwar konnten genügend Fälle eruiert werden, die für die weitere Untersuchung geeignet waren, aber deren Zielsetzungen richteten sich fast ausschließlich auf das soziale, nicht das infrastrukturelle Wohnumfeld.

2.3 AUSWAHL UND DARSTELLUNG DER FÄLLE

Aus den eruierten Aktivitäten sächsischer Wohnungsgenossenschaften, die auf eine gemeinschaftsfördernde Wohnumfeldgestaltung und Partizipation abzielten, wurde durch das Projektteam eine Auswahl zur weiteren Untersuchung getroffen. Die Vorauswahl wurde mit dem VSWG diskutiert, mit dem Ziel auch „unbekanntere“, weniger publizierte Fälle einzubeziehen. Als Ergebnis wurden im Frühjahr 2012 fünf Fälle festgelegt. Vier Fälle wiesen eine formal eigenständige Struktur auf, d.h. sie waren innerhalb der Genossenschaft als Projekt oder als eigener Verein abgrenzbar. Ein Fall bezog sich auf die gesamte, relativ kleine Genossenschaft und wies keine formalen Strukturen auf. Auf eine namentliche Nennung der Fälle wird aus Gründen der allen Beteiligten zugesicherten Anonymisierung verzichtet.

Zur Auswahl der vertiefenden Falluntersuchungen wurden folgende Merkmale herangezogen:

- *Projektebene*: vorhandene Aktivitäten im Wohnumfeld in der Genossenschaft (z.B. Begegnungsstätte, Freizeitgestaltung, Nachbarschaftsverein, Hilfe-Börse, Wohnumfeldpflege) und Möglichkeiten der Beteiligungsmöglichkeiten Älterer
- *Genossenschaftsebene*: Struktur der Genossenschaft (kleine und große Genossenschaft, Professionalisierungsgrad/Ehrenamtlichkeit der Vorstände)
- *Sozialraumbene*: sozialraumbezogene Indikatoren (Gemeindegröße, Bevölkerungsentwicklung, Größe der WBG, Gebiets- bzw. Siedlungstyp)

2.3.1 PROJEKTEBENE

Ausgewählt wurden auf der Projektebene fünf Wohnungsgenossenschaften mit nachbarschaftsaktivierenden Maßnahmen, anhand derer im Folgenden der zentralen Fragestellung nachgegangen werden soll, wie insbesondere ältere Menschen aktiviert werden können, ihre sozialräumlichen Lebensbedingungen selbst (mit zu) gestalten. Bei der Fallauswahl wurden unterschiedliche Entwicklungsphasen, Schwerpunktsetzungen und Organisationsstrukturen der Projekte berücksichtigt. Im Folgenden werden die Projekte kurz vorgestellt und abschließend in einer Tabelle gegenübergestellt.

Fall A: Neu gegründeter Nachbarschaftshilfeverein in einer Großstadt

Fall A stellt einen relativ jungen, im September 2010 neu gegründeten Nachbarschaftshilfeverein dar.¹ Der Vereinszweck ist laut Satzung auf die Förderung von Nachbarschaftshilfe und selbstbestimmter Lebensführung im Alter festgelegt, wobei die Unterstützung (älterer) Menschen mit Hilfebedarfen im Vordergrund steht:

¹ Die Darstellung des Falls basiert auf dem Praxisforschungsbericht der Masterstudierenden Anja Götze, Franziska Lungwitz, Maria Römer, Therese Weiß und Jessica Wähler.

„Zweck des Vereins ist die Betreuung und Beratung hilfsbedürftiger Menschen und Förderung der Nachbarschaftshilfe, um eine eigenständige Lebensführung in der vertrauten Umgebung (Nachbarschaft) auch bei Krankheit, Alter und Gebrechlichkeit noch lange zu ermöglichen, sowie die Stärkung und Förderung der Gemeinschaft im Wohngebiet“ (§2 (2))

Anspruch des Vereins ist es nach eigenen Angaben des Internetauftrittes, den Menschen „Geborgenheit und nachbarschaftlichen Kontakt mit gegenseitiger Hilfe“ zu ermöglichen. Damit verbunden sind die Zielsetzungen, der ‚Vereinsamung‘ entgegenzuwirken, Hilfe im Alltag zu geben, nachbarschaftliche Hilfe aufzubauen und insgesamt das Leben fröhlicher und lebenswerter zu gestalten. Mit diesen Zielsetzungen richtet sich der Nachbarschaftshilfeverein an alle Mitglieder der Wohnungsgenossenschaft und fordert insbesondere dazu auf, zu helfen.

Initiiert wurde der Verein durch den Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft, der sich an bereits vorhandenen Nachbarschaftsvereinen in Sachsen orientierte. Erste Versuche, die älteren Bewohner für Veranstaltungen zu aktivieren, schlugen fehl. Infolge dessen sprach der Vorstand der Genossenschaft im Jahr 2010 Frauen aus dem Stadtteil an und motivierte sie, sich an der Gründung des Vereins zu beteiligen. Insgesamt fanden sich durch dieses Vorgehen neun Mitglieder zusammen, welche den Nachbarschaftshilfeverein gründeten. Zum Zeitpunkt der Feldforschungsphase im Mai 2011 hatte der Verein ca. 20 bis 25 Mitglieder.

Fall B: Seit einigen Jahren bestehendes Nachbarschafts-Netzwerk zur gegenseitigen Unterstützung in einer Großstadt

Das untersuchte Nachbarschafts-Netzwerk zur gegenseitigen Unterstützung wurde 2007 auf Initiative eines Mitarbeiters der Genossenschaft entwickelt.² Der Projektgruppe gehörten neben den Leitern der Kundenzentren, der Sozialarbeiterin und einem EDV-Verantwortlichen die zukünftigen Projektmitarbeiter/innen an. Gemeinsam wurden Zielvorstellungen formuliert, die letztendlich dazu beitragen sollten, den Genossenschaftsgedanken mit gegenseitiger Hilfe und Unterstützung stärker in den Vordergrund zu stellen: Integration junger Familien, attraktive Gestaltung des Wohnens für Jung und Alt, Hilfeleistung für ältere Bewohner/innen, damit diese länger in ihrem Wohnumfeld leben können.

Als Handlungsansatz zum Erreichen der formulierten Ziele wurde der Aufbau des Nachbarschaftsnetzwerks gewählt, welches als eine Art kommunikative Tauschbörse von Hilfeangeboten und Hilfeanfragen fungiert. Interessierte Bewohnerinnen und Bewohner stellen entsprechend ihren Kompetenzen, Erfahrungen oder handwerklichen Fähigkeiten Angebote ein, die dann vermittelt werden. Ziel ist es, mittels Leistungskarten und einer Datenbank gegenseitige Unterstützungsangebote zu ermöglichen.

Fall C: Kleine (noch) auf traditionellen Nachbarschaftsbeziehungen beruhende Genossenschaft in einer Kleinstadt

Im Unterschied zu den anderen untersuchten WBG gibt es kein eigens formuliertes Projekt zur Stärkung der Nachbarschaftshilfen oder der Verbesserung des Wohnumfeldes. Wohl der Größe der Ge-

² Die Darstellung des Falls basiert auf dem Praxisforschungsbericht der Masterstudierenden Antje Auspurg, Silke Baum, Christina Böhm, Sven Denecke und Jessica Herrmann.

nossenschaft ist geschuldet, dass zwischen Vorstand und Mitgliedern intensive Kontakte und Kommunikationsstrukturen bestehen. Lebendige Nachbarschaft zeigt sich hier am deutlichsten bei denjenigen Hausaufgängen, deren Bewohner über die Jahre zu einer Gemeinschaft gewachsen, gemeinsame Erfahrungen gemacht haben und miteinander alt geworden sind.³

Das untersuchte Projekt bezieht sich auf Vorhaben in der Genossenschaft, die in den letzten Jahren durch Vorstand und Aufsichtsrat diskutiert wurden, den traditionell starken Zusammenhalt in den Nachbarschaften zu beleben, weil die jüngeren bzw. neuen Bewohner daran wenig teilhaben. Anders als in den anderen untersuchten Genossenschaften besitzt das Projekt keine eigene Organisationsstruktur und befindet sich in einem frühen Entwicklungsstadium.

	A	B	C	D	E
Handlungsansätze	Nachbarschaftshilfeverein Regelmäßige Kursangebote Vorträge, Veranstaltungen Beratung Organisation von Nachbarschaftshilfe	Netzwerk, Plattform Datenbank mit haushaltsnahen Angeboten und Bedarfen Organisation von Nachbarschaftshilfe	Informelle Nachbarschaft Hausaufgangsbezogene Geburtstagsrunden Gegenseitige Hilfen Gemeinnützige Arbeitsstunden	Nachbarschaftshilfeverein Organisation und Vermittlung von Nachbarschaftshilfe Geburtstagsrunden Ausflüge und Feste	Nachbarschaftsverein Regelmäßige Kursangebote Tages-/Mehrtagesfahrten Beratung und Betreuung Fahrdienst
Adressaten	(ältere) Mitglieder der WBG	alle Mitglieder der WBG	alle Mitglieder der WBG	Mitglieder der WBG	(ältere) Bewohner des Quartiers
Projektbeteiligte	WBG, Verein	WBG, Projekt-MA, Verein	Mitglieder, WBG	WBG, Seniorenbüro	WBG, Verein
Initiative	Vorstand der WBG	verantwortl. MA der WBG	Mitglieder	Vorstand der WBG	Vorstand der WBG
Infrastruktur	Veranstaltungsraum und Treffpunkt im Wohngebiet vorhanden	begrenzt vorhanden	teilw. Nutzung von Kellerräumen oder Räumlichkeiten einer Gaststätte	Veranstaltungsraum und Treffpunkt im Wohngebiet vorhanden	zwei Veranstaltungsräume und Treffpunkte im Wohngebiet vorhanden
Bestanddauer	7 Monate, ca. 25 Aktive	4 Jahre, ca. 15 Aktive	beginnend, ca. 5 Aktive	aufgelöst nach zwei Jahren	10 Jahre, rd. 400 Mitglieder

Abbildung 5: Systematische Darstellung der untersuchten Projekte bzw. Maßnahmen (eigene Darstellung)

³ Die Darstellung des Falls basiert auf dem Praxisforschungsbericht der Masterstudierenden Anna-Clara Weyh, Alexander Reichel, Susan Schäftlein und Katrin Blome.

Fall D: Zwischenzeitlich aufgelöster Nachbarschaftshilfeverein in einer Mittelstadt

Ziel des im Jahre 2008 durch Mitarbeiter/innen der WBG gegründeten Vereins war es, Nachbarschaftshilfe organisieren zu wollen. Im Unterschied zu den anderen Ansätzen sollte Nachbarschaftshilfe nicht durch die Bewohner/innen selbst geleistet, sondern über Kontakte zu professionellen Akteuren hergestellt werden. Die WBG und der Verein schätzten nach gut zwei Jahre die Situation so ein, dass seitens der Mitglieder für diese Art Hilfsangebot wenig Interesse bestand.⁴

Interessant ist das Projekt im Untersuchungszusammenhang vor allem, weil es von den Organisatoren als „gescheitert“ abgelegt wurde und in dem „Scheitern“ Anhaltspunkte für strukturelle Schwierigkeiten in Wohnumfeld- und Nachbarschaftsprojekten untersucht werden konnten.

Fall E: Wohnumfeldgestaltung und Nachbarschaftsaktivierung als Aufwertungsstrategien

Der Nachbarschaftsverein wurde mit Hilfe der Genossenschaft gegründet; der Gründung ging ein langjähriges Engagement unterschiedlicher Akteure voraus: Es gab eine Beschäftigte der WBG, die ausschließlich für soziale Belange zuständig war, den Kontakt zu Mitgliedern aufgebaut bzw. aufrechterhalten hat und diese aktiv bei Veranstaltungen, Ausfahrten und Kursen einbezogen hat. Aus einst 48 Gründungsmitgliedern hat sich ein Verein mit über 400 Mitgliedern entwickelt. In Kooperation mit einem Wohlfahrtsverband sind Wohnanlagen für Betreutes Wohnen und Mehrgenerationenhäuser entstanden, die unterschiedlichen Bedarfslagen und Ansprüchen der Mitglieder gerecht werden sollen. Nachbarschaftliche Aktivitäten werden z.B. durch Balkonpflanzaktionen, die Organisation von Kinderferienlagern und Sportcamps, die Ausrichtung von Wohngebiets- und Kinderfesten und Vereinsarbeit unterstützt.

2.3.2 GENOSSENSCHAFTSEBENE

Auf der Genossenschaftsebene ist allen untersuchten Unternehmen gemeinsam, dass sie in den Jahren 1954 bis 1957 als Arbeiterwohnungsgenossenschaften (AWG) gegründet wurden. Der zum Teil deutlich ältere Wohnungsbestand einzelner WBG (vor allem im Fall A) resultiert aus der ‚Fusion‘ mit traditionellen, vor 1945 entstandenen Bauvereinen und gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften (vgl. Adam 1999: 54 ff.). Eng verbunden mit der Gründung der AWG war der Aufschwung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, der wiederum in engem Zusammenhang mit der (plan)wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und ihrer Industriezweige stand (Beetz 2005: 73 ff.). Der größte Teil der Wohnungsbestände ist in allen untersuchten Genossenschaften innerhalb der Wohnungsbauprogramme der DDR entstanden.

Zwar prägen die Vorgaben des Genossenschaftsgesetzes (GenoG) die grundsätzlichen Unternehmensstrukturen, doch gibt es eine erhebliche organisationale Varianz, die sich aus der Größe der Unternehmen, der jeweiligen Satzung, den Wohnungsbeständen, der Unternehmenskultur und der

⁴ Die Darstellung des Falls basiert auf dem Praxisforschungsbericht der Masterstudierenden Daniel Hetzel, Aline Organo, Linda Dörr und Claudia Bergholz.

wirtschaftlichen Lage ergeben. Während viele kleine Genossenschaften über ehrenamtliche Vorstände und Aufsichtsräte geleitet werden, ist bei den untersuchten Genossenschaften mindestens einer der beiden Vorstände hauptamtlich tätig. Einen wichtigen Unterschied gibt es hinsichtlich des höchsten beschlussfassenden Gremiums: Bei vier der fünf Genossenschaften werden alle erforderlichen Entscheidungen durch eine Vertreterversammlung getroffen, beim Fall C aufgrund der geringen Mitgliederanzahl durch eine Mitgliederversammlung. Dies hat zur Folge, dass sich im Fall C alle Mitglieder mindestens einmal im Jahr zur Vollversammlung treffen (können), während in den anderen Fällen vor allem die gewählten Vertreter mit der Entwicklung der Genossenschaft vertraut sind.

	Fall A	Fall B	Fall C	Fall D	Fall E
Gründungsjahr	1954	1957	1957	1954	1954
Wohneinheiten	3.100	5.300	200	3.000	4.300
Mitglieder	3.700	5.600	200	3.100	3.800
Siedlungsstruktur	geschlossene Siedlung	gemischte Wohngebiete in mehreren Stadtteilen	geschlossene Siedlung	gemischtes Wohngebiet	mehrere gemischte Wohngebiete

Abbildung 6: Unternehmensdaten der untersuchten Wohnungsgenossenschaften (Stand Mai 2011)

Fall A - Prinzip einer kompletten Wohnsiedlung

Der zu den mittelgroßen Wohnungsgenossenschaften zählende Fall A (vgl. Abbildung 6) zeichnet sich durch ein relativ geschlossenes Siedlungsgebiet mit heterogenem Wohnungsbestand (neben Plattenbaukomplexen, Siedlungs- und Reihenhäusern auch neue Stadthäuser) aus. Den unterschiedlichen Beständen lassen sich spezifische Bewohnerstrukturen zuordnen: So findet man in der zentrumsnahen Plattenbausiedlung eher junge Leute und Familien; die Quartiere mit Wohnbeständen aus den 1950er bis 1970er Jahren werden von älteren und langjährigen Mitgliedern bevorzugt. Ähnlich dem Fall B erfolgte Mitte der 1990er Jahre eine umfassende Sanierung der Bestände. Nach eigener Darstellung hatte die Genossenschaft Ende der 1990er Jahre mit Leerstand zu kämpfen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, suchte die Genossenschaft nach neuen Ansätzen einschließlich eines Marketingkonzeptes – nach eigenen Angaben mit dem Ergebnis der stetigen Abnahme des Leerstandes seit dem Jahr 2000.

Für die Genossenschafter wurden in dem Wohngebiet umfangreiche Service- und Dienstleistungsangebote geschaffen. So verfügt die WBG über eine eigene Spareinrichtung, Gästewohnungen, hält ein Kontingent an Kindergartenplätzen vor und arbeitet mit Sozialstationen zusammen. Finanzielle Unterstützung der Genossenschaft erhalten zudem mehrere Freizeiteinrichtungen, die in den Wohngebieten als Nachbarschaftstreffs fungieren. Ein neugegründeter Nachbarschaftshilfverein ergänzt das Angebot an Sozialleistungen. Die Strategien der Mitgliederbindung zielen im Fall A auf spezifische Angebote für unterschiedliche Bewohnergruppen (z.B. Baby-Begrüßungsgeld für Familien, Vergünstigungen in Fitnessstudios für Singles oder Auszubildende, Apotheken- und Wäscheservice für Senioren).

Fall B - Gemeinschaft als wohnungswirtschaftliche Profilierung

Mit dem Fall B wurde eine Genossenschaft in die Untersuchung einbezogen, die sich im Wohnungsangebot einer Großstadt mit sehr vielen Wettbewerbern ‚behaupten‘ muss. Die relativ große Wohnungsgenossenschaft verwaltet über das gesamte Stadtgebiet verteilte kleinere und größere Wohnkomplexe in Großblockbauweise, die in den 1960er und Anfang der 1970er Jahren gebaut wurden, sowie Wohnkomplexe in verschiedenen Plattenbausiedlungen, die seit Mitte der 1970er Jahre entstanden sind. Entsprechend vielfältig sind in den verschiedenen städtischen Quartieren, die mit Industrialisierung, Gründerzeit, Planwirtschaft und Rückbau Ausdruck unterschiedlicher Phasen städtischer Entwicklung sind, die Aufgaben des Unternehmens.

Das Selbstverständnis als wettbewerbsorientierter Wohnungsanbieter ist in den letzten Jahren in den Vordergrund gerückt. So stand gerade in den 1990er Jahren die umfangreiche Sanierung, aber auch der Rück- und Umbau sowie der Verkauf von Wohnungsbeständen auf der Agenda. Die Kombination der Rückbesinnung auf genossenschaftliche Ideale, innerbetriebliche Sozialarbeit sowie öffentlichkeitsorientierter und werbewirksamer Aktivitäten zeichnet die Genossenschaft nach eigenen Angaben heute als Wohnungsanbieter aus. Zur Mitgliederbindung werden von der Genossenschaft selbstorganisierte Haus- und Hoffeste materiell wie finanziell unterstützt. Die Genossenschaft sponsert Sportveranstaltungen, veranstaltet kulturelle Events oder ist bei Stadtteilstesten präsent. Mit dem Nachbarschaftsverein sind Räumlichkeiten und Strukturen geschaffen worden, die zumeist von älteren Vereinsmitgliedern genutzt und mit ‚Leben gefüllt‘ werden. Mit der Beteiligung an alternsensiblen Wohnprojekten zielt die Genossenschaft darauf ab, lebenslanges Wohnen zu ermöglichen und neue technologische Ansätze zu etablieren.

Fall C - Überschaubarkeit im Umbruch

Die Wohnungsgenossenschaft Fall C befindet sich in einer Kleinstadt und wurde stellvertretend für die in Sachsen zahlreich vorhandenen ‚kleineren‘ Genossenschaften ausgewählt.⁵ Charakteristisch für die kleineren Wohnungsgenossenschaften sind die vorwiegend ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Organisation der Genossenschaft und die sehr überschaubaren Mitglieder- und Bewohnerstrukturen. Die untersuchte WBG verfügt an zwei Standorten am Rand des Stadtkerns über ca. 200 Wohneinheiten. Der Altersdurchschnitt der Mitglieder liegt den Aussagen der Wohnungsgenossenschaft zufolge bei 66 Jahren. Es gibt einen großen Anteil langjähriger Mitglieder, die zum Teil den Bau der Häuser miterlebt haben bzw. daran aktiv beteiligt waren. Noch heute ist mit der Mitgliedschaft das Ableisten von Arbeitsstunden für die Gemeinschaft verbunden (6 Stunden pro Jahr und Mitglied). Die Nachfrage nach Wohnungen der Genossenschaft insbesondere älterer Menschen aus der Kleinstadt und der Umgebung ist hoch, obwohl die zum Teil fünfgeschossigen Häuser über keinen Fahrstuhl oder andere mobilitäts erleichternden Hilfsmittel verfügen.

⁵ Zu den kleinsten und kleineren Wohnungsgenossenschaften zählen wir jene mit einem Bestand von weniger als 200 Wohneinheiten. Sachsenweit gibt es 95 dieser Wohnungsgenossenschaften (Stand Dezember 2010).

Fall D – Wohnungsgenossenschaft als Teil der Stadtentwicklung

Mit dem Fall D ist eine mittelgroße Wohnungsgenossenschaft berücksichtigt, deren Entwicklung sehr eng mit dem städtebaulichen Wandel verknüpft ist. Wachstum und Schrumpfung des Industriestandortes beeinflussten entscheidend das städtische Leben und die wirtschaftlichen wie sozialen Bedingungen der Genossenschaft. Die WBG umfasst einen Wohnbestand von ca. 3.000 Einheiten, welche sich über das gesamte Stadtgebiet und zwei Gemeinden in der näheren Umgebung erstrecken. Als einer der beiden wichtigsten wohnungswirtschaftlichen Akteure ist die Genossenschaft sehr intensiv in den Stadtbau und die Kommunalpolitik insgesamt eingebunden.

Fall E – Wohnungsgenossenschaft als Akteur der Quartiersaufwertung

Mit dem Fall E haben wir eine Wohnungsgenossenschaft einbezogen, die die Umgestaltung von Wohnungsbeständen in einem ‚schrumpfenden‘ und demographisch ‚alten‘ Quartier als Chance versteht. Der Wohnungsbestand von aktuell ca. 4.300 Einheiten konzentriert auf wenige Stadteile. Die Leerstandsquote ist relativ hoch; dies gilt im Besonderen für die in den 1980er Jahren entstandenen Plattenbausiedlungen mit hoher Bebauungsdichte in städtischer Randlage. Hier hat allein die WBG seit 2001 durch flächenhaften Abriss und Rückbau 2.300 Wohnungen ‚vom Markt‘ genommen. Trotzdem oder gerade deshalb hat sich die Genossenschaft sehr intensiv mit städtebaulichen und nachbarschaftlichen Maßnahmen der Quartiersaufwertung auseinander gesetzt.

Während in den Fällen B und D die Wohnungsbestände innerhalb der Wohnquartiere zwischen verschiedenen Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften aufgeteilt sind, haben wir mit den Fällen A und E zwei großstädtische und mit Fall C eine kleinstädtische Genossenschaft herangezogen, deren Wohnungsbestände auf bestimmte Wohngebiete begrenzt sind. Daraus resultiert genossenschaftliches und wohnungswirtschaftliches Handeln, welches sehr viel ausgeprägter auf spezifische Zielgruppen (Singles, Studenten, Familien, Senioren) gerichtet ist. Beide Wohnungsgenossenschaften befinden sich in traditionellen Industriezentren, deren sozioökonomische Entwicklung eng mit der Dynamik von Automobilindustrie und (Werkzeug)Maschinenbau verbunden ist.

2.3.3 SOZIALRAUMBENE

Sozialräumlich haben wir bei der Auswahl der Wohnungsgenossenschaften auf eine regionale Verteilung innerhalb Sachsens geachtet: Vertreten sind WBG in zwei kreisfreien Großstädten (Fall A und B) und drei Landkreisen (Fall C, D, E). Vor dem Hintergrund disperser wirtschaftlicher Entwicklungen haben wir eine regionale Streuung vorgenommen. Ausgehend vom Bevölkerungsstand 1990 ist die Entwicklung der Einwohnerzahl in allen fünf Orten unter Berücksichtigung der Gebietsveränderungen rückläufig. Das Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs (bedingt durch Abwanderung und niedrige Geburtenraten) gestaltet sich jedoch recht verschieden – wie der Vergleich der Fälle B (- 6,7 %) und D (- 46,3 %) exemplarisch verdeutlicht (vgl. Abbildung 7 unten). Mit der Bevölkerungsentwicklung geht eine veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung einher, was sich im Altenquotient und beim sukzessiv steigenden Altersdurchschnitt ausdrückt. Konsequenzen der demographischen Entwicklung

ergeben sich mit Blick auf die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge jedoch nicht nur für die Städte und Kommunen, sondern auch für die sächsischen Wohnungsgenossenschaften.

	A	B	C	D	E
Stadttyp	Großstadt	Großstadt	Kleinstadt	Kleinstadt	Mittelstadt
Kommunaltyp	Kreisfreie Stadt	Kreisfreie Stadt	kreisang. Gemeinde	kreisang. Gemeinde	kreisang. Gemeinde
Einwohnerentw. (2012 zu 1990)	-22,9	-6,2	-14,6	-46,2	-24,2
1990-2000 (in %)	-17,8	-11,5	-4,5	-26,3	-16,7
2000-2005 (in %)	-4,9	1,9	-6,0	-17,7	-5,0
2005-2010 (in %)	-1,4	4,0	-4,8	-11,4	-4,2
Regionstyp	schrump-fend	stabil-wachsend	schrump-fend	schrump-fend	schrump-fend
Altersdurchschnitt (2012)	48 Jahre	44 Jahre	47 Jahre	47 Jahre	49 Jahre

Abbildung 7: Sozialstrukturelle Merkmale der ausgewählten Wohnungsgenossenschaften (Quellen: Statistisches Landesamt, eigene Darstellung)

Fall A: Stabile Beständen in einer schrumpfenden Stadt

Die Wohnungsgenossenschaft A befindet sich in einem traditionellen Industriezentrum, dessen sozioökonomische Entwicklung sehr eng mit der Industrialisierung verbunden ist. Trotz demographischer Schrumpfung kann die Stadt auf eine gewisse ökonomische Stabilisierung verweisen. Sie liegt in einer bevölkerungsmäßig verdichteten, stark industriell geprägten Region. Die Entwicklungen verlaufen innerhalb der Stadt sehr heterogen, neben Gebieten mit hohen Leerständen existieren solche mit relativ stabiler Bevölkerungsentwicklung und solche mit Wohnungsneubau. Die Stadtentwicklung ist in hohem Maße ‚perforiert‘.

Fall B: Dynamisch und disperse Entwicklungen im Wohnungsbau der DDR und in der Sozialstruktur der Bewohner

Mit dem Fall B wurde eine Genossenschaft herangezogen, die sich im Wohnungswettbewerb der Großstadt ‚behaupten‘ muss. Die regionale ökonomische Entwicklung wird zwar insgesamt positiv beurteilt, aber für die gesamtstädtische Entwicklung sind sehr starke sozialräumliche und sozialstrukturelle Unterschiede festzustellen. Die Milieuzusammensetzung innerhalb der vielfältigen städtischen Quartiere mit Industrialisierung, Gründerzeit, Planwirtschaft und Rückbau ist Ausdruck unterschiedli-

cher Phasen städtischer Entwicklung. Das Portfolio der jeweiligen Wohnungsunternehmen beeinflusst deshalb sehr stark die unternehmerische Situation.

Fall C: Stabile Bestände in einer gut funktionierenden Kleinstadt mit erheblichen Zukunftsfragen

Die Wohnungsgenossenschaft im Fall C befindet sich in einer Kleinstadt, die in einer eher ländlich geprägten Region liegt. Früher wie heute ist sie wirtschaftlich durch einen Branchenmix von klein- und mittelständischen Industriebetrieben und Landwirtschaft gekennzeichnet. Die Kleinstadt weist (noch) eine Vielfalt kultureller und sportlicher Angebote auf; die Folgen der Reduzierung des (öffentlichen) Personennahverkehrs sind allerdings sehr deutlich spürbar. Unsicherheit herrscht bei den lokalen Akteuren, ob die relative Stabilität und gute wirtschaftliche Entwicklung sich in die Zukunft fortsetzen wird.

Fall D: Dynamischer Wohnungsmarkt zwischen Aufbau in der DDR und gegenwärtigem Rückbau

Mit dem Fall D ist eine Wohnungsgenossenschaft berücksichtigt, die sich in einer wirtschaftlich monostrukturellen und deindustrialisierten Region befindet, und zudem seit den 1990er Jahren von immenser Abwanderung gekennzeichnet ist. Die Kleinstadt liegt in einer ländlichen, sehr dünn besiedelten Region. Von Seiten der Stadtentwicklung wird vor allem die Strategie einer Konsolidierung auf ‚niedrigerem‘ Niveau vertreten. So zeigen sich in der Stadt sowohl Folgen hoher Arbeitslosigkeit als auch eine ökonomische Stabilisierung.

Fall E: Aufwertung in Schrumpfungsprozessen

Die industriell geprägte Mittelstadt liegt in einer siedlungsstrukturell verdichteten und industriell geprägten Region. Vor allem in den Außenbereichen der Stadt wirkten sehr starke demographische Schrumpfungsprozesse, währenddessen sich die Innenstadt in den letzten Jahren eher positiv entwickelt hat. Arbeitsplatzabbau und Neuansiedlung von Unternehmen stellen gegenläufige Entwicklungen in einer Stadt dar, die auch von ihrer Funktion als gut ausgestattetes Oberzentrum für die Region lebt.

Bei den fünf Fallanalysen steht mit der Auswahl von Sozialräumen nicht deren Vergleich sondern viel mehr im Sinne von Pluralität und differierenden sozialräumlichen Bedingungen deren Kontrastierung im Vordergrund. Es geht im Folgenden darum, die Vielfalt von Ansätzen vorzustellen und aufzuzeigen, welche Faktoren sich begünstigend oder auch hinderlich bei den identifizierten Maßnahmen auswirken.

2.4 FALLANALYSE

Die Durchführung der zweiten Hauptphase (Fallanalysen) erfolgte im Frühjahr 2011. Es handelte sich um eine intensive Zeit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Feldaufenthalte in vier Genossenschaften (A-D). Nach einem sondierenden Feldaufenthalt in einer Genossenschaft begannen in den Monaten März und April 2011 die vorbereitenden Gespräche mit den Vorständen und weiteren Mitarbeitern sowie erste Gebietsbegehungen. Jeweils eine Gruppe von vier bis fünf Studierenden arbeitete sich in ‚ihre‘ Genossenschaft ein. Auf dieser Grundlage wurden die Feldaufenthalte

geplant sowie genossenschafts- und projektspezifische Fragestellungen entwickelt. Die Feldaufenthalte fanden in der Woche vom 9.5. bis 13.5.2011 statt; sie dienten dazu, sich intensiv mit dem Wohnumfeld auseinander zu setzen, den Alltag ‚dicht‘ zu beschreiben, den gesamten Tagesablauf zu beobachten sowie persönliche Kontakte zu knüpfen und darauf aufbauend niedrigschwellige Interviews mit Bewohnern, Expertengespräche und Gruppendiskussionen mit engagierten Älteren zu führen. Über das Projekt sollten zudem Kontakte zu ‚engagierten‘ Bewohner/innen hergestellt werden, um deren Sicht auf die Qualität des Wohnumfeldes sowie eigene Einflussmöglichkeiten zu erfahren. Die Untersuchungsschritte waren im Einzelnen:

- Sozialraumanalyse insbesondere der Versorgungs- und Infrastrukturen im Quartier
- Experteninterviews mit Akteuren des Sozialraums
- Experteninterviews mit Vorständen der Genossenschaften: Charakteristik der Wohnungsgenossenschaft, Leben im Sozialraum, Angebote der Genossenschaft
- Gruppeninterviews mit aktiven Bewohnern bzw. Mitgliedern der Genossenschaften
- Niedrigschwellige Befragungen von Bewohner/innen zur Wahrnehmung und Zufriedenheit des eigenen Wohnumfeldes

Es handelte sich um einen teilstrukturierten Forschungsprozess, d.h. es bestand für die Studierenden Gelegenheit und Notwendigkeit, sich auf die Situation vor Ort einzulassen. Der Forschungsaufenthalt wurde jeweils begleitet von der Projektmitarbeiterin und dem Projektleiter. Eine letzte Felduntersuchung fand durch die Projektmitarbeiterin und eine studentische Hilfskraft im Mai 2012 in der Genossenschaft E statt. Die Auswertung der Ergebnisse der Feldphase erfolgte in den Monaten Juni bis August 2011. Für alle Gruppen fand mindestens ein einwöchiger Auswertungsblock im Juli statt, auf dem das Datenmaterial gemeinsam ausgewertet und wesentliche Ergebnisse aus dem bisherigen Forschungsprozess festgehalten wurden. Die Forschungsgruppen gaben bis Mitte September einen Fallbericht ab, in dem sie den Forschungszugang, die Methoden und die Ergebnisse dokumentierten. Auf Grundlage der Falluntersuchungen wurden durch die Projektmitarbeiterin, den Projektleiter und die Kooperationspartner fallübergreifende Thesen formuliert.

2.5 PROJEKTBEGLEITUNG

In der dritten Projektphase sollten Forschungsergebnisse auf Workshops weiterentwickelt werden, um Impulse in die Projektentwicklung zu geben. Zwei der vier von den Studierenden untersuchten Projekte wurden dafür ausgewählt; Kriterien waren zum einen das Interesse der Genossenschaftsvorstände und der Projektbeteiligten, zum anderen der Vergleich von einem eher formalisierten, bereits seit einigen Jahren bestehenden mit einem informellen, neuen Projekt. Eine dritte Gruppe bereitete einen Workshop mit Vorständen und Sozialarbeitern in Wohnungsunternehmen des VSWG vor. Jeder der drei Workshops verlangte eine intensive Vorbereitung, in der der Transfer der Ergebnisse aus der Feldforschung und die Beteiligung engagierter Bewohner diskutiert wurden.

Die drei Workshops wurden mit unterschiedlichen Beteiligungsverfahren am 28.11.2011, 10.12.2011 und 8.2.2012 durchgeführt. Während die ersten beiden Workshops dem Ziel dienten, Aktivierungspotentiale in den Genossenschaften mit Mitgliedern und Professionellen (Vorständen/Verwaltung) gemeinsam herauszuarbeiten, diente letzterer dem gemeinsamen Erfahrungsaustausch und der Identifizierung von Handlungsstrategien zwischen Professionellen von sächsischen Wohnungsgenossenschaften (Vorständen/Sozialarbeitern). Alle Workshops wurden umfassend dokumentiert und hinsichtlich des Verlaufes und der Ergebnisse mit den Studierenden diskutiert. In einer der beiden untersuchten Genossenschaften, in denen keine vertiefenden Workshops stattfanden, fand am 6.3.2012 eine umfassende Auswertung mit den Vorständen und Mitarbeitern statt, in der anderen ‚nur‘ eine mit einem der Vorstände.

2.6 TRANSFER UND VERGLEICH

Für den Projektzusammenhang war vor allem der Vergleich in den Strategien gegenüber genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsunternehmen von Interesse. Im Rahmen des Sozialraumseminars des Bachelorstudienganges Soziale Arbeit wurde im Sommersemester 2011 eine Befragung in Roßweiner Nachbarschaften durchgeführt, durch die es gelang, die im Projektverlauf sich herauschälende Bedeutung von Nachbarschaften für die Gestaltung des Wohnumfeldes zu vertiefen. Hierbei konnten wichtige Fragen der Funktion und dem Selbstverständnis von Nachbarschaften untersucht werden.

Um die Ergebnisse in den sächsischen Wohnungsgenossenschaften auf eine breitere Basis zu stellen, wurden zwei kleinere Fallstudie zu Initiativen im Wohnumfeld in Berliner kommunalen Wohnungsunternehmen Ende 2011/Anfang 2012 durch das IGF durchgeführt. Diese beruhten im Wesentlichen auf Expert/inneninterviews, die mit maßgeblichen Akteur/innen in den Projekten durchgeführt wurden. Da eines der beiden Projekte bereits über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten bestand, stellte auch der höhere Institutionalierungs- und Verselbstständigungsgrad eine wichtige Vergleichsmöglichkeit dar.

Die Abschlusstagung mit dem Kooperationspartner VSWG fand als Fachforum im Rahmen der 21. Tage der sächsischen Wohnungsgenossenschaften am 19. und 20. September 2012 in Dresden statt, weil hierbei eine breite Öffentlichkeit für die Projektergebnisse geschaffen werden konnte.

III EMPOWERMENT UND GENOSSENSCHAFTEN

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich das Leitbild des „betreuten Alters“ über das der „aktiven Senioren“ hin zum „gestalteten Leben im Alter“ verändert (Olson 2002). Gesellschaftliche Teilhabe in den Quartieren gewinnt zunehmend an Bedeutung (Kleiner 2007; Rübler/Köster/Heite/Stiel 2013). Es wächst die Einsicht in der politischen Öffentlichkeit, dass ein entscheidender Beitrag zur Durchsetzung selbstbestimmter Formen des Alterns geleistet wird, wenn Ältere sich in der Öffentlichkeit für ihre Belange einsetzen (Bailey 2007). Dabei ist von entscheidender Bedeutung, inwieweit Ältere die Entwicklung der Städte, Gemeinden und Wohnquartiere aktiv mitgestalten, d. h. Verantwortung in den Quartieren übernehmen und sich im Sinne von Citizenship für ihre eigenen und für gesellschaftliche Belange einsetzen (Kohli/Künemund 2001). Während viele Projekte und Einzelaktivitäten auf soziale Unterstützungsleistungen ausgerichtet sind, ist das Engagement älterer Menschen in der Gestaltung ihrer Wohnbedingungen bislang wenig ausgeprägt gewesen (Eifert 2006, Klie 1998). In der Förderschiene SILQUA haben mehrere Forschungsprojekte in diesem Bereich in den letzten Jahren wesentlich Erkenntnisse erzielt.

Dem Begriff „Empowerment“ liegt einerseits der Gedanke zugrunde, dass Menschen hinsichtlich ihrer Lebensbedürfnisse kompetent sind und dass sie andererseits interessiert sind, diese auch umzusetzen. Empowerment – in unserem Verständnis – zielt auf kollektives Handeln zur Verbesserung von sowie der Überwindung nicht-förderlicher Lebensbedingungen. Empowerment besitzt in der Sozialen Arbeit – vor allem in Bezug auf das Gemeinwesen, aber auch in der Arbeit von Selbsthilfeeinrichtungen – eine lange Tradition; es spielt auch in der Gesundheitsförderung eine immer größere Rolle.

Eine Reihe von individuellen und institutionellen Faktoren der Beeinflussung von Empowerment lassen sich aus den Forschungen zum ehrenamtlichen Engagement ableiten. Neben rechtlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen sind es bisherige Erfahrungen des Engagements im Lebensverlauf sowie die Milieuzugehörigkeit, die Menschen im Alter ehrenamtlich aktiv sein lassen (Braun/Bischoff 1998, Brendgens/Braun 2001, Zeman 2007, Aner 2007, Notz 2002). Auch gilt als weitgehend gesichert, dass die soziale Einbindung in Familie sowie in Nachbarschaften, Quartieren und Dörfern den Zugang zum freiwilligen Engagement begünstigen. Vielfach gibt es in Untersuchungen Hinweise darauf, dass Menschen sich stärker bürgerschaftlich engagieren würden, wenn das Engagement mehr Anerkennung und Beratung finden würde (Burmeister 2006). Schließlich beeinflussen die unterschiedlichen Altersbilder, die in einer Gesellschaft herrschen, das Engagement im Alter. So dominiert in Deutschland eher die Vorstellung vom Altersruhestand nach einem arbeitsreichen Leben, während in den USA das Engagement (volunteers) öffentlich nahezu gefordert wird und es als äußerst erstrebenswert gilt, sich auch im Alter in der Gemeinde und für seine Nachbarn zu engagieren (Braucher 2006).

Es ist von verschiedener Seite immer wieder betont worden, dass der Begriff des Empowerment in den letzten Jahrzehnten immer häufiger verwendet wurde, was aber keineswegs zur Klarheit des

Wortsinnes beigetragen hat. Wir haben ihn verwendet, weil er aus unserer Sicht in geeigneter Weise der Dialektik von Person und Umwelt sowie von Erleiden und Verändern gerecht wird.

3.1 (UN-)SCHÄRFE DES EMPOWERMENT-BEGRIFFES

Der Begriff des Empowerment wird in wissenschaftlichen und politischen Publikationen nicht nur widersprüchlich verwendet, sondern er ist außerhalb bestimmter Diskurszirkel relativ unbekannt. Ein einheitliches Begriffsverständnis existiert nicht, so dass ihm nicht nur begriffliche Schärfe fehlt, sondern sogar der Anschein inhaltlicher Beliebigkeit anhaftet (Klöck 1998: 37). Dies zusammen machte im Forschungsprozess eine Auseinandersetzung mit unserem Verständnis notwendig.

Empowerment steht für Konzepte und Handlungsansätze, die ganz allgemein den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung der Menschen zu erhöhen versuchen und ihnen ermöglichen, ihre Interessen eigenmächtig und weitgehend souverän zu artikulieren und zu gestalten. Diese Umschreibung birgt vielfältige Facetten: Die radikale Umverteilung von Macht lässt sich hierunter ebenso subsumieren wie Konzepte des ‚Förderns und Forderns‘, eines ‚schlanken Sozialstaates‘ oder der Anspruch basidemokratischen und partizipatorisch-politischen Handelns (Herriger 2010: 11 f.).

Eine wichtige begriffliche Unterscheidung im Verständnis von Empowerment lässt sich zwischen Bemächtigung und Ermächtigung treffen (vgl. Abbildung 8). Folgt man der etymologischen Herleitung bei Bukasa und Görg (o.J.), so lässt sich das englische Verbum „to empower“ übersetzen mit „jemanden oder sich selbst ermächtigen, mit Macht ausstatten, zu etwas befähigen, Befähigung bei jemandem aufbauen“. Der Prozess der (Selbst-) *Bemächtigung* vollzieht sich in Gestalt kollektiver Selbstorganisation derjenigen Menschen, die sich selbstverantwortlich aus der Position relativer Machtunterlegenheit befreien und sich „ein Mehr an Macht, Verfügungskraft und Entscheidungsvermögen aneignen“ (Herriger 1996: 290) wollen. Diese Lesart ist in der Regel verbunden mit einem „kollektiven Projekt der (Wieder-)Herstellung einer politisch definierten Selbstbestimmung, welches die Umverteilung von Entscheidungsmacht und die Korrektur von sozialer Ungleichheit“ (Herriger: 2010: 19) zur Zielsetzung hat. Immer geht es um das Eintreten engagierter Parteilichkeit für eine „Selbst-Bemächtigung der Ohnmächtigen“ (Klöck 1998: 38). Empowerment im Sinne der *Ermächtigung* hat mehr die Ermöglichung einer gelingenden Mikropolitik des Alltags im Blick, dass beispielsweise unterstützende Hilfen ‚Professioneller‘ zu mehr Selbstbestimmung führen. Empowerment ist hier auf „die Stärkung und Erweiterung der Selbstverfügungskräfte des Subjektes“ (Herriger 1991: 222) gerichtet. Diesem Selbstverständnis folgend soll Empowerment dazu beitragen, Muster ‚erlernter Hilflosigkeit‘ zu überwinden, indem seitens der ‚Professionellen‘ der Defizit-Blickwinkel aufgegeben wird. Dieser Empowerment-Ansatz weist einen engen Bezug zu anderen prominenten Konzepten wie dem der Salutogenese und Resilienz auf.

Die beiden semantischen Felder können sich teilweise widersprechen, aber ebenso bedingen. Sie können sich in einer professionellen Grundhaltung helfender Praxis bedingen, bei denen „Menschen in marginaler Position nicht mehr nur als versorgungs- und behandlungsbedürftige Mängelwesen betrachtet, sondern als ‚Experten in eigener Sache‘ wahrgenommen und gestärkt werden“ (Theunissen 1998: 103). Rappaport verbindet deshalb mit Empowerment „Programme und politische Maßnahmen (...), die es den Leuten möglich machen, die Ressourcen, die ihr Leben betreffen, zu erhalten

und zu kontrollieren“ (1985: 269 u. 272). Empowerment lässt sich also zum einen als ein *kollektiver Prozess der Selbst-Aneignung von politischer Macht* lesen, zu anderen als *professionelles Konzept der Unterstützung von Selbstbestimmung* auffassen. Der doppelte Sinn von ‚Macht übernehmen‘ drückt unseres Erachtens gerade die Stärke des Begriffes Empowerment aus und sollte nicht in einem Aktivierungs-Diskurs einseitig aufgelöst werden, sondern den dadurch vorhandenen kritischen ‚Stachel‘ behalten. Vorsicht ist geboten, mit Konzepten des Empowerment sozialpolitische Strategien der Verantwortungsübernahme zu verknüpfen. Wenn die Position vertreten wird, Partizipation weise heute über die „Teilhabe durch Mitwirkung am gesellschaftspolitischen Leben hinaus und schließt die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen selbstorganisierter Projekte ein“ (Köster u.a. 2012: 18), so sollte dieser Doppelsinn im Blick bleiben.

Ermächtigung	Bemächtigung
Initiierung und Unterstützung durch außen, Schaffung von Bedingungen der Teilhabe	Mindermächtige nehmen sich Macht, werden sich ihrer Mächtigkeit bewusst, Selbstorganisation
Ressourcenorientierung	Machtorientierung
Aktivierung von Ressourcen und Potenzialen, Rückgewinnung von Entscheidungsfreiheit/Fähigkeiten	Durchsetzung von Interessen und/oder Partizipation von Menschen, Thematisierung von Über- und Unterordnung resp. ungleiche/asymmetrische Verteilungen
Individuelles Verhalten	Kollektives Handeln
Individuelle Veränderung von Lebenslagen	Kollektive Veränderung von Lebenslagen, Interaktion mit Anderen (Gruppen oder Institutionen)
Selbstveränderung	Gesellschaftsveränderung
Ermutigung und Stärkung, Erlangen von Selbstwertgefühl und Selbstkontrolle, „psychologisches Empowerment“	Veränderung der Lebenswelt, der lokalen Lebensqualität, der Gerechtigkeit, auch derjenigen Institutionen, die ihr Leben beeinflussen
Instrumentell	Emanzipatorisch
Verbesserung der Lebensführung und personaler Kompetenzen durch Ermutigung, Stärkung von Selbstbewusstsein und der Motivation	(Wieder-) Erlangen von Kontrolle über das eigene Leben, Gewinnung von Autonomie, Aufschließen von Möglichkeitsräumen

Abbildung 8: Dimensionen des Empowerment-Begriffes (eigene Darstellung)

Selbst- und Gesellschaftsveränderung stehen ebenfalls in einem komplexen Zusammenhang. Wir wissen darum, dass sich die Benachteiligten gerade nicht empören, weil sie sich nichts versprechen (Opp 1998). Darin liegt ein diffiziles Problem des Empowerment-Diskurses, inwieweit soziale Un-

gleichheit durch die Logik der Selbstverantwortung und Selbstbemächtigung vermindert wird. „Soziale Ungleichheit wird erst dann zu einem nichttrivialen Problem, wenn durch sie die ‚Freiheit, unterschiedliche Lebensstile zu realisieren‘, beschnitten wird, weil die Welt in dauerhaft Begünstigte und Benachteiligte aufgeteilt ist“ (Kreckel 2006: 15). Lerner (1986) unterscheidet zwischen real powerlessness und surplus powerlessness. Real powerlessness ist die Folge von ökonomischer Ungleichheit und oppressiver Kontrolle, die durch bestimmte Systeme oder andere Personen ausgeübt wird. Als surplus powerlessness wird dagegen die internalisierte Überzeugung bezeichnet, dass keine Veränderungen herbeigeführt werden können, und Menschen den Mut und den Willen verlieren, für mehr Kontrolle und Einfluss über ihr Leben zu kämpfen. Letztere Lesart findet sich in einem Verständnis von Empowerment als Befähigung, die „Schneckenhäuser der Resignation“ (Herriger 2010: 157) zu verlassen. Das so genannte psychologische Empowerment geht davon aus, Selbstakzeptanz und Selbstvertrauen zu stärken, damit Personen (wieder) die Überzeugung gewinnen, die Regie über das eigene Leben führen zu können, also nicht Zufall, Schicksal, andere Mächte oder die Verhältnisse dafür verantwortlich sind. Darauf aufbauend entstehen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen, das Vertrauen in das eigene Vermögen. Menschen, die darüber verfügen, sind stärker daran interessiert, ihre Lebensbedingungen zu gestalten und sich öffentlich dafür zu engagieren. Es entsteht das „Bedürfnis nach ‚Übersichtlichkeit‘ relevanter Umweltausschnitte“ und die Selbstverpflichtung für ein solches Engagement (Herriger 2010: 158; vgl. auch Herriger 2002; Zimmerman/Rappaport 1998).

<i>Ebene der sozialen Einzelhilfe</i>	„Untersuchung der biographischen Wege von Menschen, die ‚in eigener Regie‘ aus einer Situation der Machtlosigkeit, Resignation und Demoralisierung austreten und beginnen, ihr Leben wieder in die eigene Hand zu nehmen“ (ebd.: 86).
<i>Gruppen-ebene</i>	kollektive Selbstorganisation, „die die Grenzen der Privatheit überwinden und eine neue Gemeinschaftlichkeit herstellen“ (ebd.: 130), Orte wie Szenarien bürgerschaftlichen Engagements: soziale Selbsthilfe, ehrenamtliche Mitarbeit in Wohlfahrtsverbänden oder Aktivitäten in Bürgerinitiativen, gemeinsam ist allen Bereichen, dass die ‚Organisierten‘ „kollektive Antworten auf Erfahrungen des Ausgeliefertseins formulieren“ (ebd.).
<i>institutionelle Ebene</i>	Möglichkeitenräume, die mit der „Eröffnung von neuen Gestaltungsspielräumen für Bürgerbeteiligung“ (ebd.: 157) verbunden sind. „Hier geht es um die Schaffung gesicherter Instrumente und Verfahren zur Teilhabe der Bürger an Programmplanung, Dienstleistungsgestaltung und Entscheidungsfindung im Kontext von Verbänden, Sozialverwaltungen und kommunalpolitischen Gremien“ (ebd.).
<i>Gemeinde-ebene (Stadtteil, sozial-räumlicher Kontext)</i>	die Mobilisierung der kollektiven Ressourcen der Bewohner eines Stadtteils, einer Nachbarschaft gerichtet. Gegenstand von Empowerment ist hier die Ermutigung und Befähigung von Menschen ‚vor Ort‘ in ihrer konkreten sozialräumlichen Lebenswirklichkeit, „ihre Stimme zu erheben, ihre (raum- und alltagsbezogenen) Bedürfnisse zu artikulieren, eigene Ressourcen zu entdecken und ihre Lebensverhältnisse gemäß der eigenen Interessen zu gestalten“ (ebd.: 86).

Abbildung 9: Ebenen von Empowerment (nach Herriger 2010, eigene Darstellung)

Norbert Herriger (2010) zufolge sind die Ebenen des Empowerment lediglich analytisch trennbar (vgl. Abbildung 9). Dennoch sollte unseres Erachtens die Dimension kollektiven Handelns eine besondere Aufmerksamkeit erfahren, um den Aspekt der Macht im Sinne von real powerlessness nicht zu vernachlässigen. Dies verlangt, dass die Aufmerksamkeit „auf die gesellschaftliche Verortung der AkteurInnen und auf die Frage nach den Subjekten bei Veränderungen und Empowerment“ (Klöck 1994: 138) gelenkt wird: Wer bemächtigt sich (mit) wem, oder wer soll ermächtigt werden? Diese Frage betrifft nicht nur gesellschaftliche Großgruppen, sondern thematisch und lokal begrenzte Bewegungen und Initiativen. Thilo Klöck (1994: 139) begreift Empowerment als eine Kategorie gesellschaftlicher Praxis, „mit der [sich] die Prozesse einer organisierten Selbstbemächtigung von Menschen“ erfassen lassen. In seinem Verständnis geht es vor allem um eine machtanalytische Auseinandersetzung der Beziehung zwischen Akteuren und Trägern (Intermediäre) im Bereich der Gemeinwesenarbeit.

Eder (1990) hob hervor, dass die Beschäftigung mit kollektivem Handeln in modernen Gesellschaften von einem Randphänomen zu einem zentralen Forschungsgegenstand werden muss, weil wir nur so die Polarisierung zwischen system- und individuumzentrierter Betrachtung aufgeben können. In unserer Auseinandersetzung mit Empowerment als politischer Aktivierung ergeben sich aus der Verwendung dieses Begriffs zwei Konsequenzen: Zum einen wird das normative Problem (Menschen sollen ‚aktiviert‘ werden) zu einem empirisch-analytischen (Menschen handeln aus bestimmten Gründen unter bestimmten Bedingungen kollektiv). Zum anderen wird die Unwahrscheinlichkeit kollektiven Handelns problematisiert, d.h. es sei nach Bedingungen zu suchen, die ein solches ermöglichen: „Was wir haben, sind Individuen, die entweder ihre egoistischen Bedürfnisse zu maximieren suchen oder die sich im Dauerdissens mit den anderen über das Gemeinsame befinden. Kollektives Handeln ist unter diesen Bedingungen eher unwahrscheinlich“ (Eder 1990: 10). Kollektives Handeln hängt einerseits von der Wahrnehmung und Definition einer gemeinsamen Problemlage ab, andererseits davon, inwieweit die Lösung eines Problems als eine kollektive Aufgabe gesehen wird. Eder (1990) übernimmt mit den Begriffen Ressourcenmobilisierung und Konsensmobilisierung zwei Stränge aus der Theorie kollektiven Handelns, die er als zwei Aspekte der Etablierung eines Handlungsfeldes heranzieht.

Die wissenschaftliche Handhabung des Begriffes sieht sich vor eine weitere Schwierigkeit gestellt: Der breite Anwendungsbezug in unterschiedlichen Kontexten wie Gesundheitsförderung, Entwicklungshilfe, betrieblichem Personalmanagement, Behindertenarbeit, Arbeitsmarktpolitik, Kommunalpolitik und Gemeinwesenarbeit verdeckt gewissermaßen, dass die Einbindung in wissenschaftliche Theoriebildung weitgehend fehlt. Gerade wegen seiner Eingängigkeit und scheinbaren Plausibilität sind die kritische Reflexion des Begriffes und eine rekonstruktive Annäherung an den Begriff geraten.

Offensichtlich besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den politischen Erwartungen an das zivilgesellschaftliche Engagement und dem tatsächlichen Potenzial engagierten Handelns für die Herstellung des Sozialen. Das gut gemeinte Vorhaben, durch Empowerment zu verhindern, dass „sozial schwächere Gruppen von der Beteiligung am bürgerschaftlichen Engagement vollständig und unwiderruflich ausgeschlossen sind“ (Enquete-Kommission 2002: 108) wird deshalb alles andere als ein Selbstläufer sein (Aner 2006). So ist Kleiner zuzustimmen, wenn sie schreibt, „Soziale (Alten-)Arbeit [muss] weniger in den traditionellen Effektivitäts- und Produktivitätsdiskursen verortet sein, sondern sehr viel stärker die Diskurse in Bezug auf Ermöglichungsspielräume und Verwirklichungschancen im

Kontext des Lebenslagenkonzeptes thematisieren. Dabei muss ein Recht auf Rückzug, ein Recht auf Langsamkeit und somit auf individuelle Selbstbestimmung als ein gesellschaftlich garantiertes und geschütztes Recht für alle Lebensalter existieren“ (2012: 275). Vor einer „Überbetonung des Aspekts der ‚Aktivierung‘ sei zu warnen, da der inhärente Impuls im Widerspruch zu einer selbst gewählten Rückzugsform stehen kann. Die Akzeptanz des Werts des selbstbestimmten Lebensvollzugs älterer Menschen beinhaltet auch die Anerkennung reduzierter Lebensformen, mit denen sich die älteren Menschen vor allem vor Überforderungen schützen wollen“ (Schubert und Veil 2011: 116).

Ein wichtiger politologischer Ansatz, der den Aspekt der Ermöglichung im Empowerment-Konzept – also nicht den Zwang zur Ermächtigung – unterstützt ist der Capability-Approach von Sen und Nussbaum. Sens Interesse der Ungleichverteilung von „human capabilities“ beinhaltet die körperliche und geistige Verfassung der Menschen, ihren Bildungs- und Wissensstand sowie die materiellen und institutionellen Rahmenbedingungen ihres Handelns. Die Ungleichheit der „Verwirklichungschancen“ verweist auf das Wirken strukturell verfestigter Machtpotentiale. „Ein solcher Ansatz ignoriert nicht den Wert der Entscheidungsfreiheit, da wir Menschen befähigen und nicht nötigen wollen, eine bestimmte Handlungsweise zu wählen. Dies bedeutet erstens, daß wir unser Ziel im Hinblick auf die Fähigkeiten und nicht in Hinblick auf das tatsächliche Handeln definieren; und zweitens, daß eine der Fähigkeiten, auf die wir in jedem Lebensbereich das Hauptgewicht legen, die Entscheidungsfähigkeit ist. [...] So orientiert sich unsere Verteilung nicht am Wohlstand an sich, sondern (beispielsweise) an der Mobilität“ (Nussbaum 1999: 95). Wir werden im Folgenden sehen, dass diese Einschätzung und Haltung für das grundlegende Verständnis von Empowerment sehr wichtig ist.

3.2 EMPOWERMENT UND DIE ‚RENAISSANCE DER GENOSSENSCHAFTSIDEE‘

Im Folgenden soll das Forschungsfeld Wohnungsgenossenschaften als Organisationsform der Ressourcenmobilisierung im Sinne Eders (1990) bzw. der Mobilisierungsform kollektiver Ressourcen (Herziger 2010) diskutiert werden. Die Auswahl von Genossenschaften als Form organisierten Handelns zur Verbesserung von Lebensqualität älterer Menschen, folgte der Überlegung, dass es sich dabei um eine hybride Organisation handelt. Hybrid heißt, dass ihre (interne) Steuerung nicht nur am Marktprinzip, sondern auch an der (Mitglieder-) Demokratie und dem sozialen Miteinander ausgerichtet ist (Beetz 2005). Ganz im doppeldeutigen Sinne einer *Unternehmung* orientiert sie sich sowohl an ökonomischen Prinzipien des Wohnungsmarktes als auch an der Bündelung von Interessen ihrer Mitglieder im Hinblick auf das Wohnen.

Die traditionelle Form der Ressourcenmobilisierung bestand darin, finanzielles Kapital und die so genannte Muskelhypothek der Mitglieder zu bündeln sowie Skaleneffekte im Wohnungsbau zu erzielen. Insbesondere für die DDR-Zeit spielten organisierte Arbeitseinsätze sowie Hausgemeinschaftsaktivitäten eine große Rolle und die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft ermöglichte den Zugang zu Wohnraum (Adam 1999). Mit den Erfolgen im Wohnungsbau sank tendenziell die Notwendigkeit zur Mobilisierung der Ressourcen der Mitglieder. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkte sich eine Diskussion um die ‚Idee der Genossenschaft‘, um über das Verfolgen ökonomischer Zielsetzungen hinaus soziale wie kulturelle Leistungen im Interesse der Mitglieder zu organisieren (vgl. BMVBW

2004: 55 f.). Diese Entwicklung ‚fingen‘ wir in den von uns untersuchten Genossenschaften ein. Das traditionelle Mobilisierungsschema wird in der folgenden Interviewsequenz deutlich:

Es gibt die Basis und die Mitglieder der Genossenschaft, die sich zusammen getan haben umso (...) gemeinsam ein Ziel zu erreichen, was man im Einzelnen nicht schafft. Also sprich, hier sich mit Wohnraum zu versorgen. Für viele ist es nicht möglich, sich ein Einfamilienhaus zu bauen wenn man sich zusammen tut und ein Mehrfamilienhaus baut, geht's deutlich einfacher (C2: 45-49).

In der eigenen Entwicklungsgeschichte, wie sie besonders mit der ‚ersten Generation‘ erinnert wird, ist die Ressourcenmobilisierung sehr präsent, aber die Eigenleistungen der Mitglieder traten zugunsten einer unternehmenszentrierten Bauwirtschaft und Wohnungsverwaltung immer mehr zurück. Zwar wurde noch ein bestimmtes Quantum an Arbeitsleistungen von den Mitgliedern verlangt, dessen Bedeutung aber in Relation zu den gesamten Bau- und Verwaltungsleistungen immer mehr abnahm. Währenddessen die ökonomische Mobilisierung in den Hintergrund tritt, werden soziale Aspekte hervorgehoben. Dabei irritiert allerdings, dass Gemeinschaft als ein Selbstzweck postuliert und nicht als kollektives – gemeinschaftliches oder solidarisches – Handeln für bestimmte Ziele verstanden wird.

Unsere ältesten Genossenschaftler (...) haben also direkt (...) an der Entstehung ihres Zuhauses mitgewirkt. Das war dann, als der industrielle Wohnungsbau entstanden ist, dann nicht mehr so im Detail möglich. Aber wir haben trotzdem mit vielen Leistungen halt auch mitgewirkt. Und jetzt ist es unsere Aufgabe dieses genossenschaftliche WIR-GEFÜHL dann auch am Leben zu erhalten und auch weiter zu fördern, d.h. den Individualismus in diesem geprägten, auf das Individuum orientierten Daseins, was sich ja so langsam entwickelt, in der Form entgegen zu wirken. (D1: 135-145).

Nach den gesellschaftspolitischen Veränderungen im Herbst 1989 standen die 1990er Jahre für die sächsischen Wohnungsgenossenschaften ganz im Zeichen der Sanierung und Modernisierung der Wohnungsbestände sowie der wirtschaftlichen (Neu)Orientierung. Das Argument des günstigen und sicheren Wohnens allein scheint nicht (mehr) hinreichend zu sein. Bezahlbarer Wohnraum sei – wobei durchaus regionale Unterschiede zu konstatieren sind – umfassend vorhanden und damit nicht (mehr) das zentrale Argument für das Wohnen in einer Genossenschaft.

In neunziger Jahren da haben wir uns um dieses, ich nenn es jetzt mal flapsig, Genossenschaftsgedöns nicht wirklich gekümmert. Wir haben das Problem gehabt, dass wir unendlich viel zu tun hatten mit irgendwelchen Sanierungsleistungen. (...) Da ist ein Stück weit was in Vergessenheit geraten. (B1: 183-187).

Die so genannte Renaissance des Genossenschaftsgedankens wird durch einen intensiven Diskurs in den Verbänden der Wohnungsgenossenschaften und der Bundes- wie Landespolitiken unterstützt. Dabei wird an traditionelle identitätsstiftende Momente der ‚Aufbauzeit‘ in der Geschichte der eigenen Genossenschaft angeknüpft. Die Vorstände hoben in unseren Befragungen neben dem Mitgliedsstatus des Bewohners (und den daraus abgeleiteten Rechten und Pflichten) sowie der Wohnsicherheit und -qualität das soziale Miteinander der Mitglieder ‚Genossenschaftlich‘ hervor. Sie zählten also die soziale wie kulturelle Förderung der Mitglieder zu Maximen genossenschaftlichen Handelns. Seinen Ausdruck findet dies in den Selbstbeschreibungen der Genossenschaften unter Begriffen wie

soziales Miteinander, Gemeinschaftssinn, soziale Verantwortung, Tradition, Identität und Selbsthilfe (vgl. Abbildung 10).

Fall A	Fall B	Fall C	Fall D	Fall E
Gemeinsame soziale Verantwortung	Genossenschaft als besondere Unternehmensform,	Traditionelle Überschaubarkeit	Kulturelle Angebote für Mitglieder	Aufwertung des Quartiers durch funktionierende Nachbarschaft
Berücksichtigung von Bewohnerinteressen	Renaissance des Genossenschaftsgedankens	„kurze Wege“ zu Mitgliedern	genossenschaftliche Identität	relevanter Akteur im Stadtteil
Soziale Treffpunkte	Netzwerkbildung	die Mitbestimmung der Mitglieder	Alternativen zum Stigma der Entleerung	
		Selbsthilfe hat große Bedeutung		

Abbildung 10: Verständnis vom Genossenschaftlichen als Mitgliederorganisation

Trotz der genannten Veränderungen priorisierten die von uns befragten Vorstände immer wieder wirtschaftliche Aspekte, wie sie sich aus der Entwicklung der Genossenschaften als ökonomische Ressourcenmobilisierung ergeben. Die Einbeziehung sozialer und kultureller Zielsetzungen steht immer wieder im *Spannungsfeld* zu ökonomischen, auf die sich das Unternehmertum vor allem bezieht. Deshalb bedurfte nicht-ökonomisches Handeln immer wieder der ‚Rechtfertigung‘: So ermögliche beispielsweise erst der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens den notwendigen Spielraum für sozial verantwortliches Handeln.

Die Spielräume ergeben sich eigentlich daraus, wie unsere wirtschaftliche Situation ist. Je besser wir dastehen, und das ist ja eigentlich der Vorteil an Genossenschaft, was wir besser erwirtschaften als Dritte, das können wir für unsere Leute wieder einsetzen. Und daraus denke ich, kann man den Spielraum definieren. [...] Also Priorität ist die Wirtschaftlichkeit dieses Unternehmens. [...] Aus dieser Wirtschaftlichkeit heraus, das muss unseren Mitgliedern (B1: 245-249, 257-267).

Eine weitere Überlegung betrifft die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch außerwirtschaftliches Engagement, z.B. die Verbesserung der Mitgliederbindung zur Reduzierung des Wohnungsleerstandes. In mehreren Fällen existiert eine ausdrückliche Strategie der Mieter- und Mitgliederbindung durch Angebote wie Ferienlager, Seniorenfeiern etc. Schließlich sahen die von uns untersuchten Genossenschaften nachbarschaftsorientierte und gemeinschaftsaktivierende Projekte als ein gesellschaftspolitisches Engagement an:

Wir müssen was tun um letztendlich die Vereinsamung und den Austritten entgegenzuwirken (A1: 296-297).

Wir (...) kämpfen derzeit (...) in diesem großen Spiel gegen (...) gesellschaftliche Entwicklungen an. So, das heißt, selbst wenn's jetzt nicht wahrgenommen wird, halten wir diese Entfremdung in den Bereichen durchaus ein Stück weit auf (B1: 183-189).

Unsere Genossenschaft hat nach der Wende erkannt (...) dass sich viele Menschen ein wenig entfremdet haben (...) ja ((räuspern)) aber auch den Genossenschaftsgedanken zu verwirklichen, sind daran interessiert, dass die Menschen wieder miteinander für ihre Genossenschaft in der Genossenschaft sich auch wohl fühlen und auch für ihre Genossenschaft da sind (B4: 5-10).

Das Begründungsmuster der Entfremdung tritt wiederholt in Gesprächen mit Akteuren der untersuchten Genossenschaften auf und lässt sich in zweifacher Hinsicht deuten: Entfremdung bringt in einer Lesart den Prozess des sich Fremdwerdens zum Ausdruck, in der auf ehemals vorhandene, positive besetzte soziale Beziehungen rekurriert wird. In Abgrenzung zu diesem Blick auf die Vergangenheit wird der heutige Zustand als egozentrisch und eigennützig verortet – es sei sich *jeder selbst der Nächste* (A5: 226). In anderer Lesart lässt sich die Entfremdung als Diskrepanz der Generationen deuten, wenn eben unterschiedliche Einstellungen, Erfahrungen, Lebensentwürfe und Wohnvorstellungen der Hausbewohner/innen spürbar werden. In beiden Fällen wird Gemeinschaft als ein (vergänger) Status quo und die Veränderung als Entfremdung angesehen. Die Artikulation der Entfremdung geht hier einher mit einem Gemeinschaftsverständnis von vertrauten, routinierten sozialen Beziehungen, die die Nachbarschaft vor allem der langjährigen Mitglieder über Jahrzehnte prägten.

Viele wohnen schon sehr lange hier und dann kennt man sich dann auch und hilft dann schon manchmal (...). Aber mit dem neuen Zuzug und und und mit dieser gewissen zum Teil auch Entfremdung der Menschen, die zweifelsohne eingetreten ist. Viele arbeiten die ganze Woche irgendwo weit weg, sind bloß am Wochenende zuhause (...) Da hat das Ganze nicht mehr den Charakter, wie das früher war. (A6: 395-400).

Kerngedanke der so genannten Renaissance der Genossenschaften ist, dass diese nicht ausschließlich für Wohnungen zuständig seien, sondern insgesamt die Lebensqualität der Mitglieder bzw. Bewohner im Blick haben sollten. Wie die folgende Interviewsequenz deutlich macht, erforderten die gesellschaftlichen Veränderungen andere Formen und Zielsetzungen der Ressourcenmobilisierung als die Bereitstellung von Wohnraum.

Wir müssen versuchen, wieder das Interesse und das Gemeinschaftsleben, was eigentlich ne Genossenschaft auch auszeichnet, ja, wieder zu aktivieren. Das ist schon eine hektische Zeit (...) Es ist ja vieles auf uns herein geprasselt. (...) Keiner musste sich um seine Rente kümmern, die lief automatisch. (...) Jetzt musste tausend Anträge ausfüllen, na da scheitern schon viele am Lesen (...) Wir wollen eigentlich die Lebensqualität versuchen, älterer Menschen zu verbessern und zu erleichtern. (A6: 409-419)

Vorstellungen von gemeinschaftlichem und solidarischem Handeln spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle, weil sie anknüpfen an die Idee der Genossenschaft als intermediäre Organisation zur Bewältigung gemeinsamer Interessenlagen. Für unsere Forschung war es nun spannend zu erfahren, inwieweit es dabei zu (neuen) kollektiven Identitäten und Formen der Ressourcenmobilisierung kommt. Die so genannte Renaissance der Genossenschaften wird dabei durchaus im ‚Rückenwind‘ gesellschaftlicher Problemstellungen erlebt, d.h. von der Möglichkeit einer Konsensmobilisierung ausgegangen wird.

Wir müssen erst mal wieder einen gewissen Stand aufarbeiten, dann kann man dort von da aus starten. Und dieses Selbstverständnis Genossenschaften weiterspielen. Ich meine auch dass die Genos-

senschaften ein Stück weit Renaissance erleben. So (...) wenn wir dort von der Devise weg kommen: „ja, ist mir eigentlich egal, wo ich wohne, ich will mehr als nur einen Mietvertrag“, dann glaub ich funktioniert das auch wieder. (...) ich denke, dass wir da in einem allgemeinen Aufwärtstrend sind. (B1: 225-231).

Offen bleibt in dem oben genannten Zitat, welche Erfahrungen hinter dem Postulat stecken. Hier knüpfen unsere weiteren Untersuchungen an. Festzuhalten ist, dass die beiden Diskussionsstränge Renaissance der Genossenschaften und Empowerment miteinander verknüpft sind, weil sie sich auf die kollektive Gestaltung derjenigen Dinge richten, die für Teilhabe an und Chancen in der Gesellschaft als wichtig angesehen werden. Historisch gesehen dürfte auf (Wohnungs-)Genossenschaften als Organisationen zur Förderung ihrer Mitglieder genau das zutreffen, was Zimmerman (1992, 2000) als *empowering organizations* bezeichnet. *Empowering organizations* helfen Menschen bei der Kontrolle über ihr eigenes Leben: „Organizations that provide opportunities for people to gain control over their lives are empowering organizations“ (Zimmerman 2000, 51). Sie sind eine unternehmerische Form der kollektiven Selbsthilfe. Umstritten war zwischen den verschiedenen (politischen) Richtungen der Genossenschaften stets, inwieweit es sich auch um so genannte *empowered organizations* handelt, d.h. die Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen oder Alternativen anbieten: „Organizations that successfully develop, influence policy decisions, or offer effective alternatives for service provision are empowered organizations“ (ebd.).

Im Sinne von *empowering organizations* wäre davon auszugehen, dass für die Mitglieder Möglichkeitsräume geschaffen werden (u.a. Begegnungsstätten, Gemeinschaftsräume, etc.), „in denen Interessen und Erfahrungen ausgetauscht und entfaltet werden können“, die zur Entwicklung und Pflege gemeinsamer, kollektiver Identität (Stark 1996: 136) beitragen. Grundsätzlich steht beim Begriff *Empowerment* die Charakterisierung eines Prozesses bzw. einer *Veränderung* – das *Wie* – im Vordergrund, nicht die Beschreibung einer Struktur oder zu erreichender Ziele. Diese schließt die Organisation der Erlangung von Kapazitäten und insbesondere die Rolle so genannter Intermediärer ein. In Zusammenhang mit der oben beschriebenen Renaissance der Genossenschaften sind deshalb für uns zwei Fragen interessant gewesen: Inwieweit gehört die Gestaltung des Wohnumfeldes für Ältere zu den Aktivitätsfeldern, in dem Genossenschaften wirksam werden? In welcher Weise sehen sich Genossenschaften als Organisation kollektiver Handlungen?

IV ALTER(N) ALS THEMA IN DEN GENOSSENSCHAFTEN

Die ‚Alterung‘ der Gesellschaft ist ein wichtiges Thema sächsischer Wohnungsgenossenschaften. Auf der Verbandebene wird dieses öffentlichkeitswirksam thematisiert, innovative Konzepte wie AlterLeben⁶ entwickelt und zugleich in den politischen wie fachlichen Diskurs zur wohnungswirtschaftlichen Entwicklung Sachsens eingebracht. Im folgenden Kapitel soll nun untersucht werden, in welcher Weise Altern thematisiert wird, inwieweit es als Thema einer Konsensmobilisierung genutzt kommt. Dazu werden zunächst verschiedenen Dimensionen der Thematisierung des Alter(n)s entwickelt, um dann Aussagen darüber zu treffen, welche Bilder des Alter(n)s thematisiert werden.

4.1 DIMENSIONEN DER THEMATISIERUNG DES ALTER(N)S

Ausgehend von unseren Forschungsergebnissen erscheint uns die strukturelle Unterscheidung von individuellem, demographischem und kollektivem Alter(n) hilfreich. Die von uns getroffene Unterscheidung zwischen individuellem und demographischem Alter(n) folgt im Wesentlichen der von Höpflinger und Stuckelberger (1999). Abweichend von der Gegenüberstellung individuelles versus kollektives Altern bei Lehr (2007) betonen wir allerdings mit letzterem Begriff mesosoziale Prozesse. Beleuchtet werden sowohl quantitative als auch qualitative Dimensionen des Alters und Altersprozesses, die wiederum bedeutsam für die forschungsleitende Frage der Gestaltbarkeit des Wohnumfeldes durch Genossenschaften und ihre Mitglieder sind.

4.1.1 INDIVIDUELLES ALTER(N)

Unter dem Begriff des individuellen Alter(n)s verstehen wir körperliche, psychische und soziale und Veränderungen bzw. Statuspassagen im Lebensverlauf des einzelnen Menschen. Obwohl Altern in vielfacher Weise durch die Gesellschaft beeinflusst wird, erfordert es eine persönliche Bewältigung. Die bewusst gesetzte Klammer verweist zum einen auf das Alter als Lebensphase und zum anderen auf das individuelle Altern als lebenslanger Prozess.

Die Begrenzung des Alters auf eine bestimmte Lebensphase geht zwangsläufig mit der Frage einher, wer bestimmt, wann man alt ist bzw. zu den ‚Alten‘ gehört. Gerade im Hinblick auf die körperliche wie geistige Leistungsfähigkeit zeigt sich die Problematik der kalendarischen Zuordnung. Je nach Lebensbereich (z.B. Leistungssport, Bildung, Erwerbstätigkeit) gelten Menschen in unterschiedlicher Zuordnung als ‚alt‘. Einerseits existieren normierte Altersgrenzen, andererseits gehen Fremd- wie Selbstzuschreibungen des Alters weit auseinander und sind fließend. Der Befund der Generali-

⁶ Hinter dem Konzept AlterLeben verbirgt sich die projektbasierte Entwicklung des Geschäftsmodells der mitalternden Wohnung. Unter Leitung des VSWG wurden zwischen 2009 und 2012 in Kooperation mit Forschungsinstituten, Wirtschaftsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften Pilotlösungen zum selbstbestimmten Wohnen in der Einheit von technischer Lösung und Dienstleitung realisiert (vgl. dazu <http://alter-leben.vswg.de/>).

Altersstudie, dass sich Menschen im Durchschnitt um zehn Jahre jünger einschätzen als ihr kalendarisches Alter ist (Generali Zukunftsfonds 2013: 32), bestätigt die Erfahrungen, die wir mit der Thematisierung von Alter(n) machten: Ein Großteil der älteren Menschen behauptete von sich, nicht ‚alt‘ zu sein. Die individuelle Perspektive des subjektiven Alterserlebens bricht sich gewissermaßen an der gesellschaftlichen Unbestimmbarkeit des Alters.

Die Thematisierung des individuellen Alter(n)s erfolgte eher indirekt. Uns begegneten Menschen in den Bewohnerbefragungen, die ihre Alltagserfahrungen mit Alter(n) in Verbindung brachten. Über Alter(n) zu reden, erfolgte nicht selten über altersbedingte gesundheitliche und körperliche Beeinträchtigungen Anderer.

Es ist hier draußen sehr schön, aber die Einkaufsmöglichkeiten sind für ältere Leute zu weit (A5: 91-92)

Na das is ja bei uns eigentlich immer (?), bei uns die Nachbarin, die is paar in de achtzsch Jahre und wenn die eben ma krank is oder gesundheitlich (...) ni mehr so kann, wird dann eben die Hausordnung mit gemacht oder man geht eben mal einkaufen, wenn se was möchte haben. (C2: 60-70, P4)

Die Einordnung des kalendarischen Alters erwies sich als nachrangig gegenüber den wahrnehmbaren Folgen, die als Altern bezeichnet wurden. Während in der ersten Sequenz der Begriff Alter deckungsgleich für körperliche Defizite verwendet wird, werden im zweiten Textausschnitt die Unterstützungsbedarfe zwar mit dem hohen Alter verbunden, aber vor allem mit den gesundheitlichen Beeinträchtigungen begründet.

Die Heterogenität und Pluralität des Alters führt dazu, dass individuelles Alter(n) nicht von vornherein als eine gemeinsame und miteinander teilbare Lebensphase verstanden wird. Leistungsfähigkeit, Erfahrungen, Werthaltungen oder auch Lebensformen verweisen ausdrücklich auf die Verschiedenartigkeit älterer Menschen in derselben Lebensphase und zudem auf den sozialen und strukturellen Wandel (Kruse/Wahl 2010: 4 ff.). Die Alternsprozesse unterscheiden sich einerseits von Person zu Person (interindividuell), andererseits durchläuft eine Person verschiedenartige, zeitlich getrennte Alternsprozesse (intraindividuell). Es handelt sich folglich um einen mehrdimensionalen individuellen Prozess, der wiederum in Dynamiken des sozialen Wandels eingebettet und kulturell mit gesellschaftlichen Rahmungen und Konventionen verbunden ist (Backes/Clemens 2008: 14).

4.1.2 DEMOGRAPHISCHES ALTERN

Unter der Perspektive des demographischen Alterns werden die Verschiebungen in den Altersstrukturen industrieller Gesellschaften diskutiert. Subsumiert unter dem Schlagwort des demografischen Wandels sind dabei die Trends zurückgehender Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung benannt, deren Dynamiken von regionalen und lokalen Entwicklungen beeinflusst werden.

Alle Kommunen und Stadtgebiete, in denen wir Genossenschaften untersucht haben, erfuhren seit 1990 bei teils gravierendem Bevölkerungsrückgang einen Prozess der demographischen Alterung (vgl. Abbildung 11): Die Fälle A, C und E weisen ähnliche demographische Alterungsprozesse auf, der Fall D zeigt einen außerordentlich hohen demographischen Alterungsprozess bei gegenwärtig (noch) relativ niedrigem Altenquotienten. Im Fall B fällt der demographische Alterungsprozess etwas gerin-

ger aus. Diese Unterschiede sind vor allem darauf zurückzuführen, dass für die Entwicklungen in den untersuchten Kommunen nicht nur der demographische Wandel, sondern in hohem Maße die altersselektive Migration den Ausschlag geben.

		A	Ba	Bb	C	D	E
Altenquotient (1990)	Alterung der Bevölkerung	23,0	23,3		28,4	10,8	23,4
Altenquotient (2010)		43,6	33,9		44,6	37,0	42,2
Altersdurchschnitt Kommune (1990)		39,7	40,0		41,4	32,2	39,8
Altersdurchschnitt Kommune (2010)		47,3	44,0		47,4	48,0	47,3
Altersdurchschnitt ⁷ (WBG/Sozialraum)		58,0	58,5	58,8	66,0	k.A.	k.A.

Abbildung 11: Demografische Entwicklung der untersuchten Kommunen und Genossenschaften (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen 2012, Demografiemonitor Sachsen, eigene Darstellung)

Die kommunalen demografischen Entwicklungen beeinflussen die von uns untersuchten Sozialräume der genossenschaftlichen Wohnungsbestände, die Bevölkerungsrückgänge fallen gegenüber den gesamtstädtischen Entwicklungen aber größtenteils geringer aus, währenddessen die demographische Alterung weiter fortgeschritten ist. Dieser Trend dürfte für einen erheblichen Teil der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland zutreffen (BMVBW 2004). Für den relativ hohen Altersdurchschnitt gibt es folgende Ursachen:

- Lange Wohndauer, verbunden mit ausgeprägter und gewachsener Identifikation (miteinander Alt werden)
- Geringe Umzugsmobilität der älteren, langjährigen Bewohner/innen
- Starke Fluktuation bei jüngeren Bewohnerhaushalten
- Hohe Wohnfluktuation der heranwachsenden mittleren Generation zu Beginn der 1990er Jahre
- Altersselektiver Zuzug.

Die Faktoren für den relativ hohen Altersdurchschnitt stehen im Zusammenhang mit der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der so genannten Wachstumsgenossenschaften (vgl. Beetz 2005: 76 f.). Stark in das staatliche, wohnungspolitische System eingebunden, entstanden Ende der 1950er

⁷ Zur Darstellung der Altersstruktur in Genossenschaften werden grundsätzlich zwei Verfahren verwandt. Meistens wird das Alter bzw. das Geburtsjahr der Mitglieder angegeben, was in der Regel zu einem sehr hohen Altersdurchschnitt führt, weil zumeist die ältesten Personen eines Haushaltes Mitglied und Kinder nicht eingerechnet sind. Zum Vergleich mit der Altersstruktur einer Gebietsbevölkerung ist dieses Vorgehen nicht geeignet. Nur wenige Genossenschaften verfügen über Informationen zur Altersstruktur ihrer Bewohnerschaft. Wir können daher nur die Tendenz angeben, dass die untersuchten Fälle im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittliche Altersstrukturen aufweisen.

Jahre unter Mitwirkung der zukünftigen Bewohner/innen Wohnkomplexe, gefolgt von einer Phase intensiver Bautätigkeit in den 1960er bis 1980er Jahren (Großblockbauweise und Plattenbauten) (vgl. Adam/Ulrich 2000: 41 ff.). Die Bewohnerschaft setzte sich damals größtenteils aus Haushalten zusammen, die sich in der Familiengründungsphase befanden: *Wir waren alles junge Leute, haben gerade geheiratet, um die 22, 23 [Jahre] rum* (B6: 812-813). Charakteristisch für die demographische und soziale Entwicklung ist deren lange Wohndauer. So haben wir bei den untersuchten Genossenschaften A und C Nachbarschaften gefunden, die in ihrer Zusammensetzung seit fünfzig Jahren bestehen. Die Wohnquartiere der anderen Genossenschaften (Ba, Bb, D und E) sind etwas jünger, doch haben wir auch dort Nachbarschaften mit 30- oder 35jähriger gemeinsamer Wohndauer angetroffen.

Zwar verzeichnen die untersuchten Genossenschaften den Zuzug neuer, jüngerer Bewohner/innen, aber deren Verweildauer unterscheidet sich erheblich: So lässt sich bei jüngeren Bewohnerhaushalten (Auszubildende, Studenten, Singles) eine starke Fluktuation konstatieren, die durch vergleichsweise hohe Mobilitätsbereitschaft sowie sich ändernde Lebenssituationen im beruflichen wie familiären Bereich erklärt werden kann. Seit Beginn der 1990er Jahre haben sich die Bestände der Genossenschaften im Zuge des gesellschaftlichen Wandels (Abwanderung, Suburbanisierung, Aufwertung der Innenstädte) zum Teil stark verändert. Insbesondere die heranwachsende, Eigentum bildende mittlere Generation ist den Genossenschaften ‚verloren‘ gegangen. Auch von den befragten Bewohner/innen selbst wird das demographische Altern mit dem subjektiven Erleben des ‚Wegbleibens‘ der jüngeren Bewohnergruppen problematisiert.

Die hier angesprochene quantitative Dimension des Alter(n)s ist für Wohnungsgenossenschaften eine zugleich existenzielle Frage – geht es doch um nicht weniger, als unter sich ändernden demografischen Bedingungen einen hohen Vermietungsstand und eine geringe Fluktuation zu erreichen bzw. aufrechtzuerhalten (vgl. BMVBW 2004: 49 ff.). Der Prozess der demographischen Alterung hat für die Genossenschaften und auch für die Bewohner/innen der Sozialräume mit Blick auf die soziale und bauliche Infrastruktur, die Mobilität und Teilhabechancen weit reichende Konsequenzen (vgl. dazu Kapitel V).

Das Durchschnittsalter unserer Genossenschafter liegt inzwischen bei circa 60 Jahren (...). Aus dieser Situation heraus haben wir natürlich Probleme, wo wir sagen, die Menschen werden immer älter, wollen aber gerne in ihrer Genossenschaft wohnen bleiben. Aus diesem Grund haben wir uns natürlich auch Gedanken gemacht, wie wir die darin unterstützen können (B3: 69-74)

In der jüngeren Vergangenheit wurde insbesondere im Osten Deutschlands einhergehend mit den Begriffen ‚Schrumpfung‘, ‚Überalterung‘ oder auch ‚Entleerung‘ die demografische und damit quantitative Perspektive des Alterns betont. Diese ‚quantitative‘ Dimension verstellt dabei oft den Blick auf die Ausdifferenzierung von Lebensformen, Entfaltungsmöglichkeiten älterer Menschen, deren Autonomieansprüche oder sich im Lebensverlauf ändernde Wohnvorstellungen. Hier ist die qualitative Dimension des Alterns angesprochen, bei der ausdrücklich die Lebenswelten, subjektorientierten Erfahrungen und Ressourcen wie zugleich ermöglichende Strukturen zu berücksichtigen und handlungsleitend sind.

4.1.3 KOLLEKTIVES ALTERN

Neben dem individuellen und dem demographischen Altern kristallisierte sich im Forschungsprozess das kollektive Altern als weitere analytische Dimension heraus. Kollektiv bezieht sich hierbei explizit auf den Generationenzusammenhang, in dem sich bestimmte soziale Beziehungen, Erfahrungen und Wahrnehmungen bündeln. Nicht die Alterung einer (zahlenmäßigen) Bewohnerstruktur bildet den Referenzrahmen, sondern die (gemeinsame) Alterung einer sozialen Gruppe. Altern basiert auf einem interaktiven, gemeinsam geteilten Erfahrungen und Deutungen. In unseren Fällen bilden die langjährig bestehenden Nachbarschaften solche Referenzrahmen. Sie beruhen auf spezifischen Formen der Vergemeinschaftung als Resultat intensiver und prägender gemeinsamer Erfahrungen. Dies kommt in der Aussage eines Vorstandes wie folgt zum Ausdruck: *Die sind zusammen eingezogen, die (...) haben die Kinder zusammen groß gezogen und sind zusammen alt geworden (A1: 126-128)*. Die Bewohner/innen teilten einen bedeutenden Teil des Alltags miteinander. Die relativ altershomogenen Nachbarschaften der ‚ersten Stunde‘ befinden sich inzwischen in der Nachelternphase und stehen vor dem Renteneintritt bzw. haben diesen schon erlebt. Nun prägt das gemeinsame Älterwerden das Wohnen und Leben als ebenfalls kollektiver Erfahrungsprozess. Dies verbildlicht die Schilderung eines Bewohners der Genossenschaft C:

Erst waren hier Kinder, haufenweise (...) Also in eben, in jeder Familie, sonst wäre das gar nicht losgegangen. So und bis zu drei. Und draußen müssen Sie sich vorstellen, die Kinder spielten Fußball und die hatten die Freunde in der Stadt, die das dort nicht so durften. Bei uns war Platz, da haben sie sich Tore gebaut. Am Anfang haben wir die Tore weggeräumt. (...) Jetzt ist das so, jetzt sind keine Kinder mehr da und jetzt ist das als wäre das ein großes Altersheim bei uns. Muss man so sagen. Mittags eine Ruhe (C1: 371-390).

In der Erinnerung des Bewohners vermitteln in den ersten Jahrzehnten Familien und zahlreiche Kinder ein lebendiges Bild des Quartiers. Dem wird das des Altersheims als Kontrast gegenübergestellt: Die Bewohnerschaft ist gemeinsam alt geworden, ist ‚übrig‘ geblieben – ein Zustand, der als Verlust erlebt wird. Sowohl von Vorständen als auch Bewohner/innen haben wir dieses Phänomen wiederholt beschrieben bekommen.

Das wurde altersbedingt auch, dass es [Hausgemeinschaften; Anm. A.S.] (...) nicht mehr gibt. Also zum Beispiel (...) Leerstand zwei und die Anderen dann gesundheitlich, jeder für sich hilfsbedürftig. Dann liegt es nicht am guten Willen sondern am Können. (...) Ich hab vier alte Leutchen, die zu meinem Freundeskreis gehören, die leider jetzt gar nicht mehr wissen wenn ich komme, aber ich geh selbstredend hin (E3: 236-241, M).

Bis heute stellt diese ‚ältere‘ Generation den größten Mitgliederanteil in den Genossenschaften und prägt diese erheblich. Sie haben nicht nur in der Einzugsphase vor dem Hintergrund der damaligen Wohnraumknappheit eine Verbesserung von Wohlstand und Wohnqualität erfahren, sondern sehen ‚ihre‘ Genossenschaft auch heute noch als Garant für verhältnismäßig günstige und stabile Mieten, lebenslanges Wohnrecht sowie Sicherheit und Ordnung. Sie besitzen damit einen starken Konsens. Dieser bezieht sich allerdings kaum auf die Veränderungen des kollektiven Alterns, sondern vor allem auf die Konservierung einer bestimmten Struktur. Eigentlich sprechen die Bewohner von sich selbst als damals jungen Familien und sind Teil des heutigen ‚Altersheims‘. Damit verbunden ist die

für Empowerment wichtige Frage, inwiefern das kollektive Altern als gestaltbare Praxis thematisiert und Inhalt von Mobilisierungsstrategien wird.

4.2 KONSENS ÜBER DAS ALTERN

Wie individuelles, demographisches und kollektives Altern thematisiert wird, hängt wesentlich von gesellschaftlich geteilten Bildern über Alter und Altern ab. Altersbilder stellen im Sinne der Konsensmobilisierung die Basis für kollektives Handeln dar. Auch den genossenschaftlichen Akteuren liegen Verständnisse und Wahrnehmungen des Alter(n)s zugrunde, aus denen die Anerkennung bestimmter Bedürfnisse, Kompetenzen und Bedürftigkeiten abgeleitet wird (Filipp/Mayer 2005: 28).

Ein Altersbild, das wir im Rahmen unserer Untersuchung in allen Genossenschaften identifiziert haben, ist das vom ‚Altwerden im vertrauten Wohnumfeld‘. Es wird von Bewohner/innen wiederholt als Wunsch formuliert und die hauptamtlichen Akteure leiten daraus die Aufgabe ab, zu ermöglichen, *dass die Alten oder älteren Genossenschafter so lange wie möglich in ihrer Wohnung selbstbestimmt leben können* (B3: 444-445, vgl. auch B1: 58, D1: 372-373). Auf die Frage, was für die Lebensqualität im Alter wichtig sei, antwortet ein Vorstand:

Dass die Bewohner selbstbestimmt weiter leben (...) und sicher, also dass sie sich keine Sorgen machen müssen. Ich denke mal gerade für ältere Bewohner ist es (...) ein hohes Gut, dass sie wissen, dass ihre Wohnung sicher ist. Das, dass sie die Wohnung nicht verlieren und (...) dass es auch von der Mietentwicklung kalkulierbar ist für die Bewohner, also dass sie wissen, meine Rente reicht definitiv immer aus um die Wohnung zu bezahlen (C2: 512-517).

Wenn auch nicht immer explizit angesprochen, liegt den Überlegungen der Genossenschaftsvorstände die Annahme zugrunde, dass sich die altersspezifischen Veränderungen in einer Verminderung des physischen wie psychischen Leistungsvermögens der Menschen niederschlagen und sich dadurch die Bedürfnisse und Nutzungsanforderungen an die gebaute Umgebung verändern (können). Der Blick richtet sich weniger auf Neuausrichtungen in den Lebensentwürfen älter werdender Menschen, sondern mehr auf die Begrenztheit und Reduktion des Handlungsraumes. Das Bild des Alter(n)s wird wiederholt durch Zuschreibungen wie Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit, (gravierende) gesundheitliche Beeinträchtigungen, Betreuung, Gebrechlichkeit, Rückzug und Einsamkeit bestimmt. Wie wir schon anmerkten, führt dieses Bild dazu, dass paradoxerweise Bewohner, die nicht unterstützungsbedürftig sind, als nicht so ‚alt‘ bezeichnet werden.

Wir (haben) noch viele Wohngebiete, wo ganz viele Ältere noch zusammenwohnen. Die aber noch nicht so alt sind, dass sie so viel Hilfe brauchen (B3: 482-483)

Insofern scheint nicht der Fakt des Alterns oder des Alt-Seins einen Handlungsbedarf zu begründen, sondern viel mehr bestimmte Lebenslagen, nämlich beispielsweise von *Leuten mit Defiziten* (B1: 295-296). Entscheidender als die Kategorie Alter sind in dieser Perspektive die spezifischen Nutzungsanforderungen von Menschen. Mit der Nutzungsperspektive steht das folgende Beispiel zugleich für eine alternssensible Quartiersentwicklung

Ein älterer Mensch mit einem Rollator braucht genauso die Hilfe wie die junge Mutter mit einem Kinderwagen und dem Einkaufsbeutel, so dass man das durchaus verbinden kann und viele Dinge dann einfach auch für alle Generationen nutzbar sind und auch das Leben vereinfachen. (D1: 295-299).

Es herrscht in unseren Interviews eine Ambivalenz zwischen Bildern von kompetenten, gesellschaftlich teilhabenden und zurückgezogenen, einsamen älteren Menschen. Die befragten Vorstände nehmen eine wachsende Anzahl älterer Bewohner/innen wahr, die ihre Ansprüche und Vorstellungen artikulieren und sozial eingebunden sind. Im Gegensatz dazu erfolgt eine Thematisierung und Problematisierung des Alterns im Zusammenhang mit Vereinsamung und Unterstützungsbedarfen.

Also ich sag mal der größte Teil ist nicht weltfremd. Die können mit einem Computer umgehen, die sind offen auf der Straße. Also (...) da merkt man (...), dass die mit beiden Beinen im Leben stehen. Es gibt natürlich auch Gegenteiliges, die man kaum sieht, die kaum den Kopf aus dem Fenster hängen, (...) aber der Großteil, den ich so kenne, der weiß was er will (A1: 188-215).

Gezeichnet wird zunächst das Bild der selbstbewussten und teilhabenden Älteren. Es wird die Kompetenz der Mitglieder umschrieben, sich verändernden Lebensbedingungen zu stellen. Die sichtbaren, aktiven und engagierten älteren Bewohner/innen werden von denjenigen abgegrenzt, die nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. In der folgenden Passage im Interview des Vorstandes der Genossenschaft E wird die Diskrepanz der Altersbilder in der Perspektive von Fremd- und Selbstzuschreibungen thematisiert.

Bei der ersten Veranstaltung [zum Mehrgenerationenwohnen; Anm.] habe ich das erlebt, wie schlimm das gewesen wäre, wenn ich gesagt hätte, wir wollen altersgerecht [bauen; Anm.]. Denn die Bestandsmieter, da war eine Dame dabei, die war 70, die hat dann sofort sich zu Wort gemeldet, also sie findet das eine Unverschämtheit, dass man hier zu den Alten gehören soll: es ist noch lange nicht soweit. Und ich sag, ja sie haben ja Recht, natürlich sind Sie jetzt noch nicht so weit (...) Also es war gar nicht so einfach, den Leuten zu verlickern, also wir machen nicht altersgerecht. In fünf Jahren ist das altersgerecht. Da brauchen wir überhaupt nicht weiter darüber nachzudenken (E1: 264-272).

Im Interviewausschnitt wird beschrieben, wie vermieden wird, die tatsächlichen Aktivitäten in Zusammenhang mit einer öffentlichen Thematisierung des Alterns zu bringen. Die mit dem subjektiven Alterserleben einhergehenden persönlichen Themen werden im familiären Umfeld oder mit befreundeten Vertrauenspersonen besprochen, kaum in öffentlichen Zusammenhängen. In der von uns untersuchten Öffentlichkeit der Genossenschaften fanden wir jedenfalls keine Anhaltspunkte, dass sowohl die Bilder als auch die Erfahrungen des Alter(n)s diskutiert werden. Im Gegenteil, die Stigmatisierung des Alter(n)s scheint eine schwierige Basis für Aktivitäten und Veränderungsprozesse im Wohnumfeld zu sein. Wie diffizil das Thema Altern ist, verdeutlicht die folgende Interviewsequenz aus dem Gespräch mit einer Bewohnerin.

B: Meine Tochter (...), die wollte mich nach dem Tod meines Mannes [zu sich holen; Anm. A.S.], (Sie) sagte (...) Kommst du zu mir, ich besorg dir eine Wohnung. Ich sagte: Ich bleib hier.

M: Wo wohnt ihre Tochter?

B: Würzburg (...) hier kenn ich viele. Wir gehen auch zusammen weg, oder heute Mittag hab ich Mittagessen von einer Nachbarin bekommen. Die kocht fantastischen Eintopf (lachen), da brauchte ich nicht kochen. (...) Und aus dem Grund bleib ich hier. Und die Sportfreunde kommen und ich fahr ja mit

dem Rad. Ich fahr ab und zu noch Boot. Aber das weniger, weil ja mir mein Mann fehlt. Aber sonst, (...) wir kennen gar keinen Streit, Zank. Dass einer dem anderen irgendwie weh tut. Sicherlich sind die Meinungen unterschiedlich. (...)

M: Aber so Verwandtschaft haben Sie dann hier nicht weiter?

B: Ja na meine zwei Brüder. (...) Die helfen mir dann ab und zu, wenn es technische Sachen sind. Aber inzwischen hab ich mich rein gefitzt. Mein Mann hat ja alles gemacht, ne. Was die Technik betraf.

M: Und Sie wollten natürlich dann auch in der Wohnung bleiben bis es nicht mehr geht.

B: Ja. Also sie müssen mich zuerst mit den Füßen raustragen. Wenn es so aufgeht. (A3: 131-151)

Die Entscheidung der Bewohnerin für das ‚Bleiben‘ in der vertrauten Wohnumgebung geht mit dem Wunsch nach möglichst langem Erhalt der Selbstständigkeit und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen einher – Aspekte, die sich wechselseitig bedingen und Ausdruck der Lebensqualität sein können. Aufschlussreich ist die gewählte Sequenz dahingehend, dass das Altern an sich weder thematisiert noch in irgendeiner Form problematisiert wird; es ist nur zu vermuten, dass die Tochter ihre Mutter ‚zu sich holen‘ will, weil sie Einsamkeit und Unterstützungsbedarf im Alter annimmt. Dem wird eine Schilderung des Alltags einer 70jährigen Frau entgegen gesetzt, der sich durch vielfältige soziale Aktivitäten, neue Kompetenzen und Lebensfreude auszeichnet. Eine nicht unerhebliche Rolle spielen dabei Nachbarschaft und Wohnumfeld. Dieses Arrangement entspricht im Wesentlichen den Vorstellungen des so genannten ‚dritten Lebensalters‘.

Anhand der Schilderung ihres Alltages lassen sich – wenn auch in knapper Form – drei relevante Voraussetzungen dessen ableiten, was wir als Lebensqualität bezeichnen wollen: soziale Einbindung, Kompetenz und Teilhabe als Ermöglichung des qualitativen und ‚gelingenden‘ Alterns. Die soziale Einbindung innerhalb der Nachbarschaft zeigt sich als Voraussetzung, um den Alltag im Sinne des Befähigt-seins zu ‚bewältigen‘ und damit aktiv am Leben teilhaben zu können. Mit der Bemerkung *wenn es so aufgeht* fügt Frau B. eine Einschränkung hinzu, in der die Ambivalenz von defizitären und aktivistischen Altersbildern zum Ausdruck kommt. Sie weiß nicht, ob ihr Konzept vom Altern bis zu ihrem Lebensende aufgeht, ob nicht eine Lebensphase vor ihr liegt, in der das Leben im vertrauten Umfeld nicht mehr möglich ist.

Waren in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Bewohner/innen des so genannten ‚dritten Alters‘ eine sehr attraktive, weil eben stabile Mitgliedergruppe, so schälen sich gegenwärtig in Verbindung mit dem demographischen Wandel, den altersselektiven Wanderungen und dem generellen Strukturwandel des Alter(n)s drei Herausforderungen heraus: (a) der Umgang mit nun hochaltrigen, tendenziell betreuungs- oder pflegebedürftigen Bewohnern, (b) die Auseinandersetzung mit veränderten Bedürfnissen der (neuen) Bewohner im ‚dritten‘ Lebensalter und (c) die Förderung des intergenerationellen Zusammenlebens. Im Blickfeld der untersuchten Genossenschaften liegt aktuell vor allem der demographische Wandel. Wie die Darstellungen der Vorstände zum Ausdruck bringen, werden daraus abgeleitete Programme und Maßnahmen deutlich mehr für ältere Menschen als mit ihnen gemeinsam entwickelt und umgesetzt. Hier stellt sich die Frage, inwiefern die qualitativen Veränderungen des Alterns genügend beachtet werden. Dies wird in den nächsten beiden Kapiteln weiter untersucht.

Altersbilder haben „Einfluss auf die Verwirklichung von Entwicklungsmöglichkeiten“ und können diese, wenn „Stärken und Kompetenzen des Alters übersehen“ werden, individuell wie gesellschaft-

lich erheblich erschweren (Deutscher Bundestag 2010: 19). Wir konnten feststellen, dass die Altersbilder wenig reflektiert werden, sondern oft implizit angenommen und aus eigenen Erfahrungen abgeleitet werden. Es existieren – teils widersprüchliche – Bilder über das Altern, aber die konkreten Erfahrungen und Folgen werden kaum verhandelt. Neben der grundsätzlichen Sensibilisierung für die Multidimensionalität von Alter(n) gilt deshalb, nicht nur zu bedenken *wie*, sondern *ob* überhaupt öffentlich über Altern gesprochen wird. Für unsere Forschung ist eine wichtige Frage, ob die Thematisierung des Alter(n)s eine Voraussetzung ist, die vielfältigen Facetten individuellen Alter(n)s und die Auswirkungen des demographischen und kollektiven Alter(n)s überhaupt zu erfassen.

Das von uns identifizierte kollektive Altern könnte als Denkfigur für Thematisierungen des Alter(n)s hilfreich sein, um das gemeinsame Potenzial von Empowerment im Sinne einer Konsensmobilisierung herauszustellen. Dabei könnte genau an dieser Stelle das Dilemma der Institutionalisierung des Alters einerseits und der Individualisierung des Alters andererseits aufgebrochen werden. Wenn viele Veränderungen im Bereich des Wohnens und des Wohnumfeldes des kollektiven Handelns bedürfen (vgl. Kapitel III), dann wiegt die Einschätzung von Dietz (2011) besonders schwer: „Das Schwierige für den alten Menschen liegt nun daran, dass die ihm gewidmeten Bezugssysteme (Gesundheit, Pflege) eher keine Aufbrüche und Neupositionierungen anbieten und er andersherum in den Aufbrüche und Neupositionierungen bietenden Bezugssystemen nicht angekommen ist (Bildung, Medien) beziehungsweise dort nur sehr schwer akzeptiert wird (Konsum, Technik). Hier zeigt sich die reziprok kritische Beziehung zwischen Altern und Alter. Der Mensch will dort altern (als Prozess in einer spezifischen Lebensphase mit einer spezifischen Entwicklung und spezifischen Erfahrungen), wo die Gesellschaft ihn mit dem Alter (als gesellschaftliche Konstruktion und vor allem als Merkmal sozialer Differenzierung) konfrontiert“ (ebd.: 343). Wichtig erscheint uns vor diesem Hintergrund zu allererst die Selbstvergewisserung des Alter(n)s – die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Facetten des Alterns und das Erlangen von Selbstbestimmung. „Man produziert Lesarten eines ‚tätigen Lebens im Alter‘ selbst und wirkt an ihrer Propagierung mit“ (Schmied 1999: 223). Die mehrfache ‚Unbestimmtheit‘ des Alterns liegt im Wandel der Altersbilder, der Handlungspraktiken des Alterns und im sozialen Wandel, damit der Lebenslagen der Älteren und der intergenerationellen Beziehungen, begründet. Sie auszuloten, bedarf unseres Erachtens einer stärkeren öffentlichen Diskussion über das Altern werden.

V AUSSTATTUNG UND WAHRNEHMUNG DES WOHNUMFELDES

Das Wohnumfeld bestimmt die Aktivitäten und Möglichkeiten des Alters in einem erheblichen Maße (Kapitel I). Bevor in folgenden Kapiteln die Gestaltung des Wohnumfeldes untersucht wird, steht in diesem die Angebotsstruktur, die Nutzung und die Wahrnehmung im Vordergrund. Hierfür werden die Aussagen niedrigschwelliger Befragungen von älteren Bewohner/innen, aus Gruppendiskussionen und Expertengesprächen herangezogen (Kapitel II). Zunutze machten wir uns auch die Perspektive des ‚Fremdseins‘, die bei den Stadtteilbegehungen von uns eingenommen wurde. Aus Beobachtungen wurden Eindrücke zusammengetragen, die uns Vorstellungen über die Bedingungen des Wohnumfeldes vermitteln. Wie einer unserer Gesprächspartner treffend bemerkte, sind ist Wahrnehmung des Wohnumfeldes abhängig von Alltagsrhythmen, die nur durch einen mehrtägigen Feldaufenthalt erfasst werden:

Es ist ein Unterschied ob sie früh, sag ich jetzt mal ne Zeit von neun bis zwölf Uhr am Boulevard oder wo auch immer fragen gehen, oder ob sie das 16 oder 17 Uhr machen. Warum? Weil natürlich die Menschen die Arbeit haben und auch sozial abgesichert sind, die natürlich auch eine andere Lebensperspektive haben, die treffen sie einfach früh nicht (D2: 787-792).

Bevor auf die Wahrnehmung des Wohnumfeldes durch die älteren befragten Bewohner/innen und ihrer dispersen Nutzungsanforderungen selbst eingegangen wird, erfolgt eine Charakterisierung der von uns untersuchten Sozialräume unter dem Gesichtspunkt der Infrastrukturausstattung.

5.1 GEBIETSBESCHREIBUNG UND INFRASTRUKTURAUSSTATTUNG

Ausführlicher als dies in Abschnitt 2.3.3 geschehen ist, werden im Folgenden die von uns untersuchten Sozialräumen beschrieben. Dabei wird auch auf den jeweiligen städtischen Entwicklungskontext eingegangen, die Gebiete in ihrer Siedlungsstruktur und Infrastrukturausstattung beschrieben. Dies erfolgt entlang für die Lebensqualität wichtiger Funktionsbereiche – (Alltags-)Mobilität, Gesundheit und Pflege, Bildung und Lernen sowie Freizeit.

Fall A – genossenschaftlich geprägte, geschlossene Wohnsiedlung

Beim Sozialraum A handelt es sich um eine genossenschaftlich geprägte, geschlossene Wohnsiedlung, die im Wesentlichen ab Mitte der 1950er Jahre entstanden ist. Räumlich begrenzt ist sie durch die Autobahn im Osten, zwei größere Zufahrtsstraßen sowie eine Bahnlinie im Norden; insbesondere die seit 2005 ausgebaute Autobahn bildet eine starke Grenzsituation. Im Stadtteil befinden sich ein Bahnhof mit städtischer wie regionaler Verkehrsanbindung (fußläufig erreichbar in 20-30 Minuten) sowie auf den beiden Zufahrtsstraßen Haltestellen des ÖPNV. Das Stadtzentrum ist acht Kilometer entfernt.

Die größtenteils im ersten und zweiten Bauabschnitt zwischen 1957 und 1964 errichteten Genossenschaftswohnungen in Großblockbauweise sind eingebettet in Kleingartenanlagen und Einfamilienhäuser. Die Genossenschaft unterhält hier ca. 1.000 Wohneinheiten, die weitestgehend saniert und modernisiert sind. Zum Teil sind bei den 1- bis 5-Raumwohnungen Balkone und PKW-Stellplätze vorhanden – dichte Bebauung, enge Straßen und geparkte Autos auf Gehwegen schränken jedoch die Mobilität der Bewohner/innen ein. Auffällig ist die Grünflächengestaltung zwischen den meist drei- bis fünfgeschossigen Wohnhäusern in ausgesprochen ruhiger Wohnlage, jedoch gibt es im Wohngebiet wenig Sitzmöglichkeiten und Spielplätze.

Mit einem Supermarkt ist (nur) eine Einkaufsmöglichkeit unmittelbar im Wohngebiet vorhanden. Obwohl zu Fuß innerhalb von maximal zehn Minuten erreichbar, stellen Steigungen des Weges gerade bei schlechten Witterungsbedingungen eine körperliche Herausforderung dar. Weitere Einkaufsmöglichkeiten (u.a. Bäcker, Drogerie, Sparkasse, Eiscafé) befinden sich in einer fußläufigen Entfernung von 15 bis 20 Minuten. Ein Wohngebietsbus, der 2009 auf Initiative der Genossenschaft eingerichtet wurde, unterstützt bei der Erreichbarkeit nähräumlicher Versorgung. Unmittelbar im Wohngebiet gibt es eine Sozialstation (u.a. Hauskranken- und Altenpflege, Hauswirtschaft, Busreisen) sowie ein Wasch- und Dienstleistungszentrum. Darüber hinaus grenzt ein Seniorenzentrum mit einer Kapazität von 175 Wohn- und Betreuungsplätzen an den Sozialraum. Ein Ärztehaus mit angeschlossener Apotheke und Physiotherapie ist in 20 Gehminuten erreichbar und gewährleistet u.a. mit einem Allgemeinmediziner, Augenarzt und Orthopäden die medizinische Versorgung. Im Wohngebiet selbst sind eine Grundschule sowie fußläufig erreichbar drei Kindertagesstätten vorhanden. Die Genossenschaft hat bei einer der Kindertagesstätten mittels finanzieller Unterstützung Belegungsrechte erworben. Ein zentraler Anlaufpunkt im Wohngebiet ist eine Gaststätte mit Kegelbahn und Biergarten, die zugleich als Vereins- und Veranstaltungsort von der Genossenschaft und den Bewohner/innen genutzt wird. Darüber hinaus gibt es in der Nähe großflächige Sportanlagen (u.a. Tennisplätze), einen ausgebauten Radweg und ein Kino (20 Gehminuten entfernt). Im näheren Umfeld des Wohngebietes befinden sich ein etabliertes soziokulturelles Zentrum mit Bürgertreff sowie ein Stadtteiltreff der Volkssolidarität und weitere Freizeiteinrichtungen – fußläufig in ca. 30 Minuten erreichbar. Die Inanspruchnahme der Angebote von der Volkshochschule (VHS), Stadtbibliothek oder Theater ist mit erheblichem Aufwand verbunden. Die Einrichtungen befinden sich im Zentrum der Großstadt und sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln (mehrfaches Umsteigen) innerhalb von ca. 50 Minuten zu erreichen.

Fall Ba – Stadt in der Stadt

Der Sozialraum Ba liegt in einer Großwohnsiedlung, die in den 1970er und 1980er Jahren als Stadt in der Großstadt planmäßig angelegt wurde und dazu diente, den Wohnraumbedarf der rund neun Kilometer entfernten Kernstadt zu decken. Es handelt sich um eine Wohnstadt mit ca. 48.000 Einwohnern auf einer Fläche von 8,7 km², die aber eine von der Innenstadt relativ unabhängige Infrastruktur aufweist. Die acht Wohnkomplexe der Plattenbausiedlung sind in unterschiedlichen Bauabschnitten entstanden. Der als eine der größten zusammenhängenden Plattenbausiedlungen der DDR konzipierte Stadtteil ist seit 1990 von immensem Bevölkerungsrückgang und hohem Wohnungsleerständen gekennzeichnet. Gegenwärtig leben hier noch etwa halb so viele Menschen wie vor 20 Jahren. Im Zeitraum von 2001 bis 2010 wurden rund 6.800 Wohnungen abgerissen bzw. rückgebaut. Die Leerstandsquote an Wohnungen betrug im Jahr 2011 im Stadtteil 17 Prozent, in der gesamten Stadt

39 Prozent, in der untersuchten Genossenschaft 14 Prozent. Der Wohnungsbestand im Stadtteil und teilweise sogar innerhalb der Wohnkomplexe ist auf sechs Wohnungsgenossenschaften, ein kommunales Wohnungsunternehmen und weitere Wohnungsgesellschaften aufgeteilt. Bei einem Wohnungsbestand von insgesamt rund 30.000 Wohneinheiten ist der Anteil der von uns untersuchten Wohnungsgenossenschaft B mit 1.700 Wohnungen verhältnismäßig gering, was eine abgestimmte Gebietsentwicklung nicht einfach macht.

Innerhalb der Großwohnsiedlung haben wir einen Sozialraum näher untersucht, der zwischen 1979 und 1982 im Kernbereich des Stadtteils entstanden ist. In diesem Sozialraum leben 7.400 Menschen, das Durchschnittsalter der Bewohner/innen liegt mit 55 Jahren deutlich über dem Altersdurchschnitt anderer Wohnkomplexe. Überdurchschnittlich hoch ist auch die Altenquote: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen hier 70 Personen im Alter von mehr als 65 Jahren, für den gesamten Stadtteil liegt dieser Wert bei 45 (2011). Im Vergleich zum gesamten Stadtteil hat der untersuchte Sozialraum mit rund sieben Prozent einen verhältnismäßig niedrigen Leerstand zu verzeichnen, welcher sich durch den Sanierungsstand, die zentrale Lage und eine relativ niedrige Wohnfluktuation begründen lässt.

Die fünf-, sechs- und elfgeschossigen, weitestgehend sanierten Wohnblöcke zeigen eine aufgelockerte Bebauungsstruktur mit begrünten Innenhöfen. In unmittelbarer Nähe befinden sich Infrastruktureinrichtungen und ein Stadtteilzentrum. Ein Einkaufszentrum mit über 320 Läden auf 24.000 m² fungiert als multifunktionales Zentrum des Stadtteils. Dieses ist größtenteils über gut ausgebaute Fuß- und Radwege sowie eine Straßenunterführung fußläufig innerhalb von 10 bis 15 Minuten erreichbar. Im Sozialraum laden zahlreiche Sitzmöglichkeiten in parkähnlich gestalteten Alleen zum Verweilen und Erholen ein. Eine Niederlassung der Volkshochschule sowie eine der drei Stadtteilbibliotheken befinden sich unmittelbar im untersuchten Sozialraum, sind also entsprechend bequem fußläufig erreichbar.

Bestandteil der Infrastrukturausstattung im gesamten Stadtteil sind neben den umfassenden Einkaufsmöglichkeiten zahlreiche Schulen, berufliche Schulzentren, Sportplätze und -hallen, Kindertagesstätten sowie mehrere Alten- und Pflegeheime. Verteilt über den gesamten Stadtteil ermöglichen eine Vielzahl von niedergelassenen Ärzten, Zahnärzten, Apotheken und physiotherapeutischen Zentren eine gute medizinische Versorgung. Im März 2011 wurde ein Stadtteilbus eingerichtet, der die Erreichbarkeit der umfangreichen Versorgungsangebote in eher zentrumsfernen Wohnkomplexen unterstützen soll. Am südwestlichen Rand des Stadtteils befindet sich ein großes Naherholungsgebiet, das über den ÖPNV gut erreichbar ist. Darüber hinausreichende kulturelle Angebote wie Freizeiteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind nur begrenzt vorhanden, so dass in diesem Bereich von einer Unterversorgung gesprochen werden kann. Diese wird jedoch – ähnlich wie bei allen anderen Infrastruktureinrichtungen – von den Bewohner/innen in Abhängigkeit von der räumlichen Entfernung zum Stadtteilzentrum differenziert wahrgenommen. Über Straßenbahn- und Busverbindungen ist die Erreichbarkeit der Innenstadt innerhalb von 40 Minuten gewährleistet.

Fall Bb – ‚gewachsenes‘ Neubaugebiet

Der Stadtteil, in dem sich der Sozialraum Bb befindet, ist über einen längeren Zeitraum gewachsen und besitzt zum Teil ländlichen Siedlungscharakter. Im Süden und Südosten durch zwei Bahnlinien, im Osten und Nordosten durch die Autobahn begrenzt, erstreckt sich der Sozialraum über knapp 7

km². Hervorgegangen aus vier Bauerndörfern Ende des 19. Jahrhunderts, 1930 in die Großstadt eingemeindet, setzt sich der Stadtteil aus Siedlungshäusern, einer dörflichen Wohnsiedlung, einem Naherholungsgebiet, Kleingartenanlagen und dem von uns untersuchten Sozialraum, einem in den 1970er Jahren entstandenen Plattenbaugebiet zusammen. Insgesamt hat der Stadtteil 5.500 Einwohner/innen. Der Altersdurchschnitt der Genossenschaftsmitglieder im Sozialraum lag 2011 mit knapp 59 Jahren deutlich über dem Durchschnittsalter im Stadtteil (53 Jahre). Das Plattenbaugebiet umfasst einen Wohnungsbestand von circa 1.600 Wohneinheiten, von denen 504 durch die Genossenschaft B bewirtschaftet werden. Neben der von uns untersuchten Genossenschaft verwalten noch zwei weitere Wohnungsgenossenschaften sowie ein kommunales Wohnungsunternehmen Bestände. Die Wohnungsbestände der Genossenschaft bestehen aus fünfgeschossigen offenen und geschlossenen Wohnhöfen und sechsgeschossigen Kopfbauten, die größtenteils mit Balkonen ausgestattet und komplett saniert sind. Die begrünten Innenhöfe sind mit Spiel- und Wäscheplätzen, Grillflächen und Bänken ausgestattet. In den Hauseingangsbereichen befinden sich Sitzmöglichkeiten.

Mit der Anbindung durch Bus- und Straßenbahn ist der Sozialraum verkehrsmäßig relativ gut erschlossen, wobei je nach Wohnlage Entfernungen von bis zu zehn Gehminuten zur jeweiligen Haltestelle zurückzulegen sind. Das Stadtzentrum befindet sich 7km entfernt und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 40 Minuten erreichbar. Im Sozialraum sind ausreichend Parkmöglichkeiten vorhanden, jedoch fehlen zum Teil abgesenkte Fußwege. Unmittelbar im Stadtteil befinden sich zwei Discounter mit Bäcker, weitere kleinere Nahrungs- und Genussmittelläden, sowie zwei Bekleidungsgeschäfte und ein Elektrofachmarkt. Ein Friseur, eine Drogerie und ein Blumenladen ergänzen das nähräumliche Versorgungsangebot. Die medizinische Versorgung ist über das vorhandene Ärztehaus, eine Apotheke sowie eine Physiotherapie und weitere niedergelassene Ärzte weitestgehend gesichert. Darüber hinaus gibt es mehrere Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine Mittelschule. Von einem Senioren- und Krankenpflegezentrum sowie der Arbeiterwohlfahrt werden im Stadtteil drei stationäre Pflegeeinrichtungen am Rand des Neubaugebietes unterhalten und betreutes Wohnen, Tagespflege sowie ambulante Alten- und Krankenpflege angeboten. Kulturelle Freizeiteinrichtungen oder ein Stadtteilzentrum fehlen.

Fall C – kleines Wohngebiet am Rande einer Kleinstadt

Den Sozialraum C bilden zwei aneinandergrenzende Wohngebiete einer mittelsächsischen Kleinstadt, in denen sich die 190 Wohneinheiten der Genossenschaft C befinden. Sie liegen ca. 15 Gehminuten vom Stadtzentrum entfernt. Der Altersdurchschnitt von 66 Jahren bei den Mitgliedern der Wohngebiete ist im Vergleich zur Kleinstadt (47,4 Jahre) relativ hoch.

Das ältere der beiden Quartiere, welches sich auf einer Anhöhe befindet, besteht aus 16 Wohngebäuden, wovon vier der Genossenschaft gehören. Die Genossenschaftswohnungen wurden bis 1959 fertig gestellt; es handelt sich um zwei- und dreigeschossige Blöcke, teilweise mit Balkon. In den Häusern befinden sich neben Kellerräumen auch ein Fahrradraum sowie ein ‚Waschhaus‘, das bei Bedarf für Feste genutzt wird. Zwischen den Wohnblöcken liegen großzügige Rasenflächen mit Wäschestangen und Bänken. Ein gut ausgeleuchteter Fußweg ist mit Geländer ausgestattet, um den An- bzw. Abstieg zu erleichtern. Zum zweiten Wohngebiet gehören vier Wohngebäude mit jeweils fünf Etagen, die im Jahr 1973 in Großblockbauweise errichtet wurden. Auch hier befinden sich PKW-Stellplätze, angelegte Rasenflächen mit Bänken und Bäumen in den Hauseingangsbereichen sowie Wäscheplät-

zen zwischen den Wohnblöcken. Weitere Sitzgelegenheiten gibt es hinter den Wohnhäusern am Kellereingang.

Die nächsten Einkaufsmöglichkeiten befinden sich fünf bis zehn Fußminuten entfernt. Es handelt sich um einen Lebensmitteldiscounter mit Bäcker und Fleischer sowie einen Drogeriemarkt. Weitere Einkaufsmöglichkeiten (Reisebüro, Elektrofachgeschäft, Raumausstatter, Blumenladen) sind zu Fuß innerhalb von etwa sieben bis zehn Minuten erreichbar. Eine Gastwirtschaft befindet sich zwischen beiden Wohngebieten, weitere gibt es im Stadtzentrum. Das Stadtzentrum erreicht man zu Fuß innerhalb von 10-15 Minuten, wobei An- und Abstiege die Mobilität einschränken. Unmittelbar oberhalb des jüngeren Wohngebietes befinden sich der städtische Bahnhof und eine Bushaltestelle, vom älteren Wohngebiet sind diese zehn Gehminuten entfernt. Über Bahn- und Busverbindungen ist die Erreichbarkeit der umliegenden Mittel- und Oberzentren in 30-40 Fahrminuten gewährleistet.

An Fachärzten wie Augen- oder Hautärzten mangelt es in der Kleinstadt. Vorhanden sind mehrere niedergelassene Ärzte (u.a. Allgemeinmediziner, Zahnärzte und ein Internist) sowie eine Apotheke im Stadtzentrum. In der Kleinstadt gibt es ein Altenpflegeheim mit 60 Pflegeheimplätzen sowie ambulante Pflegedienste und Krankenpflege. Die Kleinstadt verfügt mit Blick auf die kulturelle und sportliche Infrastrukturausstattung über eine Stadtbibliothek, eine Musikschule, zwei Sportplätze, eine Sporthalle und ein Volksbad sowie zahlreiche Vereine. Zu den städtischen Bildungseinrichtungen zählen drei Kindergärten, jeweils eine Grund- und Mittelschule sowie ein Gymnasium. Bis 1989 gab es zwei für die Bevölkerung kulturell sehr wichtige Filmtheater sowie ein großes Kultur- und Bürgerhaus. Letzteres wird seit einigen Jahren mit Unterstützung eines Vereins aufwändig saniert.

Fall D – soziale Wandlungsprozesse überdauerndes Wohngebiet

Bei dem von uns näher untersuchten Sozialraum handelt es sich um eine zwischen 1972 und 1978 errichtete Plattenbausiedlung in der Kleinstadt D. Neben fünf-, sechs- und elfstöckigen Wohngebäuden gibt es innerhalb des Wohngebietes eine kleine Siedlung mit Einfamilienhäusern, die zu Beginn des letzten Jahrhunderts entstanden ist. Aufgrund des Bevölkerungsrückganges und des hohen Leerstandes hat die von uns untersuchte Genossenschaft D von ihren ehemals 4.700 Wohneinheiten (1990) bis Ende 2010 1.700 Wohnungen vom Markt genommen, allerdings ist der untersuchte Sozialraum – im Gegensatz zur größeren Neubausiedlung im Süden der Stadt – vom Wohnungsrückbau (bisher) weitestgehend verschont geblieben. Bemerkbar macht sich hier die stadtentwicklungspolitische Strategie der Innenstadtaufwertung. Die Wohnungsgenossenschaft D bewirtschaftet in diesem begrünten und ruhigen Neubaugebiet rund 1.200 Wohnungen, von denen über 80 Prozent saniert und mit Fahrstuhl- und Balkonanbauten modernisiert sind. Neben begrünten Innenhöfen, Spiel- und Wäscheplätzen gibt es eine Promenade, die sich als grünes Band mit Sitzmöglichkeiten durch den Sozialraum zieht.

Im Wohngebiet selbst sowie unmittelbar angrenzend befinden sich zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten, die zu Fuß innerhalb von maximal zehn Minuten erreichbar sind. Wöchentlich findet auf einem zentralen Platz im Quartier der Wochenmarkt statt. Das Stadtzentrum und der Bahnhof (inkl. Busbahnhof) sind innerhalb von 20 Gehminuten erreichbar; dort befinden sich weitere Einkaufsmöglichkeiten, Gastwirtschaften sowie die städtische Bibliothek, ein Museum und eine Geschäftsstelle der Volkshochschule. Der Mobilität und sozialen Teilhabe zuträglich ist das seitens der Stadt initiierte Angebot öffentlich nutzbarer Toiletten im Umfeld des Bahnhofes. Die medizinische Versorgung ist

über das im Sozialraum gelegene Ärztezentrum (u.a. Allgemeinmedizin, Internist, Frauenarzt, Chirurgie) und weitere niedergelassene Ärzte im Stadtgebiet gewährleistet. Unmittelbar an den Sozialraum grenzt das Kreiskrankenhaus mit 198 Betten. Innerhalb der Stadt gibt es mehrere Anbieter mobiler Kranken-, Behandlungs- und Altenpflege und am Rand des Wohngebietes ein stationäres Pflege- und Betreuungszentrum sowie Einrichtungen für Betreutes und Servicewohnen. Als Alternative zum Altenpflegeheim wird zudem im Stadtzentrum eine Wohngemeinschaft für ältere Menschen mit insgesamt acht Plätzen angeboten.

Im Umfeld des Sozialraumes gibt es mit dem Gymnasium, der Grundschule und zwei Förderschulen verschiedene Bildungseinrichtungen. Von den insgesamt acht Kindertagesstätten der Stadt befinden sich zwei innerhalb des Wohngebietes mit 110 und 180 Betreuungsplätzen. Zudem ist im Wohngebiet neben einer Turnhalle und einem Sportplatz eine Schwimmhalle vorhanden. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen darüber hinaus im Wohngebiet eine zum Nachbarschaftstreff umgebaute ehemalige Kita sowie innerhalb der Stadt zahlreiche Sport- und Kulturvereine. Ein Kino, Theater oder das ehemals vorhandene ‚Volkshaus‘ als kulturelle Zentren der Stadt fehlen.

Fall E – konsolidiertes altersgerechtes Wohngebiet

Der von uns näher untersuchte Stadtteil E befindet sich in bergiger Stadtrandlage und hat sich in den 1950er bis 1980er Jahren zum größten Neubaugebiet der Stadt entwickelt. Das ältere Gebäudeensemble (1.100 Wohneinheiten im Bestand der Genossenschaft) ist bis 1959 am damaligen Stadtrand in Großblockbauweise mit vier bzw. fünf Etagen entstanden. Bis zu Beginn der 1970er Jahre wurden weitere 3.100 Wohnungen gebaut (heute 1.200 genossenschaftliche Wohneinheiten). Dieses Wohngebiet stellt den untersuchten Sozialraum E dar. Ab den 1980er Jahren entstand innerhalb weniger Jahre in industrieller Plattenbauweise in hoher Bebauungsdichte eine weitere Großwohnsiedlung mit 8.000 Wohneinheiten. Auf einer Fläche von rund 2,1 km² lebten im Jahr 1989 knapp 29.000 Menschen. Der Stadtteil hat sich seitdem extrem in seiner Bebauung und Sozialstruktur verändert: Bis 2010 wurden insbesondere im jüngsten Teil des Stadtteils 5.100 Wohnungen zurückgebaut bzw. abgerissen. Freigewordene Flächen wurden in Park- und Sportanlagen, Grünflächen und Spielplätze umgewandelt. Heute leben im Stadtteil etwas mehr als 9.000 Menschen (2011), wobei eine Konzentration auf das bis in die 1970er Jahre entstandene Wohngebiet zu verzeichnen ist. Dieses weniger dicht bebaute Wohngebiet mit rund 5.200 Einwohner/innen in 3.200 Haushalten (2011) hat im Unterschied zur jüngeren Siedlung Aufwertungsmaßnahmen erfahren und ist – zumindest was die Wohnungen betrifft – fast vollständig saniert und modernisiert (u.a. Aufzug- und Balkonbauten, Grundrissveränderungen, altersgerechtes Wohnen). Von den Bewohner/innen gestaltbare Vorgärten sind ebenso vorhanden wie begrünte Innenhöfe, teilweise ausgestattet mit Sitzmöglichkeiten, Spiel- und Wäscheplätzen. Weitere Erholungsräume, Verweilmöglichkeiten und Grünflächen stehen den Bewohner/innen mit den größtenteils neu geschaffenen Parkanlagen zur Verfügung.

Im untersuchten Wohngebiet ist hier das stadtentwicklungspolitische Ziel verfolgt worden, die Infrastruktur an die Bedarfe insbesondere älterer Menschen anzupassen (u.a. betreutes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, Nachbarschaftszentrum, Ärztehaus). Überdurchschnittlich viele ältere Bewohner/innen leben im Quartier: Über die Hälfte der Bewohner/innen ist 65 Jahre oder älter (2011). Dabei handelt es sich auch um zugezogene Ältere, die sich aufgrund der alterssensiblen Infrastruktur bewusst für den Sozialraum entscheiden. Im Sozialraum sind zwei Grundschulen, eine Mittelschule,

vier Kindertagesstätten, eine berufsbildende Schule für Soziales und ein Hochschulstandort vorhanden. Ein integratives Begegnungszentrum, ein Jugend- und mehrere Nachbarschaftstreffs unterbreiten kulturelle Angebote und ermöglichen neben zahlreich vorhandenen Sportflächen und Parkanlagen vielfältige Freizeitaktivitäten im unmittelbaren Wohnumfeld. Auch befinden sich am Rand des Sozialraums mit einem Sozialkaufhaus des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der ‚Tafel‘ zwei Einrichtungen, die sozial Benachteiligte unterstützen. Im Zentrum des Sozialraums, fußläufig innerhalb von 10 bis 15 Minuten erreichbar, befinden sich ein Ärztehaus sowie ein Einkaufszentrum mit Supermarkt, Discounter, Blumenladen und Getränkemarkt. Innerhalb des Quartiers gibt es dezentral verteilt weitere niedergelassene Ärzte, kleinere Versorgungs- und Dienstleistungszentren (Discounter, Friseur, Reinigung, Physiotherapie etc.), Gaststätten und Imbissbuden. Unmittelbar im Quartier befinden sich auch ein Seniorenwohnheim (mit 137 Plätzen), mehrere Wohnanlagen des betreuten Wohnens, eine Tagespflegeeinrichtung sowie mehrere Anbieter mobiler Kranken- und Altenpflege. Die fußläufige Erreichbarkeit vieler Angebote wird aufgrund der Topologie des Stadtteils durch zahlreiche An- und Abstiege erschwert. Das Stadtzentrum mit weiteren Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen (Schwimmhalle, Stadtbibliothek, Kino etc.) erreicht man mit Bus oder Bahn innerhalb von 10 Minuten. Der nahe dem Zentrum gelegene Bahnhof der Stadt ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 15 Minuten erreichbar.

Legt man die Verkehrsanbindung, medizinische Versorgung und Pflege, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Einrichtungen, Sportstätten und Freiflächen als relevante Ausstattungsmerkmale der Wohnumfeldbedingungen für insbesondere ältere Menschen zugrunde, kann zusammenfassend von einer relativ günstigen Infrastrukturausstattung in den von uns untersuchten Sozialräumen gesprochen werden. In Abbildung 12: Wohngebietscharakteristiken im Vergleich (Quelle: eigene Erhebung und Darstellung) Abbildung 12 sind die Ausstattungsmerkmale gegenübergestellt worden. Die Sozialräume Ba und E haben einen hohen, autarken Ausstattungsgrad vorhandener Infrastruktureinrichtungen, was auch auf das Entwicklungskonzept als ‚Wohnstadt‘ zurückzuführen ist. Die anderen Sozialräume weisen mit graduellen Unterschieden eine solide Versorgungsstruktur auf, die durch Angebote im Stadtzentrum (Fälle A, Bb, D) und im nahegelegenen Oberzentrum ergänzt werden (Fall C).

Mobilitätsbegünstigend sind Angebote wie der Quartiers- oder Stadtteilbus (Fall A, Ba), aber auch Sitzgelegenheiten (Fall Ba, Bb, E) und Geländer (Fall C). Zugeparkte Gehwege, enge Straßen (Fall A) und fehlende Bordsteinabsenkungen (Fall Bb) oder An- und Abstiege (Fall A, C, D, E) beeinträchtigen möglicherweise die Mobilität älterer Menschen – je nach körperlicher Konstitution. In allen untersuchten Sozialräumen haben wir neben den eher ruhigen Wohnanlagen begrünte Höfe, Grünflächen oder Parkanlagen vorgefunden, die Erholungsräume ermöglichen und damit auch die Wohn- und Lebensqualität positiv beeinflussen. Deutlich differenzierter gestaltet sich die Ausstattung mit Freizeiteinrichtungen und kulturellen Angeboten. Sportanlagen und Gaststätten sind weitestgehend im Quartier oder in fußläufiger Erreichbarkeit vorhanden, jedoch fehlen teils kulturelle Einrichtungen, die über zielgruppenspezifische Begegnungstreffs hinausgehen. Nachfolgend wird aus der Sicht der befragten Bewohner/innen dargestellt, wie diese die Infrastrukturausstattung und Qualität des Wohnumfeldes wahrnehmen. Im Forschungszusammenhang ist diesbezüglich interessant, welche Ausstattungsmerkmale als Wohnumfeldbedingungen von den Gesprächspartner/innen thematisiert und darüber hinaus als gestaltbar erachtet werden.

Sozialraum	A	Ba	Bb	C	D	E
Siedlungscharakter	Genossenschaftlich geprägte, geschlossene Wohnsiedlung	Stadt in der Stadt	Traditionell gewachsenes Wohngebiet	Kleines genossenschaftliches Wohngebiet	Soziale Wandlungsprozesse überdauerndes Wohngebiet	Konsolidiertes altersgerechtes Wohnquartier
Bevölkerung	1.500 EW	7.300 EW	2.400 EW	500 EW	2.500 EW	5.200 EW
Zentrumsentfernung	8 km	9 km	7 km	1 bzw. 3 km	2 km	3 km
Verkehrsanbindung / Mobilität	Bahnhof im Stadtteil (30 Gehminuten), Wohngebietsbus, teils enge Straßen und zugeparkte Gehwege, teils An- und Abstiege	Stadtteilbus, Bus- und Bahnanbindung, ausgebaut, teils breite Rad- und Fußwege	Bus- und Bahnanbindung durch mehrere Haltestellen (z.T. 10 Gehminuten entfernt), teils fehlen abgesenkte Fußwege	Bahnhof angrenzend an jüngeres Wohngebiet, Fußwege teils mit Geländer, An- und Abstiege	Bahnhof im Stadtzentrum (20 Gehminuten), Bushaltestellen im Sozialraum, An- und Abstieg (Boulevard)	Bahnhof nahe Stadtzentrum (15 Minuten mit ÖPNV), Anbindung an Bus und Bahn, teils An- und Abstiege
Versorgungsstruktur - Einkauf	Unmittelbar ein Supermarkt (10 Gehminuten) Weitere Einkaufsmöglichkeiten in 15 bis 20 Gehminuten DL-Zentrum	(multifunktionales) Einkaufszentrum (10 bis 15 Gehminuten)	Zwei Supermärkte bzw. Discounter, weitere Versorgung gewährleistet	Lebensmitteldiscounter m. Bäcker unmittelbar im jüngeren Wohngebiet, weitere Möglichkeiten (Drogerie, Reisebüro, Friseur etc.) im Stadtzentrum (20 bzw. 7 Gehminuten)	Zwei Discounter, multifunktionale Einkaufszeile (10 Gehminuten), Wochenmarkt im Sozialraum, weitere Einkaufsmöglichkeiten und Gastwirtschaften im Stadtzentrum (20 Gehminuten)	Einkaufszentrum mit Supermarkt u. Discounter (10-15 Gehminuten), weitere dezentrale Versorgungspunkte, mobile Verkaufsstände
Versorgungsstruktur - Ärzte	Ärztehaus (20 Gehminuten), Apotheke	Niedergelassene Ärzte, physiotherapeutisches Zentrum, Apotheken	Ärztehaus, niedergelassene Ärzte, Physiotherapie, Apotheke	Mehrere niedergelassene Ärzte, Apotheke im Stadtzentrum, keine fachärztl. Versorgung	Ärztezentrum, niedergelassene Ärzte, Kreiskrankenhaus	Unmittelbar Ärztehaus, niedergelassene Ärzte, Apotheken
Altersgerechtes Wohnen	Sozialstation, Seniorenzentrum	Mehrere Alten- und Pflegeheime, ambulante Dienste	drei Pflegeeinrichtungen, Tagespflege, ambulante Dienste	Altenpflegeheim Ambulante Dienste	Unmittelbar stationäres Pflege- und Betreuungszentrum, WG für Ältere, ambulante Dienste	Betreutes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, Pflegeheim, Tagespflege, ambulante Dienste

Bildungseinrichtungen	Grundschule, drei Kindertagesstätten, Volkshochschule im Stadtzentrum (50 min mit ÖPNV)	Mehrere allgemeinbildende Schulen, berufliche Schulzentren, Kitas, Volkshochschule	Mehrere Kitas, eine Mittelschule	Drei Kitas, eine Grund- und Mittelschule, ein Gymnasium	Unmittelbar zwei Kitas, Gymnasium, Grundschule, zwei Förderschulen, Außenstelle der Volkshochschule	Grund- u. Mittelschulen, Fachschule, Hochschulstandort, 4 Kitas
Freiflächen / Naturraum	Grünflächen, Kleingärten, ruhige Wohnlage, wenig Sitzmöglichkeiten, kaum Spielplätze	Naherholungsgebiet (4km vom Sozialraum entfernt), parkähnlich gestaltete Alleen mit Sitzmöglichkeiten, begrünte Wohnanlagen	Begrünte Innenhöfe mit Spiel- und Wäscheplätzen, Sitzmöglichkeiten in Höfen und Hauseingängen, angrenzendes Naherholungsgebiet	Begrünte Höfe, Wäscheplätze und Sitzmöglichkeiten	Begrünte Innenhöfe mit Spiel- und Wäscheplätzen, Sitzmöglichkeiten	Begrünte Innenhöfe, Spiel- und Wäscheplätze, Stadtteilpark, Sitzmöglichkeiten in Park- und ausgewählten Wohnanlagen
Freizeiteinrichtungen / kulturelle Angebote	Unmittelbar Gaststätte mit Kegelbahn und Biergarten, Sportanlagen, ausgebauter Radweg, Kino (20 Gehminuten), 2 Begegnungsstätten (30 Gehminuten), Bibliothek im Stadtzentrum	Sportplätze und -hallen, Unterver-sorgung mit kulturellen Angeboten und Freizeiteinrichtungen, mehrere Stadtteilbibliotheken	Keine kulturellen Angebote im Sozialraum, vielfältige jedoch im Stadtzentrum und innerhalb des Stadtgebietes	Stadtbibliothek, Musikschule, zwei Sportplätze, eine Sporthalle, Volksbad, zahlreiche Vereine, kein kulturelles Zentrum	unmittelbar Turnhalle und Sportplatz sowie Schwimmhalle, Nachbarschaftstreff, zahlreiche Sport- und Kulturvereine im Stadtgebiet, Stadtbibliothek kein kulturelles Zentrum	Integratives Zentrum, Jugend- u. Nachbarschaftstreffs, Sportanlagen, kulturelle Einrichtung im Stadtzentrum (20-30 Gehminuten)

Abbildung 12: Wohngebietscharakteristiken im Vergleich (Quelle: eigene Erhebung und Darstellung)

5.2 WAHRNEHMUNG DES WOHNFELDES – DIE PERSPEKTIVE DER BEWOHNER/INNEN

Im Folgenden wird dargestellt, wie die Ausstattung des Wohnumfeldes von den befragten Bewohner/innen thematisiert und welche möglichen Bewältigungsstrategien bei Problemen gewählt werden. Entsprechend mitgedacht werden muss die zeitliche, lebensverlaufsbezogene Perspektive der Gesprächspartner/innen; dies drückt sich häufig in dem Vergleich von Früher und Heute aus, oder auch darin, dass bestimmte Bereiche der Alltagsorganisation nicht (mehr) im Blick sind. In diesem Zusammenhang ist auch die räumliche Perspektive der befragten Bewohner/innen relevant, die mit zunehmendem Alter eine Veränderung erfährt. So gewinnen wohnumfeldnahe, fußläufig erreichbare Infrastrukturangebote an Bedeutung. Erklären lässt sich so die einzelnen Bewohneraussagen zugrunde liegende kleinräumige Betrachtung, wenn es beispielsweise um Einschätzungen der Versorgungsqualität geht. Diese erfolgen vermutlich in Abhängigkeit von der eigenen Wohnlage, dem genutzten oder angeeigneten Aktionsraum (Aktivitätsradius) – der eben nicht zwingend mit dem von uns definierten Sozialraum übereinstimmen muss. Bedeutsam ist gewiss die persönliche körperliche Konstitution, Gesundheit und Leistungsfähigkeit, die das individuelle Aktivsein beeinflusst. Einige der Befragten gingen im Zusammenhang mit der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld auf allgemeine sozioökonomische und demographische Veränderungen im Wohngebiet ein. In den von Stadtumbauprozessen betroffenen Sozialräumen Ba und E sind uns Menschen begegnet, deren Wahrnehmung ihres Wohnumfeldes durch den weiträumigen Abriss und Rückbau von Wohnkomplexen sowie spürbaren Wohnungsleerstand geprägt ist. Eine ältere Bewohnerin in E schilderte, dass es nach dem Abriss zwar mit dem Baulärm vorbei gewesen sei, es nun jedoch zugig wäre, weil Wohnkomplexe fehlten und sie den Wind aus dem Gebirge zu spüren bekäme. Eine andere Bewohnerin in E führte aus, dass es mit der Schließung mehrerer Schulen im Wohnumfeld ruhiger geworden sei, was von ihr aber nicht als angenehm empfunden werde.

Die Wahrnehmung des Wohnumfeldes ist stets subjektiv und durch die jeweiligen Nutzungsgewohnheiten und -anforderungen begründet. Es ist davon auszugehen, dass Vorstände und Mitarbeiter der Genossenschaften entsprechend ihrer Alltagsrhythmen der Ausstattung des Wohnumfeldes andere Kriterien zugrunde legen, die teilweise von den Alltagsbedarfen und der Lebenswirklichkeit älterer Bewohner/innen abweichen. Befragt nach dem Wohnumfeld und der Infrastruktur vor Ort, werden zwar ähnliche Aspekte thematisiert, aber die befragten Bewohner/innen sehen weitaus größeren Verbesserungsbedarf als er in den Gesprächen mit den Experten aus den Genossenschaften zum Ausdruck kommt. So schildern beispielsweise zwei der befragten Mitarbeiter/innen der Genossenschaft B aus ihrer Perspektive, wie das Wohnumfeld und die vorhandene Infrastruktur von den Bewohnern des Sozialraums Bb wahrgenommen werden.

Wir haben also rundherum überall schön gestaltete gepflegte Grünflächen (...), wo man sich treffen kann. Und wenn man das weitere Umfeld sieht. Wir haben [in beiden Sozialräumen; Anm.] draußen eine sehr gute Infrastruktur um unsere Objekte herum, ob das Supermärkte sind, ob das Apotheken sind, ob das Schulen sind, Kindereinrichtungen, Ärztehäuser also alles, was wichtig ist. (B3: 123-127)

Wie die nachfolgende Gesprächssequenz mit Bewohner/innen des Sozialraums Bb verdeutlicht, gehören zur (sozialen) Infrastruktur im Wohngebiet weitaus mehr Aspekte. Die Sequenz ist Beleg dafür, dass auf Nachfrage meist Defizite des Wohnumfeldes artikuliert werden.

N: [Generell Einkaufsmöglichkeiten; Anm.], ja das könnte verbessert werden. Wenn das der Fall ist, müsste dafür gesorgt werden, dass dann wieder eine Kaufhalle her kommt.

H: Eine Poststelle! Das wäre wirklich mal. Also wir fahren wegen Paketen bis nach M. oder bis nach P. Wenn die Post da war und wir müssen was holen, müssen wir nach P. (...)

A: Gibt es eine Station?

H: Nein gibt es nicht.

B: Gibt es irgendwelche kulturellen Möglichkeiten in Ihrem Quartier?

H: Nichts. (B5: 521-530).

In Sozialraum A formulierte eine Bewohnerin entgegen der Darstellung des Vorstandes: *Also wir haben hier oben gar nichts* (A5: 93). Will man der unterschiedlichen Perspektive auf das Wohnumfeld Rechnung tragen, braucht es Verständigungsprozesse mit und zwischen den Bewohner/innen in den Quartieren. Unterstützend und gesprächsanregend könnten gemeinsame Sozialraumbegehungen sein, bei denen man auch auf die täglichen Herausforderungen im Wohnumfeld zu sprechen kommt. Entscheidend ist, dass Mitarbeiter/innen der Genossenschaft sich nicht allein auf ihre Wahrnehmung und ihren Referenzrahmen beschränken, sondern Bereitschaft zeigen, sich auf die Erfahrungen der Bewohner/innen einzulassen.

Zur Qualität und Ausstattung ihres Wohnumfeldes befragt, äußerten die Gesprächspartner/innen in allen untersuchten Sozialräumen eine hohe Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen. Von ‚wohlfühlen‘ und ‚zufrieden sein‘ war in den persönlichen Gesprächen und Interviews häufig die Rede – letztendlich ein Grund für die oft lange Wohndauer im Quartier. Trotz der insgesamt hohen Attraktivität der untersuchten Wohngebiete, wurden sozialraumübergreifend Herausforderungen und Nutzungsprobleme thematisiert, welche die Qualität des Wohnumfeldes wesentlich beeinflussen. Aufgezeigt werden soll im Folgenden, wie sich die Qualität des Wohnumfeldes auf die Lebensqualität älterer Menschen auswirken kann.

5.2.1 MOBILITÄT UND VERKEHRSINFRASTRUKTUR ALS BEDINGUNG SOZIALER TEILHABE

Mobilität zielt darauf ab, sowohl Angebote im Wohnumfeld zu nutzen als auch sich aus dem unmittelbaren Wohnumfeld heraus bewegen zu können. Sie ist notwendige Voraussetzung für individuelle Aktivitäten und gesellschaftliche Teilhabe. Möglichkeiten zur Mobilität basieren nicht nur auf dem ÖPNV, dem Fernverkehr und dem Ausbau von Straßen, sondern auch auf der Beseitigung von Barrieren an Wohngebäuden und im öffentlichen Raum, der Wegführung und Parkplätzen.

Häufig thematisiert wurde in den Bewohner/innenbefragungen die Zugänglichkeit von Wegen und Straßen. Im Sozialraum A führt beispielsweise der Mangel an Parkplätzen dazu, dass Gehwege und Einstiegsmöglichkeiten in öffentliche Verkehrsmittel zugesperrt werden. Hinzu kommt, dass damit ein wohnungsnahes Be- und Entladen von Fahrzeugen nicht möglich ist und z. B. der Rettungsdienst in medizinischen Notfällen durch Hindernisse blockiert wird. Benannt wurde häufiger das Fehlen von abgesenkten Bordsteinen, was sich beim Überqueren der Straße vor allem mit dem Kinderwagen, Rollstuhl oder auch Rollator bemerkbar macht und die Mobilität erschwert. Auf die Frage, ob man sich im Quartier mit dem Kinderwagen oder Rollstuhl bewegen könne, antwortet eine Gesprächspartnerin:

Nein, also im Rollstuhl nicht. Mein Mann ist fünf Monate im Rollstuhl gefahren. Es war arg schwer. Es sind keine abgeflachten Bordsteinkanten, nur ganz selten. Und ich musste ihn schieben, da sind mir meine Hände kaputt gegangen. Kinderwagen geht prima. Das geht mit dem Rollator weiter. Es werden ja immer mehr Leute, die mit dem Rollator laufen. Und dieses Jahr hat die Firma X saumässig Schnee geräumt. Es war spiegelglatt. Da ist keiner gekommen der gestreut hat. Und die Leute sind alle wieder zurück in ihre Häuser gegangen. (B5: 594-602)

Die Aussage der Gesprächspartnerin verweist auf die Konsequenzen beeinträchtigter Mobilität: Betroffene sind auf die Hilfe anderer angewiesen oder verbleiben in ihren Wohnungen – in beiden Fällen beschränken unzureichende Mobilitätsräume die Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensführung. Die Sequenz aus der Gesprächsrunde in C verdeutlicht, dass mit dem gleichzeitigen Blick auf Rollstuhl, Kinderwagen und Gehhilfen bei der Gestaltung des Quartiers unterschiedliche Zielgruppen und Lebenslagen zu berücksichtigen sind. Es zeigt zudem, dass keine individuelle, sondern nur eine abgestimmte Lösung möglich ist.

P7: Wir haben Glück oder Pech, dass vielleicht vier Kinderwagen im Haus sind, also im Aufgang sind. Und wo solln die mit dem Kinderwagen anders hin?

P1: Jetzt komm ja noch diese Rollator dazu.

P6: Naja, die Gehhilfen müssen se ja mit in de Wohnung nehmen, aber die Kinderwagen stehen halt da.

P4: Das ist klar, dass keiner sein Kinderwagen immer mit in die Wohnung nehmen kann.

P7: Aber wir haben doch ein Fahrradkeller da können die rein. (C1: 1357-1368)

Insgesamt zeigte sich bei den Befragungen die Problematik der kurzen Wege: So können in einem Wohngebiet insgesamt eine gute Erschließung durch den ÖPNV und ausreichende Einkaufsmöglichkeiten vorhanden sein, im Detail aber gibt es zahlreiche Barrieren, durch die gehbeeinträchtigte Bewohner/innen die vorhandenen Versorgungsstrukturen nicht nutzen können. Die Quartiersbusse in A und Ba helfen beispielsweise bei der kleinräumigeren Erschließung und werden deshalb ausgesprochen positiv bewertet.

Es hat sich viel verändert. Verändert in die Richtung, dass nun endlich mal ein Bus fährt. Auch hier in dem Wohngebiet (...) Die [Bewohner/innen; Anm.] mussten sonst immer bis vor zur Z.-Straße laufen. Also das hat sich wirklich verändert und das haben sie auch alle sehr sehr gut angenommen. (A2: 145-150).

Kritisch wird bei den Quartiersbussen angemerkt, dass die Linienführung in einigen Wohnbereichen noch kleinräumiger sein müsste und Nutzungskonkurrenzen auftreten, wenn in den Stoßzeiten des Schülerverkehrs der Bus viel zu klein sei. Beeinträchtigend wirken sich auch die teils geringen Taktzeiten sowie die enge Begrenzung auf bestimmte Wochentage oder Tageszeiten. Die Problematik der kurzen Wege zeigt sich darüber hinaus in der Beschaffenheit des jeweiligen Quartiers, denn die von uns untersuchten Sozialräume sind durch erhebliche Steigungen bzw. Gefälle gekennzeichnet. Starke An- und Abstiege stellen mit schwindender körperlicher Leistungsfähigkeit eine große Herausforderung für die (älteren) Bewohner/innen der Quartiere dar, besonders unter schwierigen Witterungsbedingungen.

Es ist hier draußen sehr schön, aber die Einkaufsmöglichkeiten sind für ältere Leute zu weit (...) es geht hier runter und dann wieder bissl berg hoch und mit vollen Taschen (A5: 90-92).

Die Schaffung von Sitzmöglichkeiten fördert grundsätzlich die Mobilität, es wurde seitens der befragten Bewohner/innen aber auch daraus resultierende Probleme thematisiert, weil diese zweckentfremdet genutzt werden. Ein fast vernachlässigter Gesichtspunkt der Ermöglichung von Mobilität betrifft die Notwendigkeit von barrierefreien Toiletten im öffentlichen Raum.

5.2.2 VERSORGUNG IM GEBIET (EINKAUFSMÖGLICHKEITEN, ÄRZTE)

Ein zentrales Thema des Wohnumfeldes sind Einrichtungen zur Gewährleistung alltäglicher Lebensbedürfnisse. Dazu gehört der Einkauf des täglichen Bedarfs sowie (Fach)Ärzte, Service- und Leistungszentren. Einkaufsmöglichkeiten gibt es, wie in 5.1 ausgeführt, in jedem untersuchten Sozialraum, doch wird deren Erreichbarkeit und Qualität sehr unterschiedlich bewertet. So werden in einer Gruppendiskussion mit Bewohner/innen des Sozialraums A sehr unterschiedliche Strategien sichtbar: Zum Teil arrangiert man sich mit den Gegebenheiten: *Klar ist es teuer, aber dafür hat man's auch vor der Haustür, eben die Bequemlichkeit (A5: 123-124)*. In dieser Hinsicht werden der Einkaufsmarkt sowie Angebote mobiler Verkaufswagen genutzt. Vielfach wird der Einkauf außerhalb des Wohngebietes getätigt, damit eine größere Auswahl verfügbar ist, wobei hier deutlich Einschränkungen in der Mobilität zum Ausdruck kamen. So lange es gesundheitlich möglich ist, werden Einkäufe mit dem eigenen PKW erledigt. Auch wird auf die Unterstützung durch Familienangehörige, Freunde oder Nachbarn zurückgegriffen. Zu den Bewältigungsstrategien zählt darüber hinaus die Inanspruchnahme von Taxis, Bringdiensten oder organisierte Einkaufsfahrten. Der Pflegedienst im Sozialraum A, der für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen Einkaufsfahrten durchführt, betonte uns gegenüber, dass das Einkaufen nicht nur auf die Versorgung mit Waren reduziert werden darf:

Was den Leuten nicht gefällt, ist, das muss man ja auch sehen, zu DDR-Zeiten hat es alleine hier in dem Gebiet drei Kaufhallen und drei kleine Läden gegeben. Es gibt jetzt noch einmal diese Kaufhalle und wenn man dort also 17 Uhr Obst und Gemüse kaufen will, also das kann man vergessen. Also das ist das Letzte. Es gibt zwar vorne auf der Straße, auf der Z-Straße dann einen Haufen Läden, die sie jetzt gebaut haben, aber das ist für die alten Leute wieder zu schwer, dass zu tragen. (...) Also gehen sie alle hier hoch in die S-Straße. Also das ist was, was ich nicht so gut finde. (...) Und das sagen mir auch meine alten Leutchen. Also das ist dann meistens so, dass wir sie einsacken müssen und mitnehmen müssen, damit wir hier vorne in so eine große Kaufhalle fahren können. Das se wirklich dann das bekommen, was sie gerne möchten. Also diese Kaufhalle hier ist sehr ungünstig. (A2: 150-162)

Der ‚Akt des Einkaufens‘ ist neben der Versorgung auch Kommunikation, Bewegung und Geselligkeit. Es geht folglich nicht nur darum, für Jemanden den Einkauf zu erledigen, vielmehr kann Begleitung beim Einkaufen wichtiger sein. In diesem Sinne wurde wiederholt thematisiert, dass es nicht nur um die quantitative, sondern auch die qualitative Seite der vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten gehe. Während für viele ältere Menschen mit dem Einkauf soziale Teilhabe verbunden ist, wird auch die eher pragmatische Meinung artikuliert: *Je älter man wird, umso weniger braucht man; da gehst du auch nicht mehr jeden Tag einkaufen, das machen wir ja jetzt schon nicht mehr (A5: 143-144)*. Insgesamt

samt zeigte sich gerade bei dem Thema Einkaufen eine Vielfalt von Motiven und Bewältigungsstrategien, die nicht nur mit Versorgung gleichzusetzen sind.

Auch in den großstädtischen Wohnsiedlungen war die unzureichende medizinische Versorgung ein Thema. Wie die Pflegedienstleiterin in A verdeutlichte, gehe es nicht allein um die Anzahl von Haus- und Fachärzten, sondern auch um deren Erreichbarkeit. Fehlende Fahrstühle oder auch Rollstuhlfahrten schränken die Mobilität selbst in medizinischen Einrichtungen ein und begrenzen Zugangsmöglichkeiten.

Sehr positiv hervorgehoben wurden von den Befragten personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungsangebote, wenn sie im Wohngebiet vorhanden waren. Friseure, Pflegedienste, Servicezentren, Reinigungsdienste, aber auch Notrufsysteme, Concierges und Haushaltshilfen tragen erheblich zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität bei.

5.2.3 AUFENTHALTSMÖGLICHKEITEN

Grünanlagen, Freiflächen oder begrünte Höfe tragen ebenfalls zur Lebensqualität der Quartiersbewohner/innen bei. Sie werten nicht nur das Wohnumfeld auf, sondern sind auch aktivitätsfördernd. Beim Abriss von Wohnungen wurde in allen untersuchten Wohngebieten die Anlage von Grünflächen als Aufwertung wahrgenommen. In mehreren Wohngebieten unterhielten oder unterstützten die Genossenschaften Kleingartenanlagen.

Wir hatten zu DDR-Zeiten 2015 und haben jetzt noch 1936 [Kleingartenparzellen, Anm.], und das sind natürlich sehr viele Parzellen von älteren Bürgern. Und das ist so, ich kenne da selber welche (...) die haben da alles drinne und ziehen im Mai raus aus der Wohnung zum Teil und ziehen im September wieder rein (...) und da hat sich natürlich auch Kleingartenstruktur entwickelt (...) Also wenn ich bestimmte Leute treffen will und ich weiß wo die Gärten sind, wenn ich sie nicht zu Hause treffe, treffe ich sie dort. Und dort sind auch Gemeinschaften. Da sind also viele private, da sind viele Parzellen die sich zusammen getan haben die Kleingärten. Also das ist auch ein Novum, so eine Art Lebensqualität, was die Menschen auch unwahrscheinlich wahrnehmen (D2: 938-950).

Als weitere Qualitätsmerkmale des Wohnumfeldes wurden Aufenthaltsmöglichkeiten und Treffpunkte wie Wäscheplätze und Kellerräume, Spielplätze und begrünte Innenhöfe durch Bewohner/innen positiv erwähnt. In diesem Zusammenhang spielen Sitzgelegenheiten eine große Rolle, z.B. Bänke in Hauseingangsbereichen, in Grünanlagen und an viel belauften Straßen. Diese erleichtern die Mobilität und dienen der Kommunikation. Das einfache Gestaltungselement besitzt aber auch eine problematische Seite – die Aneignung durch unterschiedliche Nutzergruppen und/oder die falsche Lage. In der Gruppendiskussion in C wird die tatsächliche Nutzung problematisiert.

P3: Was hier fehlt, also für mich... das hier mal ne Bank irgendwo stehen sollte. Leute unterhalten sich... Bei uns am Garten sind da so drei Bänke, die sind ganz alt

P1: Obwohl bei uns sind die Bänke erneuert worden in der Genossenschaft, aber ich möchte sagen, die letzten 10 Jahre war dort keiner

P6: Sehen se das sag ich och

P1: Wir trinken mal kurz ein Bier draußen

P2: Auch bei uns hinten am Wald, da sitzt nie einer dort. Die verfaulen einfach, jeder sitzt in seinem Garten... noch niemand sitzen sehen.

P4: Ja, da sitzt eigentlich niemand drauf. (C1: 1724-1738).

Dem Teilnehmer P3, der eingangs seine eigenen Bedürfnisse formuliert, wird entgegen gehalten, dass kein kollektives Interesse bestünde. In diesem Fall wird das Interesse von P3 nicht anerkannt. Auch hier wäre eine Aushandlung erforderlich, um Interessen zusammenzuführen. Es scheint, als würden die Beteiligten von ganz unterschiedlichen Orten sprechen, an denen Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum fehlen bzw. veraltet und ungenutzt sind. Ein (moderierter) Verständigungsprozess der Bewohner/innen könnte dazu beitragen, geeignete Orte für Sitzgelegenheiten und Aufenthaltsmöglichkeiten im Sozialraum zu identifizieren. Ein weiterer problematischer Aspekt sind die Nutzungsinteressen unterschiedlicher Gruppen, die sich gegenüberstehen.

Ich hab das auch schon von anderen gehört, vom Hausmeister, dass die Bewohner dieser Häuser darauf gedrungen haben, dass die Bänke dort entfernt werden, weil die Bänke eben nicht mehr dafür genutzt werden wofür sie eigentlich gedacht sind. Also mal ein bisschen hinsetzen und mal ein Schwätzchen machen was weiß ich (...) Die wurden also zunehmend genutzt von Leuten, die den ganzen Tag dort saßen, tranken, rauchten (...) Krach machten, auch sagen wir mal im Umgang mit ihrem Müll nicht sehr sorgfältig waren und die Bänke wurden ein zunehmendes Ärgernis. Eine Bank kann gemeinschaftsstiftend sein (...) irgendeiner kommt vom Einkaufen, sieht da jemanden sitzen setzt sich mit dazu und macht ein Schwätzchen und geht nach einer halben Stunde wieder in die Wohnung, fühlt sich vielleicht gleich ein bisschen besser als wenn man den ganzen Tag niemanden hat, mit dem man redet. (B6: 543-564)

Im Sozialraum A wurden beispielsweise ‚die‘ Jugendlichen benannt, die Bänke in ihrem Sinne ‚besetzen‘. Einerseits wurde der positive Effekt von Sitzgelegenheiten immer wieder hervorgehoben, andererseits geht von Bänken, die nicht unmittelbar vor den Hauseingängen stehen, für Befragte offensichtlich oft ein Gefühl der Unsicherheit aus. Ein anderes Thema sind Spielplätze, die in ihrer Nutzung ebenfalls kontrovers diskutiert werden.

Der Hof ist durch den Spielplatz schön bunt geworden, in dem Hof steht viel Grünes. Und ich höre auch gerne Kinderlachen, da unten. Da treffen sich jetzt drei, vier Familien. Manche grillen. Das finde ich positiv. Ich weiß aber, es gibt viele ältere Menschen. Und manche stört's (B5: 681-685).

Die Gesprächssequenzen verdeutlichen, dass eine Auseinandersetzung von unterschiedlichen Interessen im öffentlichen Raum kaum stattfindet. Zum Teil wird wenig Verständnis für die Nutzung durch Jugendliche und Kinder entgegen gebracht, die befragten Bewohner/innen beschränken sich auf ihre Perspektive. Statt den Konflikt auch auszutragen, wird das ‚Ärgernis‘ entfernt. Hier wäre eine generationen- und nutzerguppenübergreifende Verständigung förderlich, die beispielsweise mit einer moderierten Sozialraumbegehung kombiniert werden könnte.

Deutlich wird nicht nur in diesem Zusammenhang der Aspekt der Sicherheit als relevanter Faktor für die Lebensqualität. Das subjektive Sicherheitsempfinden beeinflusst die Nutzung des Wohnumfeldes erheblich.

Ich kenne viele aus der Nachbarschaft alte Leute auch bei uns im Hause, die sagen wir gehen abends hier nicht mehr heraus. Früher konnte man in die Stadt ins Kino gehen und unbeschadet als Frau alleine mit der Straßenbahn hier rausfahren und dann hier quer durch die Botanik laufen da hatte niemand Angst brauchte keiner Angst zu haben. Es gab keine Drogensüchtigen die irgendwie darauf aus waren, einer Frau die Handtasche zu entreißen um zehn Mark oder zehn Euro zu klauen und so weiter. Das gab es nicht. Infolgedessen war das (...) die Basis für Misstrauen eigentlich nicht da. Ja na klar das irgendwo in der Kaufhalle mal geklaut wurde das gab's auch schon in der DDR ((lacht)) (...) ja aber ansonsten im täglichen Leben im Wohnumfeld dass da eben Drückerkolonnen mit sonst was für Methoden durch die Häuser schleichen sich äh äh mit wirklich kriminellen Methoden die Leute vor allem übers Ohr hauen. Das gab es in der Massenerscheinung absolut nicht (B6: 472-486).

Im Vergleich mit dem ‚Früher‘ greifen der Wandel gesellschaftlicher Bedingungen und die Veränderung der eigenen körperlichen Konstitution ineinander. Dass heute Ängste, Unsicherheit und Misstrauen allgegenwärtig scheinen, ist möglicherweise auch Ausdruck eines subjektiv höheren Sicherheitsbedürfnisses. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Thematisierung des kriminellen Handelns oftmals ein Stereotyp bildet, an dem das Gefühl von (Un-) Sicherheit seinen Ausdruck findet. Das Sicherheitsempfinden ist wesentlich komplexer und steht in engem Zusammenhang mit der Vertrautheit des Wohnumfeldes. Wenn die soziale Einbindung in das Wohngebiet insgesamt gut ist, spielt die Unsicherheit insgesamt eine geringere Rolle und wird das Umfeld weniger als bedrohlich empfunden. Die Jugendlichen werden beispielsweise dann als besonders bedrohlich und Konkurrenten im öffentlichen Raum wahrgenommen, wenn zu ihnen keine sozialen Beziehungen bestehen und die Vertrautheit mit dem Wohnumfeld schwindet.

5.2.5 FREIZEITEINRICHTUNGEN

Freizeiteinrichtungen können als weiteres relevantes Ausstattungsmerkmal des Wohnumfeldes erachtet werden. Zwar sind sie bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung oft bei den Gesprächspartner/innen deutlich weniger präsent gewesen, aber ihr Fehlen wurde vor allem dort als problematisch empfunden, wo die Stadt verlassen werden muss, um beispielsweise ins Kino oder Theater zu gelangen. Freizeiteinrichtungen halten nicht nur bestimmte Angebote vor, sondern dienen als kommunikativer Begegnungsort.

Wir haben hier die Schwimmhalle, nicht weit weg (...) da ist, sagen wir mal das Angebot neuerdings freitags vormittags, überhaupt freitags, Billigbadezeit. Und da gehen Sie mal früh um zehn hin. Da ist die Schwimmhalle voll. (...) viele Ältere, die sich von der Arbeit irgendwie her [kennen; Anm.], die treffen sich, da wird erzählt, es wird auch ein bisschen geschwommen, aber es ist so, man trifft sich halt wieder (D2: 903-912).

Im Interview mit einer Bewohnergruppe wurde über die (Wieder)Eröffnung eines Kulturhauses diskutiert und dabei wird sehr gut deutlich, dass die Wahrnehmung von Freizeitangeboten und die Ansprüche an soziale Teilhabe diskursiv hergestellt werden: Weder lässt sich aus der Formulierung des Verlustes früherer Angebote unmittelbar der Wunsch nach Aktivitäten noch aus geringen Aktivitäten ein Desinteresse ableiten.

P1: Wenn jetzt mal das S. [Kulturhaus, Anm.] mal wieder, wird es vielleicht mal kulturell bissel mehr

P7: Ja, bissel Werbung machen

M1: Das vermissen sie?

M2: Würden sie dann da auch hingehen?

P1: Ja. also. ja..

P7: Ist auch bissel altersmäßig, für unser hohes Alter ist das dann nichts mehr

P2: Kulturell ist das doch gut (...)

P1: Ich würde jetzt nicht jede Woche Tanz machen aber so 3, 4 mal im Jahr würde ich machen

P4: Aller 14 Tage war Familientanz früher, heute ist ja gar nix mehr los, für die Jugend ist nix mehr los und für Ältere gar nix mehr.

P1: Ja, find ich auch.

P4: Früher war es familienfreundlicher (C1: 1748-1760).

Einerseits ist die Wahrnehmung und Nutzung von Angeboten im Wohnumfeld in hohem Maße subjektiv, andererseits handelt es sich um diskursive, kommunikative und erfahrungsgeleitete Handlungsräume. Diese sind nicht aus den vorhandenen ‚objektiven‘ Strukturen ableitbar und lassen sich auch nicht aus der Perspektive der Professionellen auf das Wohngebiet ableiten.

5.3 DIE QUALITÄT DES WOHNUMFELDES ALS MOBILISIERUNGSANSATZ

Das Wohnumfeld stellt sich in unseren Untersuchungen als ein vielfach geschichteter Stimmungs-, Wahrnehmungs- und Aktivitätsraum der Bewohner/innen dar. Die ‚Verschachtelung‘ räumlicher Bezugssysteme führt dazu, dass Planungs- und Gestaltungsräume nicht einfach territorial gedacht werden können, sondern je nach Aktivitäten und Angeboten bedacht werden müssen. Obwohl die Bedeutung des Nahraumes im Alter steigt, sind die räumlichen Aktionsradien, sozialen Netzwerke oder die Nachfrage nach bestimmten Angeboten bei den befragten Bewohner/innen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Hinsichtlich der Gestaltung des Wohnumfeldes ist immer zu reflektieren, inwieweit das Quartier tatsächlich eine gewisse Interaktions- und Nutzungsdichte abbildet und für welche Lebensbereiche dies gilt. Die Perspektive des Wohngebietsansatzes ist deshalb kontextspezifisch, fachübergreifend und nutzerbezogen aufzufassen.

Die Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld und infrastrukturellen Defiziten trafen bei den Bewohner/innen kaum auf gefestigte Meinungen und bereits kategorisierte Erfahrungen. Sie konnten aus verschiedenen Gründen nicht einfach ‚abgefragt‘ werden: An der ‚Oberfläche‘ der Antworten lagen manifeste Konflikte, die im öffentlichen Raum auftraten, oder die aktuelle Schließung von Einrichtungen. Diese wurden sehr schnell erzählt. Darüber hinaus fiel es den Bewohner/innen schwer einen Referenzrahmen für das zu entwickeln, was wir als aktivierende Infrastruktur bezeichnen. Sie bezogen sich eher auf das ‚Früher‘, nicht auf ihre Bedarfe als Vergleichshorizont. Sie thematisierten mehr ihre Anpassung als die Notwendigkeit der Veränderung. Unser methodischer Zugang durch niedrigschwellige Interviews zeigte, dass häufig eine Anpassung an (nicht) vorhandene Angebote erfolgte. Einige Infrastrukturbereiche wurden selten oder gar nicht angesprochen (z.B. Bildungseinrichtungen). Deutlich aussagekräftiger wurde die Einschätzung und Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld in Verbindung mit Fragen nach konkretem Alltagshandlungen und -bedarfen.

Besonders in den Gruppengesprächen zeigte sich die diskursive Herstellung sozialräumlicher Wirklichkeiten. Sie bildeten sich in den Gesprächen erst heraus. Nicht selbstverständlich war den Bewohner/innen, was eigentlich ihr Wohnumfeld ausmacht, wie ihr Alltag davon abhängt und ob es überhaupt gestaltbar ist. Die Einschätzung der Wohnumgebung wurde vor allem auf die gegenwärtige Lebenslage bezogen, auf die Zukunft (des Alterns) und damit verbundenen Überlegungen, möglichen Unsicherheiten, Sorgen oder gar Ängsten wurde kaum eingegangen.

Eine stärkere Berücksichtigung der Bewohner/innenperspektive kann zwar als partizipativer Ansatz verstanden werden, daraus ergibt sich nach unseren Untersuchungen aber kein unmittelbarer Mobilisierungsansatz zur Verbesserung der Lebensqualität. Von einem wohnumfeldbezogenen Gestaltungsanspruch der älteren Bewohner/innen kann nicht unmittelbar ausgegangen werden. Zwar wird immer wieder – wie in den Leitlinien und Handlungsperspektiven der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAGSO 2008) – die aktive Beteiligung von Älteren in diesem Bereich gefordert und als wichtig herausgearbeitet. Ältere sollten nicht nur ‚Zielgruppe von Maßnahmen‘, sondern wichtige Akteure sein (Steffen 2010: 11). Stattdessen herrscht in den Bewohner/inneninterviews der Tenor vor, sich individuell den lokalen Bedingungen anzupassen, statt diese kollektiv zu ändern.

In unserem Untersuchungskontext wurde häufig auf die unzureichende bedarfsgerechte Ausstattung der Wohnung und des Wohnumfeldes, insbesondere die fehlende Barrierefreiheit bzw. Mobilität, hingewiesen. Aber Treppen, fehlende Bordsteinabsenkungen, eingeschränkt begehbare Fußwege oder die teils unzureichende medizinische Versorgung und mangelnde qualitativ ansprechende Einkaufsmöglichkeiten werden zu Gunsten des sicheren, vertrauten Wohnens in Kauf genommen. Die oft lange Wohndauer in der Genossenschaft führt dazu, dass die heute älteren Bewohner zumeist eine hohe Identifikation mit der Nachbarschaft, der Siedlung und dem genossenschaftlichen Wohnen aufweisen. Dies bestärkt den Wunsch, trotz reduzierter Teilhabechancen im Wohnumfeld zu bleiben und nicht die Strategie des Wegzugs wahrzunehmen.

Weshalb die (älteren) Bewohner/innen vor allem die Strategie der Anpassung an vorhandene, vermeintlich unabänderliche Bedingungen wählen und sich im Gegensatz zu anderen Bereichen nicht für die Infrastruktur im Wohnumfeld engagieren, konnte nicht vollständig geklärt werden. Die Möglichkeit wird fast gar nicht thematisiert, bei Nachfragen löst sie eher Irritationen aus. Das von uns identifizierte wohnumfeldbezogene Engagement findet unmittelbar vor der Haustür statt (z.B. Straßen- oder Hausfeste, Balkonpflanzaktionen, Aufwertung von Freiflächen). Diese ‚Fehlstelle‘ korrespondiert mit den Untersuchungsergebnissen von Braun und Bischoff zu Seniorenbüros, dort zielten nur zwei Prozent aller unterstützten Gruppen auf Aktivitäten im Bereich Wohnen, Wohnumfeld und Umwelt (1999: 95). Auftretenden Problemen in der Ausstattung des Wohnumfeldes, insbesondere der Verkehrsinfrastruktur und Versorgung, wird durch die befragten Älteren überwiegend durch individuelle Bewältigungsstrategien begegnet, unterstützt ggf. durch Familienangehörige, Sozialdienste und Nachbarn. Die Antworten lassen sich als ein Zusammenspiel von Zufriedenheit, lebenszyklisch begründetem Rückzug und Resignation auf die unabänderlich scheinenden Entwicklungen in der Siedlung (z.B. Rückzug des Einzelhandels) lesen.

VI STRATEGIEN DER GENOSSENSCHAFTEN IM UMGANG MIT ‚ALTER(N)‘

Im folgenden Kapitel werden die Strategien der Genossenschaften zur Gestaltung des Wohnumfeldes für eine ‚alternde‘ Bewohnerschaft untersucht. Wir haben dazu sechs altersfokussierte Handlungsfelder bei den untersuchten Genossenschaften identifiziert, die nachfolgend erörtert werden. Die Auseinandersetzung mit genossenschaftlichen Strategien im Umgang mit dem Alter(n) erfolgt überwiegend auf der Basis der Interviews mit Hauptamtlichen (vgl. 2.4). Möglicherweise geht es bei den nachfolgenden Aussagen der Hauptamtlichen auch in strategischer, planerischer und visionärer Perspektive sehr viel mehr um die Selbstdarstellung der Genossenschaften. Wichtig für uns war aber zu sehen, in welchen gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Kontext diese gestellt wurden.

6.1 DEMOGRAPHIESTRATEGIE ZWISCHEN MILIEUERHALT UND -VERÄNDERUNG

Die besondere Gewichtung der demographischen Alterung (4.2) spiegelt sich auch in den Strategien der Wohnungsgenossenschaften wider. Die Genossenschaften unterbreiten zielgruppenspezifische Wohnangebote, verbunden mit einer adressatengerechten Ansprache. Die Zielgruppe junger Familien beispielsweise wird mit dem Vorhandensein von Kindergartenplätzen oder ‚Begrüßungsgeld für Neugeborene‘ beworben. Auszubildenden, Studenten oder Singles werden Vergünstigungen bei Partnern (z. B. Fitnessclub, Fahrschule, Autohaus) angeboten oder auch genossenschaftliches Wohnen ohne das Erwerben von Anteilen ermöglicht. Die Zielgruppe ‚Senioren‘ wird über Formulierungen wie ‚intakte Hausgemeinschaften‘, ein ‚grünes, ruhiges Wohnumfeld‘ oder spezielle altersgerechte Wohnformen (Servicewohnen, betreutes Wohnen) zu erreichen versucht. Es wird nicht nur auf die identifizierten Zielgruppen unterschiedlich eingegangen, sondern die Wohnungsbestände in den einzelnen Quartieren mit entsprechenden Attributen versehen, die letztendlich zu einem altersselektiven Zuzug beitragen.

Die Genossenschaft E begreift den altersselektiven Zuzug als Chance für die Entwicklung des Quartiers und fördert entsprechend den Neu- bzw. Umbau altersgerechter Wohneinheiten und die Anpassung der Infrastruktur an die Lebenslagen und Bedarfe älterer Menschen.

Ich sag mal (...) die Objekte, die wir jetzt altersgerecht angedacht oder schon umgesetzt haben, liegen alle so, dass man zu Fuß Versorgungseinrichtungen, Apotheken, Ärzte, alles was so ist, erreichen kann. Post, Sparkasse, das ist alles unmittelbar im Gebiet. (E1: 529-533).

Im Fall A kommt eine sozialräumlich differenzierte Strategie zum Tragen, die sich an der Sozialstruktur, den Wohnungsbeständen, der Anbindung an das Stadtzentrum, der vorhandenen Infrastruktur, aber auch der ‚Lebendigkeit‘ und Attraktivität eines Quartiers orientiert.

Also es kommt och drauf an, was für ne Infrastruktur da ist. (...) Hab ich Schulen in der Nähe Kindergärten und so weiter. Da zieht es natürlich eher junge Menschen hin (...). Na. Und ich merk auch den Trend, (...) viele junge Leute, die zieht es (...) also Richtung Innenstadt. (...) also des hat schon eher den

Charme für junge Menschen als eher hier in den ländlichen Bereich zu ziehen, ja, wobei wir natürlich versuchen och für diejenigen hier ein Angebot zu machen (A1: 135-146).

Im Fall B versucht die Genossenschaft seit längerem eine ‚Verjüngung‘ der Bevölkerungsstruktur. Voraussetzung dafür scheint die Ausstattung der Infrastruktur zu sein: Kindergärten, Schulen oder auch Freizeiteinrichtungen und Spielplätze werden als förderlich für den Zuzug und Verbleib jüngerer Bewohner/innen in der Familiengründungsphase angesehen.

Also [das Wohngebiet Bb; Anm.] hat sich deutlich verjüngt in den letzten Jahren. Hoffentlich geht da das Thema Grundschule uns nicht so nahe, dass wir dort (...) wieder eine gegenteilige Entwicklung haben werden. Also Grundschule wurde ja mit Stadtratsbeschluss (...) verlegt. Für mich ein Unding (...) Also haben wir auch sehr intensiv mit unseren Leuten gekämpft dagegen auch mit einem Bürgerverein da draußen. Haben wir leider nicht hinbekommen (B1: 33-40).

Mit Blick auf die demographische Entwicklung wurden von den Genossenschaften unterschiedliche Strategien für lebenszyklisch-typische Haushalte entworfen. Die Spannweite reicht zwar bei den skizzierten Fällen von einer gezielten Profilierung für ein alternsensibles Wohnen bis zum Gegensteuern durch die vorzugsweise Ansiedlung junger Familien – grundsätzlich wird aber eine soziale und generationenübergreifende Durchmischung der Bestände angestrebt. In allen untersuchten Fällen spielte die Bevölkerungsstruktur für die Entwicklung des Wohnungsportfolios eine zentrale Rolle. Ging es zum einen darum, Bewohnerstrukturen zu bewahren, fand sich andererseits eine immobilienbezogene ‚Migrationspolitik‘.

6.2 HANDLUNGSFELDER IM RAUM DES ALTER(N)S

Die folgende Systematisierung genossenschaftlicher Handlungsfelder stellt den Versuch dar, sie mit unterschiedlichen Räumen des Alter(n)s von der Wohnung bis zum Quartier in Verbindung zu bringen.

6.2.1 WOHNRAUMANPASSUNG

Der Handlungsstrategie der individuellen Wohnraumanpassung gehen die wohnungswirtschaftlichen Modernisierungsmaßnahmen der 1990er und beginnenden 2000er Jahre voraus. Der immense Sanierungs- und Nachholbedarf dominierte die genossenschaftlichen Strategien, wie einer der befragten Vorstände rückblickend ausführt: *In den 90er Jahren da haben wir (...) das Problem gehabt, dass wir unendlich viel zu tun hatten mit irgendwelchen Sanierungsleistungen (B1: 183-185).* Auf diesem Fundament – eines zumeist gut sanierten Gebäudezustandes – beruhen die gegenwärtigen Strategien, die deutlich mehr auf die unterschiedlichen Lebenslagen der Bewohner/innen und sich ändernde Wohnbedürfnisse gerichtet sind. Diese sind, wie der Vorstand der WBG D schildert, auch in Beziehung zu einem mehrphasigen Sanierungsprozess zu setzen, der in Abhängigkeit vom Alter und Zustand der Wohnungsbestände erfolgte:

Wir haben natürlich unterschiedliche Altersstrukturen in den einzelnen Wohnquartieren, so wie sie auch gebaut und bezogen worden sind. In den älteren Wohnquartieren (...) haben wir natürlich Anfang der 90er Jahre ne Bestandssanierung gemacht, weil vor 20 Jahren haben die [Bewohner/innen; Anm.] alle Mitte bis Anfang 50 oder bis Anfang 60 (...) keine Sorgen oder Anforderungen gehabt an die Veränderung ihres Wohnens. Wir haben dann die jüngeren Plattenbauten weiterentwickelt, wo die Genossenschafter zu dem Zeitpunkt der Sanierung noch jünger gewesen sind. Die kommen jetzt aber so langsam in das Alter, wo die eine oder andere Veränderung und Anpassung notwendig ist und wir haben da unser Kerngebiet (...) im Plattenbaubereich im Jahr 1999 so entwickelt, dass es also dem lebenslangen Wohnen am ehesten gerecht wird (D1: 201-216).

Es handelt sich beim Handlungsfeld Wohnraumanpassung um Lösungen, die das selbstbestimmte Wohnen und Leben unterstützen sollen und auf Barrierefreiheit, Mobilität und Sicherheit innerhalb der Wohnung gerichtet sind. Von den befragten Vorständen werden als geeignete Maßnahmen der schwellenlose Balkonaustritt, die (Um)Gestaltung der Bäder, die Anpassung von Türrahmen und ferner der Fahrstuhleinbau und die Schaffung von Rampen genannt. Maßnahmen wie das Beseitigen der zum großen Teil sehr hohen Ausstiegsschwellen vom Wohnzimmer zur Loggia, der Fahrstuhleinbau oder Stellflächen für Rollstühle und Rollatoren zählen zu den groß angelegten Sanierungsprogrammen der Genossenschaften, die im Zuge der Sanierungsmaßnahmen je nach Gebäudezustand, Kapitalausstattung und baulichen Möglichkeiten in den vergangenen Jahren realisiert wurden. Unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit werden teilweise Hausflure mit Rampen auszustatten, so dass gehbeeinträchtigte Menschen über einen separaten Eingang ihre Wohnung erreichen können. Der Mobilität zuträglich ist auch der Ein- bzw. Anbau von Fahrstühlen. Ein Beispiel für die Ermöglichung barrierefreier Zugangsmöglichkeiten im Hauseingangsbereich sind die Rollstuhlgaragen, die an einigen Standorten in D entstanden sind.

Wir bereiten jetzt ein Projekt vor um also im Bedarfsfall auch die ersten sieben Stufen, sprich vorm Hauseingang auf das Erdgeschosspodest zu überwinden. Dass wir also mittels Treppenliften, Plattformliften neu gestaltete Hauseingangsbereiche, dann dort die Möglichkeit haben für den Genossenschafter, der halt diese Hilfe in Anspruch nehmen muss dann auch vom Gehsteig vom Hauseingangsniveau auf das Wohnniveau zu kommen, von dort dann mit dem installierten Aufzug auf die jeweilige Wohnetagen (D1: 224-230).

Die eigentliche Wohnraumanpassung ist eher individuell an bestimmten Bedarfen ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wird häufig die (barrierearme) Gestaltung der Bäder – sowohl von Vorständen wie auch Bewohner/innen – thematisiert. Das Interesse an einer individuellen Wohnraumanpassung, insbesondere von Bädern, steht meist im Zusammenhang mit einer akuten gesundheitlichen oder körperlichen Beeinträchtigung – und damit nicht explizit auf die Lebensphase Alter begrenzt. Darauf verweist der Vorstand in A:

Dass bereits zum vierten Mal eine behindertengerechte oder barrierearme Wohnung (...) für einen Rollstuhlfahrer [ausgebaut wird, Anm. A.S.], der sich bei uns beworben hat. (...) wo mer also sagen müssen, mir müssen was tun. Wird sicherlich das gleiche werden wie (...) [bei, Anm. A.S.] der jungen Frau die da von der Reha zurückgekommen is und da haben wir dort die Wohnung umgebaut, dass sie also mit dem Rollstuhl auf den Balkon fahren kann. (A1: 454-460)

Bei Wohnraumanpassungen handelt es sich also in der Regel um kleinteilige und individuelle baulich-technische Veränderungen, die zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität beitragen sollen. Die Maßnahmen erfolgen anlass- und bedarfsorientiert. Dies setzt die Artikulation von Wünschen und Bedarfen seitens der Bewohner/innen gegenüber der Genossenschaftsverwaltung voraus. Dass dies keineswegs selbstverständlich ist, wird anhand einer Sequenz aus dem Gruppengespräch im Fall A deutlich, in der geschildert wird, dass die Bäder nicht für alte Leute gestaltet seien. So nütze einer Gesprächspartnerin zufolge die Badewanne nichts im Bad, *das ist alles zu unsicher. Wir brauchen eine Dusche (...), dass man sich festhalten kann* (ebd.: 544-549). In diesem Zusammenhang wird auf die Problematik zu enger Türrahmen verwiesen, die sich vor allem beim Einsatz von Rollatoren oder auch Rollstühlen bemerkbar macht. Doch scheint es innerhalb der Mitgliedschaft nur vereinzelt – angeregt durch einen Nachbarschaftshilfeverein – eine Verständigung über lebenslagenbezogene Bedarfe in der Genossenschaft zu geben.

Die Bedarfsregulierung setzt voraus, dass individuell Unterstützung erbeten wird und damit geht das Eingestehen von Hilfsbedürftigkeit einher – eine nicht zu unterschätzende Barriere. Seitens der Vorstände wird davon ausgegangen, dass Bewohner/innen ihre Anforderungen gegenüber der Genossenschaft artikulieren. Dies setzt jedoch das Wissen über die Möglichkeit des bedarfsgerechten Umbaus voraus. Gut denkbar ist, dass Wohnraumanpassungen nicht nur auf individuellen Bedarf, sondern über partizipative Verfahren besser gelöst werden.

Denn die Wünsche und Möglichkeiten sind ja so vielfältig, dass man gar nicht alles (...) vorhalten kann. Manchmal ist es nur der Griff an der Badewanne, der hilft, dass man also beim Aussteigen eine Hilfe hat und Kleinigkeiten in dem Sinne, die unterstützen können, eine neue Form auch des Toilettenbeckens mit den entsprechenden Möglichkeiten (...), wo wir also, wenn ein Genossenschaftler Bedarf hat, dann auch hier in unserem Musterraum sich das anschauen kann. (D1: 244-251).

Bei den untersuchten Wohnungsgenossenschaften liegt auf der ‚maßgeschneiderten‘ Wohnraumanpassungen ein großes strategisches Gewicht, d.h. *natürlich ist das größte Augenmerk die Wohnung (A1: 264-276)*. Diese Fokussierung wird damit begründet, dass hier der größte Bedarf existiert. 2009 wurde beispielsweise durch die Genossenschaft A ein Niedrigenergiehaus mit 31 überwiegend barrierefreien Wohnungen fertiggestellt, das bereits im Vorlauf komplett vermietet war. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass Wohnanpassungsmaßnahmen nicht allein auf das Alter(n) der Mitglieder gerichtet sind, sondern vielmehr körperliche und gesundheitliche Beeinträchtigungen in unterschiedlichen Lebensphasen ausschlaggebend sind.

6.2.2 WOHNKONZEPTE

Die Frage, ob die Wohnung und das nahe Wohnumfeld für ein langes, selbstbestimmtes und selbstständiges Leben geeignet ist, beschäftigt alle von uns untersuchten Genossenschaften. Dabei kristallisiert sich die Entwicklung von altersgerechten Wohnformen und -konzepten als weiteres Handlungsfeld heraus. Unter dem populären wie zugleich unpräzisen Schlagwort des ‚altersgerechten Wohnens‘ wurden uns von den Vorständen teils Realisierungen, teils Visionen zu Wohnkonzepten geschildert:

- Mehrgenerationenwohnen (Fall D, E)
- Servicewohnen bzw. seniorenfreundliches Wohnen (Fall A, E)
- Betreutes Wohnen (zu Hause) (Fall A, E)
- ambulant betreute Wohngemeinschaft (Fall A)
- AAL-Ansatz der mitalternden Wohnung (Fall B)

Wohnkonzepte beziehen sich in der Regel auf ein Wohngebäude oder -komplex mit zugehörigem Umfeld, das/der altersgerecht umgebaut wird. Um Synergieeffekte zu nutzen, erfolgen die Anpassungen zumeist in Kombination mit ohnehin anstehenden Modernisierungen. Dabei ist zunächst irrelevant, ob die vorhandenen Bewohner/innen eine altengerechte Wohnung benötigen, das Vorgehen zielt vielmehr darauf ab, den Wohnungsbestand ‚zukunftstauglich‘ zu entwickeln (vgl. Kreuzer 2006: 125).

Die Genossenschaft E realisierte das Wohnkonzept des Mehrgenerationenwohnens sowie das gezielte Seniorenwohnen im Rahmen struktureller Wohnraumanpassung mit der Devise ‚Umbau statt Abriss‘. Beim Mehrgenerationenwohnen wird eine Strategie verfolgt, die zugleich auf (überwiegend ältere) Bestandmieter und Wohnlösungen für jüngere Generationen ausgerichtet ist. Potenzielle Bewohner/innen würden dem Vorstand zufolge die Einstellung mitbringen: *Wenn ich jetzt da rein ziehe, brauche ich dann im Alter nicht mehr umzuziehen (E1: 192-193)*. Das Wohnkonzept beinhaltet Balkonanbauten, bedarfsorientierte Grundrissveränderungen, energetische Sanierung, den Zugang zum Aufzug über schwellenlose Laubengänge. Offen ist, inwieweit zu den baulichen Veränderungen noch Formen nachbarschaftlichen Zusammenlebens oder Dienstleistungsangebote hinzukommen. Weitaus deutlicher findet dieser Anspruch – wiederum im Fall E – beim Seniorenwohnen in mehreren altersgerecht umgestalteten Wohnblöcken Berücksichtigung, bei dem Betreutes Wohnen (Betreuungspauschale) hausinterne Sozialstation, Tagesbetreuung und Seniorenbegegnungszentrum in der Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbandes kombiniert wurden. Die hohe Nachfrage nach dieser Wohnform bestärkte den Vorstand der Genossenschaft E darin, weitere zielgruppenspezifische Wohnkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Diese ersten zwei Blöcke damals, die waren im nu belegt. Der Bedarf war da und konnte auch damit nicht abgedeckt werden, mit diesen Objekten. Daraufhin kam dann eben der Gedanke (...) das sind nochmal 90 Wohneinheiten die dort gebaut worden sind als Neubau. Da sind wir also 2007 dann fertig geworden – innerhalb kürzester Zeit komplett vermietet (E1: 228-233)

Der – in Kooperation mit einem Wohlfahrtsverband – abzuschließende Betreuungsvertrag ist gekoppelt an den Mietvertrag und sichert bei Bedarf die professionelle Unterstützung. *Für das gesellige Leben gibt es ein Kaminzimmer, wo Sie jeden Tag Leute finden, die dort am runden Tisch sitzen und Karten spielen und scrabbeln (E3: 245-250)*. Die Attraktivität des Wohnkonzeptes wurde uns von den Bewohnern und Besuchern der Wohnanlage bestätigt und kommt ebenso durch die lange Warteliste (ca. 150 Personen) zum Ausdruck.

Bei der Genossenschaft A ermöglicht ebenfalls die Kooperation mit einer Sozialstation im untersuchten Sozialraum das Betreute Wohnen. Das Angebot richtet sich an pflegebedürftige ältere und hochbetagte Bewohner/innen, welche durch die professionellen Betreuungs- und Pflegeleistungen (Einkaufs- und Fahrdienste, Haushaltshilfe, Hausnotruf etc.) weitestgehend selbstbestimmt in ihrer ver-

trauter Umgebung leben können. Während sich diese Wohnform schon vor einigen Jahren im Sozialraum etabliert hat, entwickelt die Genossenschaft mit dem Ansatz des Servicewohnens derzeit eine weitere alternative Wohnform. Fast gleichlautend wie in E betont der Vorstand von A, *die da sagen Ja, ich zieh jetzt schon ein, ich brauch diese Einrichtung der Pflege und so weiter noch nicht, aber ich werde ja mal alt und kann sie dann eben nutzen (A7: 194-196)*. Der Servicegedanke steht als Möglichkeit der Unterstützung bzw. Erleichterung des Alltags im Vordergrund und soll mit Hilfe eines Concierge realisiert werden, *wo (...) [man; A.S.] eben auch mal den Schlüssel abgeben kann, beziehungsweise ein Päckchen mal angenommen wird. (A7: 198.-199)*. Das Servicewohnen ist konzipiert für die Unterstützung in unterschiedlichen Lebenslagen.

Weitere Überlegungen des Vorstands der Genossenschaft A sind auf Wohnangebote für demenzerkrankte Menschen gerichtet, indem eine spezifische, den Anforderungen entsprechende Einrichtung aufgebaut werden soll, *wo wir eine Demenzgruppe unterbringen können, denn das ist etwas ganz wichtiges (A7: 188-189)*. Vorbild könnten ambulant betreute Wohngemeinschaften sein, die von unterschiedlichen Trägern der Wohlfahrtspflege und Stiftungen bereits erfolgreich praktiziert werden (z.B. Hamburg, Berlin, Bielefeld). Die Genossenschaft müsste eine Einrichtung konzipieren, die nach Aussage des Vorstandes *einen großen Gemeinschaftsraum hat, wo (...) sich [die Menschen; Anm.] tagsüber aufhalten können, wo das Leben stattfindet mit Küche und allem drum und dran und dann haben sie eben auch ein Rückzugsgebiet, wo sie schlafen können (A7: 191-192)*.

Einen anderen Weg hat die Genossenschaft B gewählt: In einem Wohnkomplex in Ba ist unter Anwendung von Ambient Assisted Living-Systemen und Grundrissveränderungen eine so genannte mitalternde Wohnung entstanden. Die altersunabhängige Ausgestaltung und flexible Anpassung an die sich ändernden Lebensbedingungen und Bedarfe der Bewohner/innen bildet auch bei diesem konzeptionellen Ansatz die Basis. Dieses Wohnangebot ist nicht explizit auf ältere Menschen ausgerichtet, sondern setzt bei möglichen gesundheitlichen Defiziten der Menschen an. Dem Vorstand zufolge wird versucht, die Versorgung unter baulichen, technischen wie sozialen Aspekten zu gewährleisten.

Nicht jede der von uns untersuchten Genossenschaften verfolgt den Ansatz, alternative Wohnkonzepte zu realisieren. Im Fall C wurde diesbezüglich (noch) kein Bedarf identifiziert bzw. das Handlungsfeld nicht explizit als Aufgabe der Genossenschaft erachtet. Die Genossenschaft D hat begründet Abstand davon genommen und legt den Schwerpunkt deutlich mehr auf die alterssensible Entwicklung des vorhandenen Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes.

6.2.3 WOHNUMFELDGESTALTUNG

Als wohnumfeldbezogene Maßnahmen werden solche angesehen, die sich auf den Hauseingangsbereich, das nahe Wohnumfeld aber auch das Wohngebiet bzw. den Stadtteil beziehen. Strategien der untersuchten Wohnungsgenossenschaften sind in diesem Handlungsfeld z.B. auf die Erleichterung von Mobilität, die Gestaltung von Grünanlagen sowie die Bereitstellung kommunikativer Orte gerichtet. Im Zusammenhang mit der Gestaltung des Wohnumfeldes wurden uns häufig Sitzgelegenheiten, Spielplätze und Freiflächen als zentrale Treffpunkte genannt (Kapitel V.2). Hervorgehoben wird hierbei, dass beispielsweise Spielplätze nicht nur Kommunikationsorte junger Familien und Kinder sind,

sondern durchaus zur sozialen Teilhabe älterer Menschen beitragen. Aus ihrer Praxis berichtet die Sozialarbeiterin von Erfahrungen und Einstellungen älterer Menschen:

So ein Spielplatz ist auch für ältere Menschen etwas Schönes. Nicht für alle, es gibt ja immer welche, die sich über Kinderlärm beschweren. Aber es gibt ja auch viele, die sagen: Ich komme nicht mehr so aus meiner Wohnung raus, aber wenn ich auf meinem Balkon sitze und die Kinder dort unten spielen sehe und dass ist alles schön Grün und alles gepflegt, das ist für mich was Schönes (B3: 174-178).

In der bereits erwähnten Wohnanlage des Falles E wurde das unmittelbare Wohnumfeld als spezifisch altersgerechter Ort gestaltet. Sitzgelegenheiten sind hier ebenso im Blick, wie geplante Freizeitelemente, die zur Bewegung anstiften sollen. Bei den Genossenschaften C und D wurde auf die Aufrechterhaltung ‚bestehender‘ sozialer Infrastruktur – Bänke im Hauseingangsbereich, wie Wäschetrockenplätze oder Gemeinschaftsräume im Keller – geachtet, die als kommunikative Orte bedeutsam sind.

Wir haben natürlich die Infrastruktur erhalten, wo sie sich bewährt hat und da ist es der Wäschetrockenplatz vorm Haus, der durch die Jüngeren kaum genutzt wird, der aber für die Älteren dazu gehört. Da ist es im Endeffekt die Bank im unmittelbaren Hauseingangsbereich, die für viele der Weg vor die Haustür und damit die Teilhabe am öffentlichen Leben auch ... bedeutet (...) wir haben's natürlich nicht auf die alten ausgerichtet sondern auf alle Generationen (D1: 280-289).

Neben Wohnumfeldmaßnahmen, die auf Freizeitgestaltung und Kommunikation ausgerichtet sind, fanden wir solche, die auf die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Mobilität zielen. Bereits erwähnt wurde in diesem Zusammenhang der Wohngebietsbus im Sozialraum A, der auf die Initiative der Genossenschaft entstanden ist.

Wir (...) haben über den Nahverkehr (erreicht), dass hier im Wohngebiet ein Bus fährt. [...] Darüber hinaus sind wir jetzt dran, ab 2012 gibt es einen Nutzungsplan, dass wir (...) die Buslinie hier im Wohngebiet noch in Richtung dieses (...) Wohntreffs dann erweitern wollen (A7: 166-174).

Die genannten Maßnahmen sind Belege dafür, dass die untersuchten Wohnungsgenossenschaften über die Wohngebäude hinaus das Wohnumfeld als gestaltbares und die Lebensqualität beeinflussendes Handlungsfeld sehen und es als Aufgabe sehen, darin aktiv zu werden. Es handelt sich nicht um explizit altersbezogene Strategien, sondern vielmehr wird im Interesse der Attraktivität des Wohngebietes insgesamt gehandelt. In allen untersuchten Wohnungsgenossenschaften herrscht ein alter(n)ssensibler Zugang bei der Wohnumfeldgestaltung, der seinen Ausdruck u.a. bei der Ausgestaltung von Fußwegen, abgesenkten Bordsteinen, Sitzgelegenheiten oder auch der Beleuchtung von Wegen findet. Die Genossenschaften sind bei der Wohnumfeldgestaltung sehr stark auf die Zusammenarbeit mit kommunalen Akteuren und anderen sozialen Partnern angewiesen.

6.2.4 NETZWERKARBEIT

Als weiteres alter(n)ssensibles Handlungsfeld haben wir die Netzwerkbildung identifiziert. Diese ist sowohl bei der Kooperation mit ambulanten Pflegediensten, Sozialstationen oder Trägern der Wohl-

fahrtspflege von Bedeutung, findet sich aber auch in Zusammenschlüssen mit anderen städtischen Wohnungsgenossenschaften bzw. der Mitarbeit in Stadt(teil)initiativen oder der Kooperation mit Sozialzentren wider. Die Netzwerkarbeit bezieht sich nicht immer explizit auf die Thematik des Alter(n)s. Genossenschaften sind – wie im vorherigen Abschnitt verdeutlicht – insbesondere dann auf Kooperationen und Vernetzungen angewiesen, wenn Angebote und Unterstützungsleistungen über das eigentliche Wohnen hinaus entwickelt werden. In vielen Genossenschaften wird inzwischen die Kooperation mit Pflegediensten gesucht, um für die Bewohner Notrufsysteme u. ä. anzubieten. Unterbreiten die untersuchten Genossenschaften Angebote wie das altersgerechte Wohnen, werden darüber hinaus die Träger der Wohlfahrtspflege einbezogen, über die Bewohner/innen Betreuungsverträge abschließen (können). Dabei präsentieren sich insbesondere die Vorstände von A, D und E als langjährige und gut vernetzte Akteure im Stadtteil.

Wenn einer käme (...), wenn der sagt, mir ham so viel Gartenanlagen in der Nähe, kann ich da nicht einen Garten kriegen, na da werden wir uns mit dem (...) Gartenvorstand unterhalten und dann sagen, hier hat jemand Interesse, habt ihr einen freien Garten (A1: 269-273).

Je stärker die Vorstände sich als lokale Akteure verstehen, umso mehr sind sie in Netzwerke eingebunden, die Leistungen außerhalb des Kerngeschäftes ermöglichen. In eine ähnliche Richtung weist auch das Corporate Citizenship bei der finanziellen und personellen Unterstützung von Sportstätten, spezifischen Vereinen, Sozialzentren oder auch Kindergärten. Bis auf den Fall D scheint die Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung selbst allerdings problematisch zu sein. In den Interviews mit den Vorständen wurde meist eine konfliktträchtige und nur punktuelle Zusammenarbeit mit der Kommune thematisiert. Aus der Perspektive der Genossenschaften sind die Kommunalverwaltungen vor allem mit sich selbst beschäftigt, blocken Anfragen ab oder es wechseln häufig die Ansprechpartner.

Mh ((lacht)) Na das ist eher ein Thema wo wir bissl allergisch werden, weil die Zusammenarbeit ist nie so wie wir uns eigentlich vorstellen. Das betrifft aber nicht bloß uns jetzt, das betrifft alle Wohnungsunternehmen der Stadt (...). Wir erfüllen da eher so eine Alibifunktion, in dem man uns unterrichtet und sagt wir haben es euch ja gesagt (...) oder das Recht dort irgendwas einzubringen. Da sind aber teilweise die Beschlüsse schon gegessen. Das geht bei Baugenehmigungsverfahren los das dort eher versucht wird, uns einen Knüppel in die Beine zu schmeißen (...). (A1: 470-480).

Der Vorstand der WBG B verweist ebenfalls auf Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit der Stadt. Hier wurde mit dem Zusammenschluss mehrerer Wohnungsgenossenschaften eine Strategie gefunden, sich als stadtpolitischer Akteur zu platzieren und die Interessen gegenüber der Kommune zu vertreten. Der Fall C zeigt, dass auch unter kleinstädtischen Bedingungen Bürgermeister und Wohnungsgenossenschaft nicht miteinander vernetzt sein müssen, obwohl es durchaus gemeinsame Interessenlagen gibt. Gänzlich anders sieht es in D aus, wo sich die Genossenschaft personell wie finanziell an städtischen Veranstaltungen beteiligt und kommunalpolitisch sehr aktiv ist. Deren Vorstand betont, wie notwendig die Vernetzung und Abstimmung relevanter Akteure für die lebenswerte Aufrechterhaltung der (öffentlichen) Daseinsvorsorge ist:

Das bedeutet für uns natürlich, als äh Wohnungsunternehmen, dass wir uns gemeinsam mit den Partnern für das Wohnen in (...) aber auch mit allen anderen Partnern was Dienstleister, was Infrastrukturbegleitung und diese ganzen Dinge betrifft, das wir uns über die zukünftigen Stadtstrukturen

einig werden müssen. Dann wird also hier eine wohn- und lebenswerte aber auch bezahlbare Stadt zum Schluss zur Verfügung stehen (D1: 35-44).

Die untersuchten Genossenschaften agieren in unterschiedlicher Intensität und abhängig von sozial-räumlichen Bedingungen in vielfältigen Netzwerken. So sehr die Probleme in der Zusammenarbeit mit der Kommune zu dominieren scheinen, so wird dennoch deutlich, dass sich Genossenschaften durchaus als relevante kommunalpolitische Akteure erachten und dies auch einfordern. Mitgestaltung setzt grundsätzlich die Bereitschaft und das Wissen anderer Akteure voraus.

6.2.5 SOZIALE BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG

Die Bereitstellung personeller Ressourcen für Unterstützungen, die sich an die Lebenslagen und Hilfebedarfe der Mitglieder richten, ist ein weiteres Handlungsfeld der Genossenschaften, das sich auf das Leben im Wohnumfeld bezieht. Insbesondere die Genossenschaften mit großen Wohnungsbeständen beschäftigen Mitarbeiter/innen, die ausschließlich (Sozialarbeiter/in, Sozialbetreuer/in, Sozialassistent) oder im Rahmen ihrer Kundenberatungstätigkeit Ansprechpartner/innen für soziale Belange sind (Fälle A, B und E). In der Ausrichtung der Zielsetzungen und entsprechenden Tätigkeitsprofile stehen bei den meisten Unternehmen konkrete wohnungswirtschaftliche Interessen (‚wirtschaftliche Schadensbegrenzung‘, marketingwirksame soziale Angebote) im Vordergrund, einige verbinden mit diesen Angeboten ihre Verantwortung im „dritten Sozialraum“ (Dörner 2007). Darüber hinaus unterscheiden sich der Handlungsspielraum sowie das Professionsverständnis der Mitarbeiter/innen erheblich.

Die ganze soziale Ausrichtung(...), da denk ich mal sind wir ja och ein ganzes Stück ... vom Markt positiv entfernt (...) also, ob das nun unsere für soziale Dinge Zuständige hier ist, die (...) hauptberuflich eigentlich Kundenbetreuer ist (...) aber hauptsächlich sich immer mehr in die Richtung soziale Betreuung bewegt, also so Ausfüllen von Formularen darüber hinaus dann noch die Ratenzahlungsvereinbarungen, wenn Probleme auftreten. Wo also jetzt krankheitsbedingt den Leuten geholfen werden muss ob dass eben Richtung Messie geht, ob das Verwahrlosung ist und und und. Und die sich ungeheuer viel dafür einsetzt, diesen Menschen zu helfen. (...) Ich sage wirtschaftlich ist das das A und O. Wir stehen gut da wir können uns solche Zusatzdinge leisten (A1: 53-70).

In den untersuchten Genossenschaften besteht eine große Sensibilität für (Alters-) Armut und prekäre Lebensphasen, weil sie dies in der Wohnraumbewirtschaftung nahezu seismographisch wahrnehmen. Der Professionalitätsanspruch ist bei der Einführung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Anforderungen an *soziale Betreuung* als Aufgabe außerhalb des unmittelbaren Handlungsfeldes der Wohnraumbewirtschaftung werden tendenziell unterschätzt. Angebote von Beratung, Anleitung, Unterstützung und Vermittlung von hilfebedürftigen Mitgliedern, Themen wie Betreuung oder Verwahrlosung bedürfen in der Regel der Kompetenzen Sozialer Arbeit.

Auch die Genossenschaft B hat 2005 eine Mitarbeiterin für *soziale Belange* der Mitglieder eingestellt. Neben der persönlichen Beratung gehört die Koordination aller nachbarschaftsbezogenen Aktivitäten (Haus- und Straßenfeste, Nachbarschaftshilfeverein) sowie die Betreuung und Weiterentwicklung des

Projektes zur Nachbarschaftsaktivierung zu ihren Aufgaben. In ihrem Tätigkeitsprofil finden sich in großem Umfang Vermittlungs- und Vernetzungsleistungen.

Ich hab mit dem Verein zu tun, ich hab mit dem Projekt zu tun, ich bin in ‚Alter Leben‘ aktiv. (...) es kommen auch ständig irgendwelche Anfragen von außen (...) Da wird ein neuer Seniorenwegweiser gemacht, (...). Dann haben wir hier einen Anruf gehabt vom Amt für Statistik und Wahlen, die irgend so ein Informationsmaterial herausbringen wollen (...) Und in meiner täglichen Arbeit ist es ja auch ständig präsent, na, weil da wo ich Leute habe, wo ich merke, die brauchen Hilfe, schaue ich: Brauchen die jetzt professionelle Hilfe, muss ich einen Pflegedienst anbieten, ich kann ihn ja nicht selber organisieren, sondern ich kann ja nur Angebote unterbreiten. Entscheiden muss ja dann jeder selber, welchen er nimmt. Oder ist es ein Fall: Hier braucht jemand kurzfristige Hilfe, hier können wir übers Projekt aktiv werden (B3: 569-580).

Im Netzwerkanspruch gehen Wissenstransfer, soziales Engagement und Öffentlichkeitsarbeit einher. Einen anderen Weg ging die Genossenschaft E, wo bereits 1997 eine Mitarbeiterin für alle *sozialen Angelegenheiten* eingestellt wurde. Auftrag sei es gewesen, *Soziale Arbeit (...) in der Genossenschaft aufzubauen* (E2: 14-15). Als ein ‚Türöffner‘ wurden Geburtstage der Bewohner/innen genutzt, wie die ehemalige Mitarbeiterin schildert:

Dann hab ich angefangen, was kann man denn so Soziales anbieten. Dann war so ne Aktion, dass mit diesen Geburtstagen. Denn ich hab mir gesagt, wie kommt man an die Menschen heran, die in der Wohnung leben, wer zufrieden ist und seine Miete bezahlt, wer zurückgehalten lebt, auf die kommt man eigentlich nie. Ne, hab da zum Beispiel aber auch sehr viel Positives, wir sind also dann mit Blumengrüßen los, da hat man schon mal gesehen, Mensch die Omi hat, sieht ganz schön verwüstet in der Wohnung aus (E2: 23-29).

Über die persönliche Ansprache gelang die Beteiligung an Freizeitangeboten der Genossenschaft.

Wir haben zum Beispiel Sport angeboten. Ne. Ich gründe wirklich mit fünf Mann, hab ich mal angefangen, Skat zu spielen. Ich kann natürlich nicht fürs Skat spielen bezahlt werden, aber das war ja ein anderer Hintergrund. Ne. Die Leute kamen dann. [...] Die Weihnachtsfeiern haben wir, die erste Weihnachtsfeier gemacht so mit 40 Personen und ich kann Ihnen sagen, im vorherigen Jahr waren wir 350. Also es hat sich schon rumgesprochen und es hat Spaß gemacht und es ist schön (E2: 88-95).

Im Fall E wird die Wirkung ‚Außenwirkung‘ der sozialen Beratungs- und Unterstützungsangebote am deutlichsten, d.h. dass ein „dritter Sozialraum“ gegenseitiger sozialer Kommunikations- und Unterstützungsbeziehungen entstand.

6.2.6 (GENERATIONENÜBERGREIFENDE) NACHBARSCHAFTSAKTIVIERUNG

Zu den identifizierten Handlungsfeldern der untersuchten Genossenschaften zählt deren Engagement bei der gezielten, teils formalisierten Nachbarschaftsaktivierung. Diese ist in der Regel generationenübergreifend angelegt und im Wesentlichen darauf ausgerichtet, nachbarschaftliches Leben und gemeinschaftliches Miteinander zu fördern. Dabei nutzen und suchen die Wohnungsgenossen-

schaften ganz unterschiedliche Wege. Auffällig ist das weit verbreitete Ansinnen, die Aktivierung von Nachbarschaften durch die Gründung entsprechender Vereine zu forcieren und zu realisieren. Bei den von uns näher untersuchten Genossenschaften haben vier der fünf Unternehmen (Fälle A, B, D und E) diesen Weg der Formalisierung nachbarschaftlichen Engagements gewählt, wenn auch zeitlich versetzt und mit unterschiedlichem Erfolg. Die Darstellungen der Expert/innen zur Initiative und Gründung des jeweiligen Vereins differieren zwar, ihre Motivationen ähneln sich jedoch. *Isolation* und *Vereinsamung* sind bei fast allen untersuchten Genossenschaften die Kulisse für die Ansätze zur Nachbarschaftsbelebung.

Also das Wichtigste ist, dass (...) die Menschen, wenn es um ältere Menschen geht, dass die nicht in die Isolation rutschen. (B2: 146-147).

Wir müssen was tun um letztendlich der Vereinsamung und dem Austritt entgegenzuwirken und ham das wirklich dann sehr eisern betrieben (A1: 296-298)

Grundsätzlich stellt sich für uns die Frage, ob die attestierte Vereinsamung von den Bewohner/innen selbst überhaupt als solche wahrgenommen wird und ob ein Nachbarschaftshilfeverein das geeignete Mittel ist. Der Aussage haften eine Form von Bevormundung und damit zugleich die Infragestellung der Befähigung zur Autonomie an. Es wird suggeriert, zu wissen, was gut ist für die älteren Bewohner/innen. Gewiss erfolgt dies zum vermeintlichen Wohlergehen der betroffenen Bewohner/innen, doch scheint es losgelöst vom Wissen über deren tatsächliche Bedürfnisse und Lebenswelten. Die Aussage vom Vorstand der Genossenschaft A verweist zudem auf eine unternehmerische Motivation. Durch die Strategie organisierter Nachbarschaftshilfeangebote soll dem Austritt der Mitglieder vorgebeugt und damit unter wohnungswirtschaftlichen Gesichtspunkten (zusätzliche) Leerstände vermieden werden. In dieser Logik ist der Handlungsansatz der generationenübergreifenden Nachbarschaftsaktivierung mittels eines Vereins ein Bestandteil bzw. Produkt umfangreichen Marketings. Ähnlich angelegt sind auch die Marketingoffensiven der anderen von uns untersuchten Wohnungsgenossenschaften.

Wir haben also Marketingmaßnahmen und Ziele umfangreich ausgewertet und haben dann überlegt, wie können wir also in Ableitung daraus uns als Genossenschaft noch besser einbringen und irgendwo einen Überbau schaffen indem also diese vielen Dinge auch von uns her dann gebündelt werden können und wie wir noch besser als Partner auch örtlicher Vereine und Aktionen dann zur Verfügung stehen. Haben dann Ziele formuliert die einmal die Förderung, Betreuung von hilfs- und pflegebedürftiger Menschen als eine Orientierung hatten, aber auch Kinder und Jugendliche (D1: 363-370).

Die Bedeutung der Nachbarschaft wird als relevante Strategie identifiziert. Mehr aber als Ergebnis einer unternehmensseitigen Bestandsaufnahme und weniger als artikulierter Bedarf der Bewohner/innen. Nicht nur im Fall D wurde ein Nachbarschaftshilfeverein installiert, dessen Gründer/innen durchaus ambitioniert und engagiert die Zielsetzung verfolgt haben, einen Anlaufpunkt und identitätsstiftenden Ort mit Freizeit- und Hilfeangeboten zu schaffen. Die Frage bleibt offen, inwieweit sich die (Wieder)Belebung der Nachbarschaft und gegenseitige Unterstützungen als Instrument des Marketings herstellen lassen. In der Vision des Vorstandes der Genossenschaft A soll der Nachbarschaftshilfeverein

(...) mal ein sehr großer werden. (...) Anlaufpunkt für alle Genossenschaftler, egal ob Jung und Alt. Dass sie sich dort einbringen können. Dass die sich wieder finden und letztendlich auch über diesen Verein Anregungen zu uns kommen (...). Das soll also doch schon ein Instrument werden, wo die Genossenschaft dann auch entsprechende Vorteile draus zieht (A1: 339-345).

Es bleibt wichtig festzuhalten, dass gegen die bewusste, gesteuerte Nachbarschaftsaktivierung als Strategie der Wohnungsgenossenschaften grundsätzlich nichts einzuwenden ist. Nur sollten diese sehr viel mehr das Engagement und die Interessen der Bewohner/innen zum Ausgang ihrer Strategien nehmen, anstatt auf die zumeist dem Alter zugeschriebenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe zu fokussieren. Den Motiven zur Aktivierung der Nachbarschaften liegt noch eine weitere Überlegung zugrunde, die auf Nachhaltigkeit und Identifikation abzielt. Diesem Verständnis folgend geht es nicht allein darum, den so genannten Bestandsmietern Angebote und Möglichkeiten der Unterstützung zu unterbreiten, sondern auch den (genossenschaftlichen) Nachwuchs im Blick zu haben und die Generationen miteinander zu verbinden. Bestandteil der Nachbarschaftsaktivierung ist bei der Genossenschaft E entsprechend nicht nur die Organisation von Weihnachts- und Geburtstagsfeiern, sondern auch die Förderung und Unterstützung des Nachwuchses:

Wir machen inzwischen auch sehr viel für junge Leute und auch für Kinder. Weil wir sagen, auch dieses Klientel, da muss sich einfach die Begeisterung für die Mitgliedschaft erhalten (E1: 600-603).

Um dieses Ziel zu erreichen, werden durch die Genossenschaft inzwischen Ferienlager und Fußballcamps für die Kinder der Mitglieder organisiert und nach Aussage des Vorstandes auch rege in Anspruch genommen (vgl. E1: 604-628). Interessanterweise wird die soziale und kulturelle Förderung der Mitglieder besser bewertet als eine ökonomische in Form der Dividendenzahlung.

Wir (versuchen) also, für jede Generation was zu tun (...) und nicht wie es manche gerne hätten, am Ende des Jahres aus den Beständen mal 50 Euro auszuzahlen. Sinnlos. Am nächsten Wochenende haben die das verfressen, das Geld. Und dann ist das alles vergessen. Aber hier, wo sie dann auch über die Zeitung, über das Fernsehen Bilder bringen und wo die dann sagen: ach guck mal hier, das Kind von der Nachbarin (E1: 629-634).

Ein weiterer Handlungsansatz der generationenübergreifenden Nachbarschaftsaktivierung wurde durch die Genossenschaft B verfolgt. Neben der Gründung eines Nachbarschaftshilfevereins ist dabei professionell und planvoll ein Projekt zur Verständigung der Mitglieder untereinander im Verständnis der Hilfe zur Selbsthilfe initiiert worden. Gefördert und gesteuert wird der gegenseitige Austausch von Mitgliedern bei der Unterbreitung und Inanspruchnahme niedrigschwelliger Nachbarschaftshilfen. Der genossenschaftlichen Idee der Selbsthilfe folgend, werden Mitglieder dabei unterstützt, auf ihre Nachbarn zuzugehen. Verbunden mit der Absicht, sich in ihrem Alltag gegenseitig nachbarschaftlich zu unterstützen. Neben der eigentlichen Nachbarschaftshilfe geht es bei diesem Handlungsansatz grundsätzlich um die Verständigung darüber, in der Not auch auf die Hilfe und Unterstützung der Nachbarn zurückgreifen zu können. Der Aspekt des intergenerativen Zusammenlebens wird bei diesem Handlungsansatz besonders betont:

Wir haben festgestellt, dass wir viele ältere Menschen haben, die zwar körperlich Probleme haben, aber ich sag jetzt mal, dass die geistig noch ganz schön auf der Höhe sind (...). Wir haben die jungen Leute, wo wir gesagt haben, (...) die können eben wenn sie einkaufen gehen was schweres mitbringen

und dass mit hoch tragen. Dafür kann die Omi, die im gleichen Haus wohnt, vielleicht solange auf die Kinder aufpassen (B3: 261-267).

Nicht nur die gegenseitige Hilfe und Unterstützung unter Nachbarn ist ein zentrales Anliegen, sondern auch die Entschärfung des vom Vorstand der Genossenschaft problematisierten Generationenkonfliktes: *wenn die jungen Leute sich um die älteren kümmern, hätten wir das Thema Generationenkonflikt vom Tisch (B1: 61-62)*. Deutlich wird ein Ansinnen der Genossenschaften, das die unterschiedlichen Vorgehensweisen im Bereich der Nachbarschaftsaktivierung miteinander verbindet. Die Genossenschaften haben wohnungswirtschaftlich ein großes Interesse daran, ‚alteingesessenen‘ Mietern das Wohnen und Leben im vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Darüber hinaus sehen sie die Notwendigkeit der sozialen wie intergenerativen Durchmischung der Wohngebiete. Als gestaltbare und beeinflussbare Größe wird die Nachbarschaft erachtet und durch mehr oder weniger planvolle (Marketing-) Strategien deren Lebendigkeit herzustellen versucht.

6.3 BETEILIGUNG ÄLTERER MENSCHEN IM WOHNUMFELD

In die Gestaltung des Wohnumfeldes werden teilweise spezifische Gewohnheiten und Nutzungen der Bewohner einbezogen, oftmals fehlt aber seitens der Genossenschaften das Wissen über tatsächliche Bedarfe der Bewohner/innen. Es werden Angebote für ältere Mitglieder offeriert, nicht jedoch mit ihnen gemeinsam entwickelt. Das Wohnumfeld bildet aber einen sozialen Raum, an den ähnliche, aber ebenso unterschiedliche Bedürfnisse herangetragen werden (Kapitel V). Geschieht dies nicht, wird die Nutzung des Wohnumfeldes zum Problem, es verödet, wird von einzelnen Gruppen besetzt oder ein ständiges Feld von Konflikten. Damit das Wohnumfeld zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner beitragen kann, sind Abstimmungen zwischen den Bewohnern und anderen Nutzern des öffentlichen Raumes notwendig.

Eine ‚niedrige‘, aber nicht unwichtige Form der Beteiligung ist die Information der Bewohner/innen. In unserem Zusammenhang hervorzuheben ist die Wohnberatung. „Bei der Wohnberatung handelt es sich um ein Angebot, das Hilfe und Beratung bei der Verbesserung und Anpassung der Wohnung leistet. Häufig sind ältere Menschen nicht in der Lage, den Bedarf von Anpassungsmaßnahmen festzustellen und die Planung und Ausführung der notwendigen Maßnahmen selbst zu koordinieren“ (Kreuzer 2006: 134). Eine solche Beratung können WBG nutzen, um Bewohner/innen sowohl über Wohnraumanpassungsmaßnahmen als auch Wohnkonzepte zu informieren und ggf. praktische Hilfen bei notwendigen Umzügen oder Maßnahmen zukommen zu lassen bzw. diese zu organisieren.

Geeignetes partizipatives Instrument für Gestaltungsmaßnahmen des Wohnumfeldes sind Arbeitsgruppen oder ‚Kommissionen‘ wie sie in den Fällen A und B eingerichtet wurden. In der Genossenschaft A ist unter Beteiligung der Bewohner/innen eine Arbeitsgruppe entstanden, die sich explizit mit der Gestaltung des Wohnumfeldes beschäftigt. Es finden Wohngebietsbegehungen statt, bei denen Bewohner/innen auf Probleme hinweisen. Zudem wird kollektiv abgestimmt, wo Wege ausgebaut oder neu entstehen sollen, an welchen Orten Spielplätze geschaffen werden. Eine so genannte

„Baumkommission“ gibt es im Fall B, die unter anderem für die Gestaltung der Grünanlagen um die Objekte zuständig ist und den Zustand kontrolliert.

Insgesamt bestätigt sich in Bezug auf die unternehmerischen Strategien der Genossenschaften der Befund, dass sich aus dem bisherigen Material kaum Ansätze kollektiver Mobilisierung im Sinne von Empowerment herausfiltern lassen. Das Wohnumfeld in seiner baulichen, sozialen sowie infrastrukturellen Bedingtheit wird zwar größtenteils von den Genossenschaften als Unternehmen, nicht aber von den befragten Bewohner/innen als gestaltbar bzw. gestaltungsfähig wahrgenommen. Für die Einflussnahme auf sozialräumliche Lebensbedingungen scheint das Bewusstsein der eigenen Handlungsmacht nicht ausgeprägt zu sein. Legt man das Verständnis von Empowerment zugrunde, dass Theunissen und Plaute (2002) zufolge Bewohner/innen prozesshaft „ihre Angelegenheiten selber in die Hand nehmen, sich dabei ihrer eigenen Fähigkeiten bewusst werden, eigene Kräfte entwickeln und soziale Ressourcen nutzen“, fehlt das kollektive Erkennen der eigenen gestaltenden Möglichkeiten im Wohnumfeld weitgehend.

Das Thema Alter(n) besitzt kaum ein verbindendes Moment im Sinne der Konsensmobilisierung, mehr noch als die Pluralität von Lebenslagen konterkariert die Individualisierung der Bewältigungsstrategien kollektives Handeln. Bei Planungen im Wohnumfeld fühlen sich viele Bewohner/innen gar nicht angesprochen. Wenn überhaupt wird zukünftiges Alter(n) meist im Zusammenhang mit altersgerechtem Wohnen in Verbindung gebracht, weniger damit, sozialräumliche Bedingungen einem zukünftigen, ungewissen und teils unvorstellbaren Lebensalltag anzupassen. Obwohl jede Produktion kollektiver Güter letztlich auf einem von den individuellen Bedarfen abstrahierten Gemeinwohl basiert, scheinen Vorstellungen vom gelingenden Alter(n) dafür (noch) nicht mobilisierend zu sein.

Alisch und May (2013) übertragen den Begriff des Empowerment auf die Diskussion um Governance in der Stadtentwicklung. Sie verstehen darunter nicht nur die stärkere Beteiligung von Bewohnern, sondern dass gezielt Bewohnergruppen angesprochen werden, die sonst nicht öffentlich auftreten. Partizipation sei nicht Mittel, sondern wesentliches Ziel der Teilhabe. Damit sei keine einmalige Beteiligung, sondern mehr ein Prozess der Identifikation und der Verortung im Quartier verbunden. Die Genossenschaften selbst treten hinsichtlich des Wohnumfeldes vor allem als „Anbieter“, weniger als „empowering organizations“ auf. Verdeutlicht werden konnte, dass sich die von uns untersuchten Genossenschaften ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und zahlreiche Strategien entwickeln, die die Mitglieder in ihren Lebenslagen unterstützen und erheblich zu ihrer Lebensqualität beitragen. Diese Strategien werden überwiegend top down vollzogen, weil sich dies im unternehmerischen Alltag eher umsetzen lässt als die mühsamen ersten Schritte der Partizipation zu gehen. Lebensqualität im Alter ist aber von der individuellen Teilhabe und der eigenen Kontrolle über die jeweiligen Lebensumstände abhängig. Das ist auch die Gemeinsamkeit des Alter(n)s über die individuellen Lebenslagen hinweg.

VII NACHBARSCHAFT ALS LEBENSQUALITÄT DES WOHNUMFELDES

Nachbarschaftliche Beziehungen beeinflussen erheblich die Wohn- und damit auch die Lebensqualität der Menschen. Wenn Rüßler (2012) den Einsatz bürgerschaftlich engagierter Senioren als „Nachbarschaftsstifter“ in den Wohnquartieren der Stadt fordert, dann stellt er den besonderen Stellenwert dieser sozialen Form für das Leben Älterer heraus. Eine ‚funktionierende‘ und lebendige Nachbarschaft scheint insbesondere für ältere Bewohner/innen ausgesprochen relevant und trägt entscheidend dazu bei, selbstbestimmt in der vertrauten Wohnumgebung wohnen zu können. Im Folgenden sollen auf Basis unserer Untersuchungen einige Besonderheiten und Entwicklungen diskutiert werden, um zu prüfen, welchen Stellenwert Nachbarschaften als unterstützende Organisationsform im Alter tatsächlich haben. Dabei ist die sozialpolitische Erwartungshaltung mit zu denken, Nachbarschaften als bedeutendes und beeinflussbares Moment im ‚dritten Sozialraum‘ zu sehen.

Nachbarschaften sind zunächst ‚Zwangsgemeinschaften‘, die sich über das Wohnen in derselben Etage, dem Hauseingang oder auch dem gleichen Straßenzug herstellen. Menschen mit zumeist unterschiedlichen Lebensentwürfen, in verschiedenen Lebensphasen, Erfahrungen und Zeitrhythmen treffen im Nahraum, der Grenze zur Privatsphäre aufeinander – nur weil dieselbe Anschrift sie miteinander verbindet. Hier lässt sich Gesellschaft wie unter einer Lupe erfahren – Integrations- und Segregationsprozesse, Stigmatisierungen und Etikettierungen, Konflikte wie Gemeinschaftssinn oder auch der Anspruch politischer wie kultureller Teilhabe prägen die Qualität nachbarschaftlicher Beziehungen.

7.1 TRADITIONELLE HAUSGEMEINSCHAFTEN

Bei der Frage nach der Entwicklung und Lebendigkeit von Nachbarschaften wurden häufig die ‚Hausgemeinschaften‘ benannt, obwohl dieser Begriff gerade in Ostdeutschland durchaus als Synonym für Gewährleistung und gleichermaßen ‚Überwachung‘ einer „sozialistischen Lebensweise“ (Günther, Nestmann 2000: 323) benutzt wird. Vor diesem Hintergrund erscheint es als ausgesprochen interessant, dass eben nicht die ambivalente Besetzung des Begriffs, sondern sehr viel mehr eine positive Facette gesellschaftlichen Lebens artikuliert wurde. Die ‚Hausgemeinschaft‘ offenbart sich in den Schilderungen der Bewohner/innen als lokale Begrenzung eines mehr oder weniger formalen Netzwerks sowie gewachsener kollektiver Erfahrungen, mit dem „Geborgenheit, Wärme, Menschlichkeit, Stabilität und Solidarität“ (ebd.: 325) assoziiert sind. Damit lässt sich zugleich auf die zweite Beobachtung verweisen: Es erfolgt eine bewusste Abgrenzung von Vergangenheit und Gegenwart, wobei die heutigen Erwartungen eng an frühere Erfahrungen gekoppelt sind. Geschildert werden – relativ einvernehmlich – Erlebnisse, die den Zusammenhalt in früheren Zeiten bekräftigen und zugleich verdeutlichen, dass es gegenwärtig nicht mehr so ist bzw. andere Formen annimmt.

Ja früher (...) am Anfang war das schon äh bissel anders. Also da hat man noch mehr zusammen gehalten. Da hat eine Hand die andere gewaschen sozusagen, gibst du mir das, kriegst du von mir das. (C1: 1278-1280, P4)

Zusammenhalt wird hier im Kontext gegenseitiger ‚Beschaffungshilfe‘ benannt, einer Form von Verlässlichkeit also, bei entsprechendem Bedarf, der in einer Mangelwirtschaft stetig gegeben war, auf Tauschnetze zurückgreifen zu können. Notwendige Voraussetzung waren allerdings materiell tauschfähige Ressourcen. Der Zusammenhalt drückt sich aber auch in vielen verschiedenen Alltagsrhythmen und -praktiken aus, die miteinander geteilt wurden:

Früher sind wir hier Tanzen gegangen, da haben wir die Kinder ins Bett geschafft, wir haben ja gleich dort drüben gewohnt, und da wusstest du, dass da jemand ist, wenn mal was sein sollte (A5: 227-229).

Ich finde sogar früher war der Zusammenhalt noch besser. Wir waren oben auf der K.-straße junge Frauen, auch so wie sie jetzt, so 4, 5 junge Frauen. Und wir waren zufällig, kamen wir hintereinander alle rein. Jeder hatte, da haben wir die Badewannen draußen gehabt, da haben wir geteilt, die Kinder bis heute halten die oftmals zusammen (A3: 167-171).

Der soziale Zusammenhalt stellt sich in den Schilderungen über ähnliche Lebenslagen der jungen Frauen mit Kindern her – auch glichen sich die Berufe und Beschäftigungsverhältnisse der Genossenschafter. Wie prägend die Gemeinschaftserfahrung war, wird mit dem abschließenden Gegenwartsbezug bekräftigt.

Förderliche Bedingung für die Intensität nachbarschaftlicher Beziehungen war eine Form der Vergemeinschaftung, für die nicht allein die gemeinsame langjährige Wohndauer ausschlaggebend ist, sondern eben der kollektive Erfahrungsraum. Von den ‚Gründerjahren‘ und den damit verbundenen Arbeiten als so genannte ‚Erstbezieher‘ berichten die älteren Bewohner/innen aller untersuchten Genossenschaften, unabhängig davon, ob die Genossenschafter unmittelbar am Hausbau oder ‚nur‘ bei der Gestaltung des Wohnumfeldes beteiligt waren.

Ich hab die AWG, also hier die Gründung miterlebt. 1959 war das. Da haben wir dort unsere Stunden machen müssen, das wir hier ne Wohnung kriegten (...) Ja da haben wir hier die Baugrube ausgehoben und alles mit Feldloren den Dreck weg gefahren (C1: 311-317, P2).

Die über gemeinsame Bauarbeiten und Freizeittätigkeiten erfahrene Vergemeinschaftung wird stetig in Formulierungen von ‚wir‘ und ‚uns‘ deutlich, die auf einen gemeinsamen Erfahrungsraum hinweisen. Wie die nachfolgenden zwei Ausführungen verdeutlichen, symbolisieren die ‚Aufbaustunden‘ einen Arbeitsbegriff, in dem Pionierhaftigkeit, Solidarität und sozialer Zusammenhalt ineinandergreifen.

Am Anfang war das so, das Gleiche galt für alle, dass wir die Stunden arbeiten mussten. 600 Stunden. Und dann arbeiten, das is so schwer wie es ist, aber da lernt ma sich kennen. (C1: 254-256, P3).

Mit dem Begriff der ‚Hausgemeinschaften‘ sehen wir idealtypisch ein soziales Beziehungsgeflecht an, das räumlich und sozial abgrenzbar ist. Der Begriff der Nachbarschaft kann im Vergleich dazu durch unterschiedliche Intensitäten und Reichweiten gekennzeichnet sein – und muss eben keinen konkre-

ten Ort beinhalten. Die Hausgemeinschaft als ‚gewachsene‘ Nachbarschaft fußt bei den Befragten auf den folgenden Faktoren:

- Wohndauer und das damit zusammenhängende Alter bzw. Lebensphase, d.h. Bewohnerwechsel (Zuzug) gefährdet den nachbarschaftlichen Zusammenhalt;
- Sozialer Status, d.h. unterschiedliche soziale Entwicklungen (z.B. soziale Spaltungen in Erwerbstätige/Nichterwerbstätige, verschiedener familiärer Status) belasten Nachbarschaften;
- Alltagsinteraktionen, d.h. veränderte Alltags- und Arbeitsrhythmen sowie (geographische) Mobilität erschweren nachbarschaftliche Beziehungen.

Die statische Auffassung von ‚Hausgemeinschaften‘ kollidiert zunehmend mit einer gesellschaftlichen Praxis, die von Wahlfreiheit in sozialen Beziehungen und Mobilität geprägt ist. So stellt sich das Bild von intakter ‚Hausgemeinschaft‘ bei den meisten älteren Gesprächspartner/innen zumeist über den Blick in die Vergangenheit her, die Nachbarschaft besteht in der Regel als ein Relikt früherer Verge-meinschaftung fort und wird als tendenziell gefährdet angesehen.

Es gibt durchaus noch Hausgemeinschaften, die hundertprozentig funktionieren. (...) wenn da einer de Schneeschippe in de Hand nimmt, dann finden sich die anderen auch sofort mit (...) und die das nicht konnte, die hat dann aus dem Fenster geschaut und hat gesagt: »Na wenn ihr fertig seid, ich hab schon einen Kuchen im Ofen, dann gibt es Kuchen« So, also das gibt es noch. Aber es gibt auch leider sehr sehr viele Hausgemeinschaften, die überhaupt nicht mehr funktionieren (E1: 394-403).

Die Darstellungen weisen häufig eine starke Dichotomisierung und Idealisierung auf: Dem Früher – vor 1989 – wird in den Darstellungen häufig das Lebendige, Kollektive sowie Geborgenheit und Sicherheit zugeschrieben; Hingegen wird die Zeit ‚nach der Wende‘ in Beziehung mit Unsicherheit, Anonymität, ‚Zerfall des Gemeinschaftlichen‘ oder auch Individualisierung gesetzt.

Das ist bestimmt auch eine Geschichte, die (...) nach der Wende durch die gesellschaftliche Entwicklung sich ausgebildet hat. Früher da waren die Leute immer alle draußen und die haben auch zusammen Einsätze am Haus gemacht. Die haben sich viel mehr gesehen. Heute sind alle den ganzen Tag arbeiten und wenn sie abends nach Hause kommen, sind se gestresst, Tür zu und nur noch Ruhe haben wollen, na? Oder eben auch wo ich sage durch schlechte Erfahrungen (...) Dass sich gerade ältere Menschen durch schlechte Erfahrungen, die sie gemacht haben, zurückziehen (B3: 543-540).

In den persönlichen Schilderungen älterer Bewohner/innen verschmelzen gesellschaftliche und lebensgeschichtliche Zusammenhänge mit der Entwicklung der ‚Hausgemeinschaften‘. Die Praktiken der Vergangenheit werden nicht in Frage gestellt, sondern bilden den Referenzrahmen für die davon meist abweichenden gegenwärtigen Beschreibungen. Soziale Konkurrenz, Statuskämpfe wie soziale Unsicherheiten scheinen im Kontext der rapiden Auflösung von Arbeitsplätzen eine Zeit lang das Leben und Wohnen in den Nachbarschaften dominiert zu haben.

Als wir dort wohnten ab 1984 war das im Hause Gang und Gebe dass man sich untereinander half. (...) Es gab ein paar ältere Leute, es gab jüngere Leute. Wir haben uns wirklich gegenseitig geholfen wo es ging. (...) Das wurde nach der Wende dann etwas schwieriger weil jeder trachtete danach, na ja seinen Arbeitsplatz zu behalten, nirgends zu fehlen ja, nicht noch irgendwas ehrenamtlich zu machen.

Das könnte zu viel Belastung hervorrufen oder von anderen politisch schief angesehen werden. Also man lässt lieber die Finger von ehrenamtlicher Arbeit und da nahm das gegenseitige Helfen etwas ab (B6: 78-92, P).

Bei uns sind es noch sieben von damals, wie wir zusammen eingezogen sind. Von zehn Mietparteien. (...) Und da haben sich auch unter einander Freundschaften gebildet und so. Aber ich muss sagen nach der Wende ist da auch viel kaputt gegangen. (...) Weil da sind Gehässigkeiten losgegangen. Ich kann doch nichts dafür, dass der eine Arbeitslos geworden ist, weil er nichts Gescheites gelernt hatte. So, wir haben immer Arbeit gehabt bis zum Schluss. Und gute Arbeit! (B5: 171-181, H).

Und ich kann mich erinnern, die ersten zehn Jahre haben wir beispielsweise immer ein Hof- oder Hausfest gemacht (...) Und da wurde im Keller da gibt es ja ein Trockenraum. Der wurde ausgeräumt, einer macht die Musik und die anderen brachten Kaffee mit oder Kuchen und da wurde beispielsweise zu Silvester oder Geburtstage wurden dort gefeiert. (...) Gemeinschaftlich mit dem ganzen Haus. Und dadurch ist ja auch so eine Hilfe entstanden. Die (...) hat sich da rumgesprachen. So kannst du mir mal das oder das helfen oder das besorgen. So ist das damals entstanden und das war eigentlich fast in jedem Hause. Und bei uns im Haus war das sehr ausgeprägt. Wir waren mit den Nachbarn so ein bisschen befreundet (...) Wir haben die Garagen gemeinschaftlich gebaut, komplett. (...) Und da sind wohl auch einige in den Nachbarhäusern, aus der Zeit kennen wir uns auch noch, und die sind dann auch zu den Veranstaltungen rüber gekommen, weil die da auch mitgemacht haben. Und dadurch hat sich das entwickelt. Das ist nach der Wende, (...) ich muss mal sagen, ganz gestorben ist das nicht. Sonst würde ich das ja jetzt nicht mehr machen müssen. Aber es ist anders geworden. Und zwar dadurch, wenn neue Leute eingezogen sind, die Anpassung an die Hausgemeinschaft, die dauert ziemlich lange. Und Einige wollen sich gar nicht anpassen. Die suchen das nicht. (B5: 196-223, N)

Lebhaft erzählt wird von den Aktivitäten und Akteuren, die zu einem gegenseitigen Unterstützungs- und Versorgungsnetz, aber auch zu Freundschaften zwischen einzelnen Bewohner/innen führten. Die ‚Wende‘ wird als gravierender Einschnitt für einen Veränderungsprozess benannt, der ihnen widerfährt, den sie aber kaum selbst beeinflussen können. Zurück bleibt einerseits das Bedauern über den Verlust konkreter Strukturen (z.B. der Gemeinschaftsräume), andererseits die Frage nach heutigem Sinn und Gestaltung von Hausgemeinschaftskulturen.

In dem Maße wie die traditionellen, gewachsenen Hausgemeinschaften auf früheren kollektiven Erfahrungsräumen beruhen, bilden die ‚Alt-Eingesessenen‘ gegenüber den ‚Neuen‘ eine generative Segregation aus, teilweise allein deshalb, weil letztere nicht die Eigenschaft ‚Erstbezieher/in‘ besitzen. Dieses Problems ist sich ein Teil der Interviewpartner/innen durchaus bewusst; innerhalb der Konstellation und mit dem typisierten Nachbarschaftsverständnis sind allerdings Lösungen kaum möglich. So sagt eine Gesprächspartnerin, die vor zwei Jahren in die Genossenschaft gezogen ist, beispielsweise: *wir sind eigentlich von den älteren Herrschaften von Anfang an gut aufgenommen worden* (C1: 352-353, P5). In dieser positiv geschilderten Erfahrung steckt trotzdem die strukturelle Differenz. Im Theorieverständnis von Elias und Scotson (1993; vgl. auch Alheit 2010: 130 ff.) kann diese Figuration über ‚Etablierte‘ und ‚Außenseiter‘ beschrieben werden: Die Unterscheidung bezieht sich nicht nur auf verschiedene generative Erfahrungen, sondern wird mit sozialen Positionen, Zuschreibungen und Erwartungen verknüpft.

P3: Ja aber es ist ein Unterschied, das Feiern zum Geburtstag, weil die sich von Anfang an kennen. Und bei uns sind eben immer viele zugezogen. Nochmal neu besetzt und so. Das ist der nicht so.

P6: der Zusammenhalt ist da nicht so.

P3: Aber es ist nicht so, dass wir uns aus dem Wege gehen (...) gar nicht, das gar nicht.

M2: Aber es gibt eben nicht dieses Gemeinschaftsgefühl?

P3: Ja, ja das,

P4: Das ist ja halt so eine ältere Gesellschaft.

P5: Ja, ja.

P4: Wir sind halt damals eingezogen in das Haus, wir wohnen eben immer noch dort. (...) Das ist bei uns im Haus eben noch enger irgendwie (C1: 285-309).

In der oben stehenden Sequenz wird die traditionelle Hausgemeinschaft einer unverbindlicheren Form der Nachbarschaft gegenübergestellt, die mit höherer Mobilität begründet wird. Das kollektive Altern besteht in einer Verknüpfung von langjähriger Wohndauer, gemeinsamer Generationenerfahrung und individuellem Altern. Im folgenden Vorstandsinterview wird ebenfalls die Thematik eines anderen Nachbarschaftsverständnisses angeschnitten.

Der Hauseingang der mir da jetzt einfällt, (...) da fand ein Bewohnerwechsel statt. Und der neue Bewohner, aus welchen Gründen auch immer, hat gesagt »also bei den Geburtstagen da klinge ich mich aus. Will ich nicht, ich will nicht, dass jemand zu mir kommt und mir gratuliert und ich will auch nicht zu anderen gehen und da gratulieren müssen«. (...) und das haben dann andere Bewohner zum Anlass genommen, sich drüber Gedanken zu machen »Och wenn der nicht mit macht, na dann wollen wir auch nicht mehr«. Und dann ist die Tradition da in diesem Hauseingang da weg (C2: 371-378).

Der Anlass *sich darüber Gedanken zu machen* markiert einen Punkt, wo die traditionelle Hausgemeinschaft gewissermaßen außer Kraft gesetzt wird. Es wird aber keine Reflexion oder ein Versuch der Restrukturierung sichtbar, sondern im Festhalten am hergebrachten Nachbarschaftsverständnis dessen Verlust markiert.

Für eine Transformation der traditionellen Hausgemeinschaft in neue Formen der Nachbarschaft, werden vor allem zwei Ansätze deutlich: Zum einen wird die Existenz bestimmter Anlässe, Orte und Personen thematisiert, die einen Rahmen für nachbarschaftliches Zusammenleben geben bzw. organisieren. Zum anderen wird die Erwartung formuliert, dass Neubewohner/innen bereit sind, sich in die (noch) bestehende Gemeinschaft zu integrieren. Integration würde dann entsprechend gelingen, wenn spezifische Wertvorstellungen, das ‚Befolgen‘ von sozialen Normen und Verhaltensweisen (z.B. das Grüßen) oder Lebensentwürfe mit den Vorstellungen der bestehenden Gemeinschaft in Einklang gebracht werden können. Bei einem relativ hohen Zuzug ‚Neuer‘ werden für die ‚Alteingesessenen‘ vorhandene Regeln infrage gestellt, zumal diese oft nur informell geregelt sind. Die daraus resultierenden Konflikte wirken dort besonders heftig, wo dafür keine Ausgleichsmöglichkeiten bestehen, sondern das Prinzip der Anpassung an bestehende Strukturen vertreten wird. In diesem Rahmen bleibt vor allem der Wunsch nach Regulierung durch selektive Wohnraumvergabe.

Wir wollen anständige, gewissenhafte, saubere, ordentliche Nutzer, Mitglieder unserer Genossenschaft und vor allen Dingen, vor allen Dingen auch bei uns hier draußen junge Leute (...) Asoziale soll-

te man vermeiden. Ich sag das so ganz deutlich (...) Die können das ganze Wohnumfeld ver- äh äh kaputt machen (A6: 573-581, S).

Bei der zitierten Gruppe von Bewohner/innen wird das Interesse der Aufrechterhaltung einer bewährten, auf ähnlichen Wertvorstellungen und Erfahrungen basierenden Gemeinschaft verfolgt. Mit der Forderung ist zugleich ein eigentlich nicht lösbarer Konflikt verbunden: Mitglieder mit einem traditionellen Verständnis von Hausgemeinschaft treffen auf Bewohner/innen, die sich individuell aus den unterschiedlichsten Gründen für das Wohnen und Leben in der Genossenschaft entschieden haben. Bestandteil einer ‚Hausgemeinschaft‘ zu sein, ist in den seltensten Fällen das Motiv einer Wohnentscheidung und stellt sich bestenfalls über einen längeren Zeitraum durch positive Erfahrungen innerhalb der Hausgemeinschaft her – z.B. durch Arbeitseinsätze, Feierlichkeiten oder Gespräche im Hausflur. Dies setzt, wie bereits ausgeführt, Sensibilität und Bereitschaft bei allen Beteiligten voraus. Die folgende Gesprächssequenz aus einer Bewohner/innendiskussion verdeutlicht wie diskursiv ein Verständnis für die Lebenslage Jüngerer entwickelt wird, aus der heraus im Alltag andere Prioritäten gesetzt werden.

P4: Die jüngeren Leute wollen keinen Garten mehr, die haben ihre Arbeit und sind abends kaputt

P3: Ja aber hatten wir denn keine Arbeit

P4: Das hat damit nix zu tun

P7: Die fahren ja auch alle möglichen Wege viel mit dem Auto

P4: Früher wurde nicht so intensiv gearbeitet wie heute (...) heute ist es intensiver

P2: Bloß wer heute Geld hat, der sagt wozu brauche ich einen Garten mit Anbauen und so

P4: Früher wurde auch alles ruhiger angegangen, heutzutage ist die Hektik viel zu groß (C1: 1460-1474).

Vielleicht ist es nicht zufällig, dass beim Thema Arbeit eine Perspektivenübernahme gelingt, währenddessen sie bei anderen Lebensentwürfen, Verhaltensnormen und Geselligkeitsformen schwerer gelingt. Die Arbeit ist ein generationenübergreifender Identifikationspunkt. Wenn Perspektivenübernahme und Kommunikation vorhanden sind, greifen unterschiedliche kollektive Erfahrungsräume weniger exkludierend. Die Gegenwart tradierter Hausgemeinschaften gestaltet sich entsprechend ambivalent. Zum einen wird in den bestehenden Strukturen der Versuch unternommen, Bewährtes und Vertrautes zu bewahren. Tradierte Hausgemeinschaften haben wir als tendenziell starre, konservative, wertesichernde und begrenzt dynamische und wenig anpassungsbereite Gebilde wahrgenommen. Zum anderen konnte aber auch eindrücklich veranschaulicht werden, wie sehr die Hausgemeinschaften in Veränderung begriffen sind. Ursächlich dafür sind der zwangsläufig resultierende Bewohnerwechsel ebenso wie gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die sich mit veränderten Arbeitsstrukturen und Zeitrhythmen ergeben. Die Dimension des Alter(n)s ist darüber hinaus eine ebenfalls bedeutsame Einflussgröße – in zweierlei Hinsicht: Mit zunehmendem Alter verändert sich statistisch gesehen die Zusammensetzung der Bewohnerschaft zugunsten der Frauen. Mit dem Effekt, dass sich die Qualität der Hausgemeinschaftskultur verändert. Dieser relevante Gesichtspunkt wird vom Vorstand der Genossenschaft C herausgestellt. Seinen Erfahrungen zufolge wären es vor allem die Männer in den Haushalten, die sich um gemeinschaftliche Aktivitäten und Anlässe der Hausgemeinschaft bemühen, diese initiieren würden. Frauen seien dabei, aber eben nicht jene, die nun nach dem Sterben der Männer diese Lücke der durchaus erwünschten Aktivitäten schließen könnten:

Hausgemeinschaften, so wie sie früher bestanden [haben, Anm.] heute nicht mehr bestehen (...) ja vielleicht liegt es auch daran, dass der eine oder andere gestorben ist. Sagen wir mal, dass sich die Frauen dann jetzt doch eher zurückziehen. Wenn der Mann, und das ist ja einfach so, eher stirbt, und die Frauen, ja ... waren nicht so derjenige, der bei der Hausgemeinschaft so immer mit dabei gewesen ist, sondern der Mann war da und die Frau war immer mit dabei, und dass fehlt. Und dann machen die Frauen halt ihr eigenes Ding, sind nicht mehr so integriert in der Hausgemeinschaft. Man grüßt sich sicherlich noch auf der Treppe und spricht miteinander, aber so das man sagt »lass uns doch mal ne Feier organisieren« hmm, bei einer 80 Jährigen (...) schwer. (C2: 284-294).

Prognostizieren lässt sich das allmähliche Sterben der (noch) bestehenden Hausgemeinschaftskultur. Notwendig sind Konzepte, die Hausgemeinschaften anschlussfähig für neue Bedingungen machen. In diesem Zusammenhang spielt die abnehmende Leistungsfähigkeit der Hausgemeinschaft eine wesentliche Rolle. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass tendenziell die ‚jungen Alten‘ das nachbarschaftliche Unterstützungssystem der ‚alten Alten‘ bilden. Denn *die Jungen gehen ja noch auf Arbeit, nicht?! (...) da kann man ja nicht drauf bauen, dass die dann immer zur Hand sind (E3: 256-257, E)*. Für die Gesprächsteilnehmerin im Fall E ergibt sich daraus die Konsequenz, bei kurzfristigem Unterstützungsbedarf auf die ebenfalls älteren Nachbar/innen zurückzugreifen. Deutlich wird hier, dass den Gesprächsteilnehmer/innen durchaus die größer werdenden Defizite des tradierten Hausgemeinschaftsmodells bewusst sind, sie das bestehende System aber so lange wie möglich aufrechterhalten wollen. Verbunden mit der Konsequenz, bei Schwierigkeiten mögliche Lösungen auch nur innerhalb desselben zu suchen.

7.3 NACHBARSCHAFTEN ALS FREIWILLIGE SOZIALBINDUNGEN

Dem Idealtyp traditionell ‚gewachsener‘ Nachbarschaften stellen wir einen anderen, den der freiwilligen Sozialbindungen gegenüber. Diese zeichnen sich durch eine dynamischere Perspektive auf soziale Beziehungen und eine offener soziale räumliche Betrachtung aus. In diesem Sinne können sich Nachbarschaften personell mit denen der Hausgemeinschaft überschneiden, sie konstituieren sich jedoch auch völlig unabhängig davon (Beetz 2011). So lassen sich Nachbarschaften nicht auf bestimmte Häuser und Hausaufgänge begrenzen, sondern konstituieren sich über verschiedene Sozialräume. Nachbarschaftliche Beziehungen entstehen nicht nur infolge langem miteinander Wohnens, sondern auch über soziale oder kulturelle Teilhabe, die Inanspruchnahme interessengeleiteter Angebote, die Durchsetzung (kommunal)politischer Interessen oder auch die Realisierung einer gemeinschaftsfördernden Maßnahme (z.B. Wanderweg, Spielplatz, Klubraum) herstellen. Zudem handelt es sich bei Nachbarschaften um Wahlverwandtschaften, die über Sympathien oder auch Antipathien erzeugt werden. Aufgezeigt werden soll anhand der Schilderungen der beteiligten Gesprächspartner, wie vielfältig gegenwärtige Nachbarschaften aufgestellt sind. Die Ausführungen dienen dazu, die unterschiedlichen Facetten nachbarschaftlicher Beziehungen sichtbar zu machen, aber auch Grenzen und damit Handlungsräume zu verdeutlichen.

Nachbarschaften sind symbolische wie räumliche Repräsentationen, die sich über spezifische Verhaltensweisen und Interaktionen ihrer Mitglieder prozesshaft konstituieren und sich hinsichtlich ihrer Intensität unterscheiden lassen (vgl. Klages 1958; Beetz 2007, 2011). Neben den oben beschriebenen

Hausgemeinschaften gibt es sehr unterschiedliche nachbarschaftliche Beziehungsformen. Mehrfach herausgestellt wurde von den Gesprächsteilnehmer/innen als nachbarschaftliches Merkmal das gegenseitige Grüßen im halböffentlichen Raum sowie das Wissen um die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch kommen zu können. Überwunden wird darüber die vermeintliche Anonymität der einzelnen Bewohner/innen, es hat im Vergleich zum Gemeinschaftsverständnis jedoch eine geringe Verbindlichkeit. Es scheint den Bewohnern als Ausdruck gegenseitiger Wertschätzung und Achtsamkeit wichtig zu sein, erkannt und angesprochen zu werden.

Also ich muss sagen es grüßt mich jeder, es kennt mich jeder. Ich hatte am Anfang mal ein paar Probleme. Mein Mann hat natürlich gefragt »wer warn das aus dem Haus« und im Erdgeschoss gehen viele an uns vorbei (...) Es ist nur im Prinzip, dass man sich kennt, grüßt und ein paar Worte spricht (B6: 42-50, B).

Diese niedrigschwellige Form nachbarschaftlichen Verhaltens wird von den Befragten als Selbstverständlichkeit eines guten Umgangs verstanden und von allen Mitgliedern, unabhängig vom Alter oder der Wohndauer erwartet. Man hat einer unausgesprochenen Konvention zu folgen, die einen niedrigschwelligen Grad von Zusammenhalt impliziert. Verbunden sein kann damit zugleich aber auch ein symbolischer Ausschluss, wenn Bewohner/innen diesem zeremoniellen Charakter des Handelns nicht folgen. Neben dem Ritual des Grüßens wurde von den Gesprächsteilnehmer/innen wiederholt die Kommunikation untereinander thematisiert, die sehr unterschiedliche Ausprägungen haben kann. Es geht um die Möglichkeit sich unterhalten oder austauschen zu können, was als Gelegenheit zu sozialer Teilhabe interpretiert werden kann.

Wenn wir im Haus sind, da wird sich unterhalten und da wird sich ausgetauscht. Manche fahren ja auch mal ins Ausland da wird auch mal erzählt wie es dort war. Na das ist schon (.) Unterhaltung vorhanden, also man ist nicht ganz isoliert. (E3: 261-264, E)

Im Verständnis freiwilliger Sozialbindungen sind Nachbarschaften nicht Resultat der Anpassung an etwas Bestehendes, sondern Ergebnis reziproker Aushandlungen bzw. Sich-aufeinander-Einstellens. So appelliert eine Gesprächsteilnehmerin im Fall A an die Gesprächsrunde, tolerant und offen gegenüber den Verhaltensweisen und Lebenswelten der jüngeren Generationen und der zeitversetzt zugezogenen Bewohner/innen zu sein.

Ich sag immer: der Ton macht die Musik. Nicht immer der ältere Mensch hat Recht. Auch der junge Mensch hat Recht und muss den Alten auch manchmal sagen, dass was sie hier machen, ist nicht in Ordnung. (...) Ich hab viel mit jungen Menschen auch zu tun gehabt (..) Wenn ich mit denen ordentlich umgehe, die ordentlich anspreche, dann funktioniert das. Aber wenn ich rauskomm und dann pampt's so von der linken Seite über die Hintertür, hier ne dumme Bemerkung mach, na da krieg ich ne dumme Bemerkung zurück. (A6: 633-640, S).

Während ‚gewachsene‘ Hausgemeinschaften eine gegebene und über Erfahrungen vermittelte, wenig veränderungsbereite Gemeinschaftsformation versinnbildlichen, stellen sich freiwillige Nachbarschaften überhaupt erst über Kommunikationen her. Sie nehmen keine konstante Form an, sondern stellen sich prozesshaft im Kontext sozialräumlicher Bedingungen immer wieder neu her. Bestätigt wird diese Differenzierung durch Aussagen zur Kommunikationsbereitschaft der älteren, ‚etablierten‘ Bewohner/innen. Auf die Frage, ob man innerhalb des Hauses oder der nahen Wohnumgebung mit-

einander ins Gespräch komme, äußert eine Gesprächsteilnehmerin: *Nee, die von früher dort wohnen mit denen wird sich unterhalten, aber neue Kontakte nicht* (B6: 514-515, J). Verdeutlicht wird mit dieser Aussage, dass sich zwischen ‚alteingesessenen‘ Bewohner/innen und Neuzugezogenen nur bedingt Kommunikationsgemeinschaften und folglich Nachbarschaften ergeben.

Dem Wesen von Nachbarschaften wohnt eine chronische Konfliktlage prinzipiell inne, handelt es sich doch in gewisser Weise um ein ungewolltes Miteinander, deren kleinster gemeinsamer Nenner das Wohnen im selben Haus, derselben Straße ist. ‚Gute‘ Nachbarschaften, so sehr sie sich in ihrer Intensität, Ausprägung und Reichweite auch unterscheiden mögen, setzen grundsätzlich Beziehungsbereitschaft voraus, die mit Offenheit und Toleranz ihrer Mitglieder und Interesse an Gemeinschaft einhergehen. Auch Konflikte können nachbarschaftsfördernd sein, wenn die Notwendigkeit zur Aushandlung und die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile gesehen werden.

Mit einer ganzen Portion Toleranz gegenüber den ich sag es mal jetzt ganz profan, Macken, die der Andere hat. Man muss sich immer vor Augen halten, dass man selber welche hat. Und mit dem müssen andere Leute auch zu Recht kommen. Und wenn das vorhanden ist, dann kann was werden (E3: 277-280, CI).

Den befragten Vorständen spielt das Thema Nachbarschaftsstreitigkeiten und deren Vermittlung eine wichtige Rolle in der Arbeit der Genossenschaften. Dass Aushandlungen häufig nicht einfach sind, schildert eine Gesprächspartnerin, die sich im Umgang mit als unangenehm empfundenen Verhaltensweisen einzelner Bewohner/innen für das Meiden entschieden hat.

Bei uns im Haus kommen Sie nicht unbeobachtet rein. Nicht mal nachts. Da gibt's ganz bestimmte Leute die wissen alles von einem. Alles. Ja, die wissen gar nichts. Aber da sagen wir immer, die sind die Zeitung (...) Die musste aber so nehmen wie die sind. Da mache ich eben keinen Gruß und dreh mich um und gehe (B5: 183-188, H).

Die disperse räumliche Ausdehnung von Nachbarschaften drückt sich in überlagernden oder parallelen Netzwerken aus. Wir haben Belege für geschlechtsspezifische Gemeinschaften innerhalb einer oder mehrerer Nachbarschaften ebenso wie für altershomogene, generative Gemeinschaften gefunden, die sich über gemeinsame Lebenslagen herstellen. Für einen der befragten Bewohner der Genossenschaft C konstituiert der Hausaufgang räumlich die Nachbarschaft, wobei innerhalb dessen geschlechtsspezifische Räume benannt werden.

Das Zusammenleben im Haus naja, man grüßt sich und man trinkt auch mal ein Bierchen im Keller Wenn wir so mal ein paar zusammen sind. Aber meistens eben bloß die Männer. Die Frauen sind da nicht so. Da ist auch jeden, jede Woche ist da mal ein Tag oder zwei Tage mal abends so zusammen, da wird sich so über verschiedenes unterhalten. (...) Ich meine man, die Frauen tun sich mehr unterhalten mit Frauen wenn sie sich im Treppenhaus sehen und so, da wird immer ein Schwätzchen gehalten (C1: 70-89, P4).

Über die Reichweiten der Nachbarschaften in sozialräumlicher Perspektive wurden von den Gesprächsteilnehmer/innen ganz unterschiedliche Aussagen getroffen. Verwiesen wurde darauf, dass sich die Intensität und Lebendigkeit der Nachbarschaften innerhalb eines Sozialraumes sehr unterschiedlich gestalten kann.

P3: (Weist auf P6) Wir wohnen unter einem Dach. Sechs mal Sechs Wohnungen. Und da ist im Grunde jedes Haus für sich.

M2: Hm.

P1: Ich hab jetzt zum Beispiel zu einem andern Eingang keinen Kontakt. Die Leute die man kennt, grüßen tut man sie sowieso. Das setz ich mal voraus, nor. Aber so ist es schon, da weiß ich jetzt von Nachbarn (..) Ich weiß zwar ungefähr wo jeder wohnt, nor aber das ich so so, ne kein Kontakt. Sag ich jetzt mal so. Aber im Haus ja (...) man trifft sich ja nu jeden Tag (C1: 512-528)

Nachbarschaft spielt sich, und das wäre eine weitere Charakteristik dieser Figuration, weitestgehend im halböffentlichen Raum ab. Bei der Schilderung zur Lebendigkeit und Aktualität nachbarschaftlicher Beziehungen erfolgt eine zweifache Abgrenzung: zur Wohnung als Ort der Sphäre des Privaten und dem öffentlichen Raum (Beetz 2012: 41). Von einer Bewohnerin der Genossenschaft E wird im Zusammenhang mit durchaus bestehenden nachbarschaftlichen Aktivitäten geäußert: *von Wohnung zu Wohnung, das machen wir ja nicht* (E3: 261, E). Ähnlich formuliert das ein Bewohner der WBG C:

Jeder macht so seinen eigenen Kram so im Haus, also in der Wohnung, aber das nu direkt de Wohnungskriecherei so hier ist so nicht direkt. Das wir nun hier von Wohnung zu Wohnung gehen ist nicht hier (C1: 77-86, P4).

Ganz entscheidend für das Verständnis von Nachbarschaften als freiwillige Sozialbindungen ist, dass sie gestaltet werden können bzw. müssen, z.B. über Anlässe der Kommunikation. Sie wird über konkrete Ereignisse und Orte hergestellt, muss aber Veränderungen in den sozialen Beziehungen aufnehmen können.

Von diesen zehn Familien, die damals mit eingezogen sind, sind noch acht Familien da. Also (...) die Kinder sind ausgezogen, die Enkelkinder kommen inzwischen zu Besuch und wir sind alle eigentlich noch ne ganz patente Hausgemeinschaft und fühlen uns eigentlich och sehr wohl (...) in diesem Objekt (D2: 373-377).

Kommunikative Räume wie der Grill- oder Spielplatz ermöglichen nachbarschaftliche Beziehungen.

Die ganze Hausgemeinschaft feiert zusammen Geburtstage, grillen zusammen, Kinderweihnachtsfeier als die Kinder noch kleiner waren und alles Mögliche, Silvester (E3: 229-232, G).

Den Spielplatz und den Grillplatz! Und dort trifft sich die Jugend. Und grillt dort gemeinsam. Das ist schon wieder eine positive Sache. (...) [...] Da treffen sich jetzt drei, vier Familien. Manche grillen. Das finde ich positiv. (...) Und jetzt habe ich festgestellt, jüngere Familien, die finden sich auch. Und die finden sich dort, wo es am buntesten und schönsten ist. Das ist natürlich die mittlere Wohnscheibe. Und dadurch entsteht natürlich wieder Leben. (B5: 675-693)

Wenn sich Nachbarschaft im halböffentlichen Raum herstellt, braucht es entsprechende ermöglichende Infrastrukturen in Gestalt von Gemeinschaftsräumen, Bänken im Hauseingangsbereich oder auch leicht zugänglichen Treffpunkten im Wohngebiet. Mit Blick auf die noch näher zu betrachtenden Nachbarschaftshilfen bedeutet diese Erkenntnis zugleich eine Überwindung definierter Grenzen bzw. das Aufheben dieser, wenn Nachbarschaften als komplementäre Unterstützungssysteme an Bedeutung gewinnen.

7.4 NACHBARSCHAFTEN ALS SUPPLEMENTÄRE UNTERSTÜTZUNGSSYSTEME

Obgleich Ansprüche und Erwartungen an nachbarschaftliche Beziehungen unterschiedlich ausfallen, werden ‚gute‘ Nachbarschaften häufig als potentielle Unterstützungssysteme angesehen. Im Rahmen der Gespräche mit den Bewohner/innen der einzelnen Sozialräume haben wir hier zahlreiche Beispiele für Unterstützungsleistungen in den Nachbarschaftsbeziehungen gefunden: *Wenn Sie Haus für Haus rein gehen, werden Sie in jedem Haus Nachbarschaftshilfe finden (B5: 463-464)*. Nachbarschaftshilfen erweisen sich bei näherer Betrachtung als differenziertes Arrangement von (gegenseitigen) Gefälligkeiten und Hilfen sowie Intensitäten und Verbindlichkeiten. In Abbildung 13 sind exemplarisch Formen der Nachbarschaftshilfe dargestellt.

Hausordnung übernehmen	<i>Bei uns die Nachbarin, die ist paar in die 80 Jahre und wenn die eben mal krank ist, oder (...) gesundheitlich nicht mehr so kann, wird dann eben die Hausordnung mit gemacht oder man geht eben mal einkaufen, wenn sie was möchte haben (C1: 60-70, P4).</i>
Fahr- und Begleittdienste	<i>Ich beispielsweise nehme immer aus unserem Wohngebiet drei oder vier alte Herrschaften, alte Damen, so wie ich eine bin und noch älter (...) Die eine ist schon über 90 mit, jeden Freitag zum Sport, zum Herzsport. Die käme dort gar nicht hin ohne Auto. Ja. Und (...) wir sind dort auch eine sehr eingespielte Truppe (A6: 327-331).</i>
Einkäufe, Besorgungen	<i>Ich geh also für zwei ältere Menschen einkaufen. Zwei Mal wöchentlich für die eine. Das andere ist Gelegenheitsdienst. Und mittlerweile hab ich noch jemand übernommen, die nicht zur Sparkasse kommt, ihr Rente nicht holen kann (A6: 354-357).</i>
Gelegenheitsdienste	<i>Also für mich ist es ganz wunderschön. Wir haben nicht nur alte Leute im Haus, wir haben alle Generationen im Haus (...) und da ist es so, dass praktisch jeder einen mal anspricht, jeder hilft, ob das junge Leute sind. Manchmal (...) fragen die gar nicht, da nehmen die die Tasche und gehen die Treppe hoch (E3: 217-225, L).</i>
Sozialkontakte	<i>Ich hab vier alte Leutchen die zu meinem Freundeskreis gehören, die leider jetzt gar nicht mehr wissen wenn ich komme, aber ich geh selbstredend hin (E3: 239-241).</i>
Reparaturen	<i>Mal den Rasenmäher reparieren oder eine so ne Kabeltrommel reparieren (...) oder `ne Lampe angemacht oder geholfen, ob man mal bei Gardinen Bretter anmachen oder Gardinen machen. (...) oder mal Sicherung auswechseln. (...) Was ich nicht machen kann, dass sage ich ganz ehrlich (...) irgendwo am Fahrrad was reparieren oder irgendwas im Keller also eigentlich alles. Ist so quer durch alle Sachen (B5: 50-63, N).</i>
Versorgung mit Essen	<i>Meine Nachbarin, (...) die hat ja Gelenkrheuma [...] wenn ich eben koche und es ist was übrig, dann schaff ich ihr mitunter ein kleines Leckerle rüber, nor (C1: 177-193, P6).</i>

Abbildung 13: Beispiele für Nachbarschaftshilfe

Nachbarschaftliche Unterstützungsleistungen sind nach unseren Recherchen sehr verbreitet. Diese entfalten sich fern von Regulierung, formalisierten Strukturen und Interventionen bzw. äußeren Impulsen – was auf die Figuration der Nachbarschaft selbst zurückzuführen ist. Nachbarschaftliche Unterstützungs- und Hilfestrukturen sind in diesem Sinne nicht öffentlich, weil es für viele Bewohner/innen selbstverständlich ist und ungern darüber geredet wird.

M: Fällt uns ein bisschen schwer darüber zu reden, weil es eigentlich selbstverständlich ist.

L: Wir sind ja auch so aufgewachsen, ne.

M: Eben. Da denkt man gar nicht, dass das erwähnenswert ist (E3: 282-287)

N: Mir würde das wiederstreben, wenn ich sage, dass ich dort und dort etwas gemacht habe. Nein das mache ich nicht.

H: Entweder ich fasse mit an oder ich fasse nicht zu.

N: Nein, ich selbst wenn ich jetzt zur Genossenschaft gehe und sage hier ich habe das gemacht in dem letzten halben Jahr. Nein das mache ich nicht (B5: 376-382).

Insbesondere mit Hilfe der Gruppengespräche gelang es uns den halböffentlichen Raum nachbarschaftlicher Unterstützungen zu thematisieren. Dabei war deutlich zu erkennen, dass sich diese substantiell zu institutionalisiert-formellen Nachbarschaftshilfen sowie professionellen haushaltsnahen Dienstleistungen abgrenzen. Dieser Blick ist vor dem Hintergrund von Initiativen nötig, Nachbarschaftshilfen zu organisieren und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen (vgl. dazu Kapitel VIII). Charakteristisch für die nachbarschaftlichen Hilfe- und Unterstützungszusammenhänge ist das Prinzip der Reziprozität, mit dem die Gegenseitigkeit bzw. Wechselseitigkeit des Helfens zum Ausdruck gebracht wird.

Wir leben doch nicht im luftleeren Raum. Man muss dazu sagen, einer hilft den anderen mit. Und (...) auch im Haus, wo doch viele Alleinstehende wohnen. Und wenn da was zu tun ist, dann hilft man. Eins geht natürlich nicht, man kann nicht Dinge machen, (...) die man selber nicht verantworten kann (A6: 336-339, S).

Obleich von den Gesprächspartner/innen die Wichtigkeit gegenseitiger Unterstützung hervorgehoben wird, betonen sie gleichzeitig die personellen wie materiellen oder zeitlichen Ressourcen. Die Ressourcenausstattung ist maßgebend für die Intensität und Form der gegenseitigen Hilfe – auch um der eigenen Überforderung begegnen zu können. Das Ausbalancieren zwischen Unterstützungsbedarfen und -möglichkeiten ist – wie im folgenden Beispiel – vor allem mit zunehmender Verantwortung eine Gratwanderung.

Wir haben och jemanden schweres drin, der schwer krank ist mit Parkinson. Und da haben wir die Telefonnummer gegeben und wenn mein Mann oder ich mal übern Weg laufen und er ist grad hingefallen oder mein Mann schafft ihn ins Bett, er schafft das nicht, also die Hilfe auf jeden Fall ist (C1: 358-361, P5.)

Selbstbestimmung ist ein entscheidendes Merkmal der Nachbarschaftshilfe. Es liegt im Ermessen der Bewohner/in, wie und in welchem Umfang sie erfolgt, auch wenn grundsätzlich eine Erwartung an gegenseitige Hilfeleistungen vorhanden ist. Der indirekte Charakter der Reziprozität liegt darin, dass die gegenseitige Hilfe durchaus zeitlich und räumlich differieren kann, also nicht nur auf den Aus-

tausch zwischen zwei Personen oder Haushalten bezogen ist, sondern auf ein solidarisches Netzwerk. D.h. Unterstützungsstrukturen basieren auf dem unausgesprochenen Verständnis, dass Hilfe bei entsprechender Bedürftigkeit erwartet werden kann.

Ich hab in meinem früheren Wohnhaus auch selber Hilfe mit organisiert. Seitdem ich seit Jahren die Sache mit der Erblindung habe, kann ich nicht mehr, aber Kontakt habe ich nach wie vor gehabt. Es wenden sich zig Leute an mich (...) Ich brauchte keine Hilfe (...) jetzt bin ich leider Gottes auf so ne Hilfe angewiesen und nehme sie auch dankbar entgegen (B6: 152-165, P).

Solange es sich um gelegentliche, einmalige und damit tendenziell unverbindliche Unterstützungen handelt, verträgt sich dies gut mit dem supplementären Charakter informeller Hilfebezüge: *Da kommt ja dreimal der Dienst, aber zwischendurch helfe ich eben auch ein bissl (C1: 190-191, P6).* Nachbarschaftliche Unterstützungen ergänzen beispielsweise nicht nur professionelle Pflegedienste, sondern entlasten auch familiäre Unterstützungsnetzwerke. Gerade weil situativ, in einer Notsituation ein Nachbar schnell zur Stelle sein kann, wenn kurzfristig etwas eingekauft oder jemand mitgenommen werden muss. Es gibt auch regelmäßige, routinierte nachbarschaftliche Hilfen wie die Mitnahme zum Sport oder Hausbesuche, die einen Übergang zu Dienstleistungen oder ehrenamtlichen Engagement bilden. Wenn der Grad der Verbindlichkeit und Kontinuität des Helfens zunimmt, bedeutet dies nicht selten, dass die Reziprozitätsnorm mit materiellen Leistungen (Entgelt) kompensiert wird. Mit zunehmenden Verbindlichkeitsgrad braucht es in der Regel professionellere Unterstützungssysteme, die von Bewohner/innen in ihrer Rolle als Nachbarn nicht bzw. nur bedingt leistbar sind: *Wenn eben einer pflegebedürftig ist, da kann man dort schlecht helfen (C1: 280, P4).* Als hilfebedürftiger Nachbar kann man sich vor dem Hintergrund der Reziprozitätsnorm gezwungen sehen, gut gemeinte Unterstützungsangebote abzulehnen bzw. eigentlich notwendige Hilfen gar nicht erst zu suchen (vgl. Günther 2005: 435 f.).

Den Mietern fällt es viel leichter, Hilfe anzubieten. Das geht schneller. Aber es fällt ganz schwer zu sagen: Ich benötige Hilfe. Das ist uns aufgefallen, das ist ein riesengroßes Problem (B2: 126-128).

Die begrenzte Strapazier- und Leistungsfähigkeit von Nachbarschaftshilfen offenbart sich auch, wenn die Dimension des ‚Alters‘ einbezogen wird. Gerade in den tendenziell altershomogenen Sozialräumen sind Bewohner/innen mit der Wirklichkeit konfrontiert, sich bestmöglich gegenseitig unterstützen zu müssen – mit der Konsequenz: ‚jüngere Alte‘ stellen das Unterstützungssystem der ‚alten Alten‘ dar.

Das wurde altersbedingt auch, dass es das nicht mehr gibt (...) jeder für sich hilfsbedürftig. Dann liegt es nicht am guten Willen sondern am Können (...) (E3: 236-238, M).

Nachbarschaft, insbesondere aber nachbarschaftliche Hilfen gründen auf einer Vertrauensbeziehung, die sich über Kommunikation und positive Erfahrungen herstellt: *Das Vertrauen muss da sein. (...) von heute auf morgen kommt das auch nicht das Vertrauen (B6: 250-259, B).* Sehr viel bedeutsamer wird die Dimension des Vertrauens, wenn es um regelmäßige Nachbarschaftshilfen geht, die insbesondere in der Wohnung als Ort der Privatsphäre stattfinden.

Ja Vertrauen gewinnen, stimmt, wenn man sich kennt, wenn man weiß, na den kenne ich zumindest vom Sehen schon seit Jahren (...) dann ist schon so eine gewisse Verbindung da. Dann ist ne gewisse

begründete Zuversicht, hier könnte aus einer näheren Bekanntschaft vielleicht mal eine Hilfgemeinschaft werden. Aber mit völlig Unbekannten (...) Ja also einen Fremden da drin rumstöbern lassen will ich auch nicht (B6: 490-499, P).

So kontextabhängig die Abgrenzung von informellen und formellen nachbarschaftlichen Hilfen auch ist, wird mit Abbildung 14 der Versuch einer Systematisierung unternommen: Idealiert erfolgt eine Unterscheidung zwischen informellen nachbarschaftlichen Hilfen, institutionalisiert formellen Nachbarschaftshilfen und professionellen, haushaltsnahen sowie personenbezogenen Dienstleistungen.

Unterstützungsbereiche Beziehungsform	Informelle nachbarschaftliche Hilfen	organisierte Nachbarschaftsprojekte	Professionelle, haushaltsnahe Dienstleistungen
Grad der Reziprozität	hoch	abnehmend	Niedrig
Ressourcen	vielseitig nach Personen	zielgerichtet	klar definiertes Leistungsspektrum
Autonomiegrad	hoch	abnehmend	niedrig
Vertrauen	hoch	hoch	funktional
Grad der Verbindlichkeit	niedrig	zunehmend	hoch
Entgelt, Vergütung	Unüblich	üblich	Bedingung

Abbildung 14: Systematisierung zur Gestaltbarkeit der Beziehung

Die Nachbarschaft ist vor allem dann gefragt, wenn es um die weitestgehend reziproke Unterstützung im Alltag geht – verbunden mit der Intention, die eigene Handlungs- und Leistungsfähigkeit so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Nachbarschaftlichen Hilfen liegt also in Abgrenzung zu organisierten (ehrenamtlichen) Nachbarschaftsprojekten und professionellen Diensten eine spezifische Logik zugrunde, die insbesondere in den Merkmalen der Reziprozität, Ressourcenausstattung und dem Grad der Verbindlichkeit zum Ausdruck kommen (vgl. das folgende Kapitel VIII).

In unseren Untersuchungen konnten wir feststellen, dass Nachbarschaften im Sinne eines ‚dritten Sozialraumes‘ beträchtliche Ressourcen innewohnen. Lebenslanges Wohnen in vertrauter Umgebung erfordert in der Regel solche informellen nachbarschaftlichen Unterstützungsstrukturen, welche das sozialstaatliche und familiäre Hilfesystem ergänzen. Deren gezielte ‚Indienstnahme‘ ist jedoch aufgrund des auf Sympathie beruhenden, gewachsenen und vertraut gewordenen Beziehungsgeflechtes der Nachbarschaft kaum möglich; Nachbarschaftshilfe ist nicht unmittelbar planbar. Nachbarschaftliches Solidaritätsverhalten resultiert aus sozialer Kommunikation und gegenseitiger Achtsamkeit. Damit sind die Grenzen klar zu benennen: Es handelt sich um eher supplementäre Unterstützungssysteme, die auch in ihren Aufgabenfeldern beschränkt sind. Nach unseren Untersuchungen dienen sie nicht als Organisationsrahmen für kollektive Gestaltungen im Wohnumfeld.

VIII AKTIVIERUNG IN PROJEKTEN

Zentrales Ziel unserer Forschung war die Identifikation und Untersuchung von Projekten, die der Ermöglichung sozialer Teilhabe im Wohnumfeld dienlich sind. Während die meisten Strategien der Genossenschaften in einer Erweiterung ihrer Angebote bestanden (vgl. Kapitel VI.3), haben wir mobilisierende Aktivitäten im Bereich der Nachbarschaften vorgefunden. Bei den von uns untersuchten Projekten geht es nicht um informelle nachbarschaftliche Hilfen (vgl. Kapitel VII.3), sondern um formalisierte Strukturen von Nachbarschaftsprojekten. In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, welches Arrangement (Strukturen, Inhalte, Ressourcen, Zielsetzungen) für die Aktivierung von Bewohner/innen förderlich ist und welche lebensqualitätsbezogenen Effekte sich daraus ableiten lassen. Um den Wandel der Aktivierungsstrukturen zu verdeutlichen, wird der Untersuchung aktueller Projekte ein kurzer Abschnitt zu traditionellen Gemeinschaftsaufgaben vorangestellt.

8.1 GEMEINSCHAFTSAUFGABEN – ZWEI GESICHTER DER AKTIVIERUNG

So genannte Gemeinschaftsaufgaben wie die Hausordnung, die Wohnumfeldpflege oder Renovierungsleistungen hatten eine große Bedeutung für die Herstellung und Aufrechterhaltung traditioneller Hausgemeinschaften (vgl. Kapitel VII.1). Sie boten Reibungspunkte, Konflikte und Unzufriedenheit, förder(te)n aber das Engagement und die Verantwortlichkeit in den Nachbarschaften. Bis heute sind sie vor allem in kleineren, ehrenamtlich geführten Wohnungsgenossenschaften von einiger Bedeutung.

An der ‚Hausordnung‘ als vertraglich geregelte Reinigungspflicht erhitzen sich die Gemüter der Bewohner/innen. Gegenwärtig gibt es bei den von uns untersuchten Genossenschaften nur noch eine (Fall C), bei der die Mitglieder Arbeitsstunden zu erbringen und die Durchführung der Hausordnung selbst zu erledigen haben; bei der Genossenschaft B übernehmen die Bewohner/innen in einigen Wohngebieten das Kehren der Kellerräume. Zunächst ist mit der Verpflichtung zur Erbringung von Arbeitsstunden im genossenschaftlichen Verständnis eine wirtschaftliche Funktion verbunden: Durch erbrachte Eigenleistungen (Reinigung, Winterdienst, Malerarbeiten etc.) reduzieren sich die Betriebskosten, was letztendlich allen Mitgliedern und damit der Gemeinschaft zugutekommt. Die Gemeinschaftsaufgaben rechnen sich aber nicht nur, sie sind auch sozial bedeutsam. Mit ihr verbunden ist eine gewisse soziale ‚Disziplinierung‘ der Bewohner/innen, aber auch die Notwendigkeit, miteinander kommunizieren zu müssen. Entsprechend normativ und auch emotional aufgeladen sind diese Aufgaben. Auch wenn die Erledigung der Hausordnung mit viel Ärger und Unzufriedenheit verbunden sein kann, ist damit ein konkreter Anlass gegeben, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich näher kennen zu lernen.

Wo es dann eher so Beschwerden gibt wie naja, er hat jetzt nicht die Stelle gefegt, die er eigentlich hätte fegen sollen nach Plan, oder, er hat nicht so geputzt, wie ich das putze im Treppenhaus, solche Beschwerden gibt es dann eher. Da findet man dann individuell ne Lösung (C2: 380-383).

Die Pflicht der Mitglieder zur Treppenreinigung, Schneekehren, Instandhaltung der Grünflächen und anderem weist ganz offensichtlich ein doppeltes Gesicht auf: Zum einen wird das (genossenschaftliche) Prinzip von Selbstverantwortung und Miteigentum verdeutlicht. Zum anderen bedeutet es soziale Kontrolle und Disziplinierung. Um Reibungspunkte, Beschwerden und Konflikte zu umgehen, wurden in den meisten Genossenschaften die Gemeinschaftsaufgaben durch Dienstleister substituiert. Die an der Pflichtethik orientierten Tätigkeiten geraten sowohl unter dem Aspekt des kollektiven Alter(n)s als auch durch den Wandel der Lebensstile stark ins Abseits. Ein nicht unerheblicher Teil der Bewohner/innen wollte sich von den Verpflichtungen entlasten. Die Beauftragung von Reinigungsleistungen geht mit einer sukzessiven Auflösung der Gemeinschaftsaufgaben zugunsten ökonomischer Beziehungen einher.

Wir haben die Treppenhäuser selbstgemacht. Das hatte immer einer organisiert. Und das ist jetzt alles aufgeweicht. Das ist jetzt auch so, dass Leute einziehen, die haben gar keine Lust mehr eine Treppe zu kehren oder zu wischen. Die bestellen jemanden. Und der kommt dann mit einem Viertel Eimer Wasser und wischt die Treppe von oben bis unten (B5: 233-237, N).

Ein Teil der befragten Bewohner/innen hält an dem Konzept der Gemeinschaftsaufgaben gern fest. Doch auch dort, wo sie prinzipiell bejaht werden, beginnt eine Suche nach Alternativen.

P1: Um mit der Hausordnung nochmal zurück zu kommen, bei uns klappt das mit der Hausordnung gar nicht mehr hier

M1: Gar nicht mehr

P1: Nee. Weil die Leute alt sind. Der Älteste ist 94

P5: Hm

P1: Die brauchen auch gar keinen Besen mehr nehmen, der versucht es zwar, aber nor.

P3: Aber damit bin ich nun wieder nicht einverstanden

P1: Da bleibt vieles auf der Strecke, es ist furchtbar

P6: Es gibt jetzt aber hier (...) Leute, dann da, die dann bezahlt werden, die sie sich holen können

P5: Nun, hm

P4: Da müssen es die Kinder machen, die Hausordnung

P6: Nö die Kinder

P4: Wenn sie nicht da sind, weit weg sind geht es auch nicht

P1: Es gibt sicherlich auch manche, in dem Hausaufgang, bestimmt jemand, der auch mal mitmachen würde. Dem geben die keine drei Euro [...]

P6: Wenn es geht, eher Dienstleistungen die das machen (...)

P7: Naja es ist da, aber nicht jeder der so viel Geld hat (C1: 891-943).

Das fortschreitende Alter wird unter dem Gesichtspunkt der eigenen Leistungsfähigkeit als erhebliches Problem für die Einhaltung der Hausordnung problematisiert. Dieses Thema scheint ein Kristallisationspunkt für die Kontroverse zwischen Erhalt der Gemeinschaftsaufgabe oder Dienstleistung zu sein. Gesucht wird sowohl nach individuellen als auch gemeinschaftlichen Lösungen; neben der Unterstützung durch (jüngere) Familienangehörige, werden (bezahlte) nachbarschaftliche Hilfen oder die Beauftragung von Haushaltsdiensten diskutiert. Zum Ausdruck kommt eine gewisse Ratlosigkeit

der Bewohner/innen, d.h. sie befinden sich in einem Dilemma. So scheint es nahe liegend, für die bislang selbst erbrachte Reinigungsleistung zukünftig zu zahlen, verbunden mit der Konsequenz, dass die entstehenden Aufwendungen Mieterhöhungen verursachen.

Wenn von uns auf die Bedeutung von Gemeinschaftsaufgaben als Methode der ‚Aktivierung‘ hingewiesen wird, dann ist dies nicht grundsätzlich als Plädoyer für die (Wieder)Einführung von Arbeitsstunden und Eigenleistungen zu verstehen. Sie stellen aber einen wichtigen Kristallisationspunkt für nachbarschaftliche Aktivitäten dar. Die Herausforderung besteht für die Genossenschaften wie gleichermaßen für die Mitglieder darin, dieses teils bewährte, teils aber ‚überholte‘ Engagement im Wohnumfeld zu transformieren: Gibt es neue, andere Gemeinschaftsaufgaben? Im Folgenden wird es darum gehen, andere Aktivitätsformen zu finden, die am Strukturwandel des Ehrenamtes ansetzen.

8.2 AKTIVIERUNG DURCH NACHBARSCHAFTSPROJEKTE

Die Ermöglichung von Teilhabe im Wohnumfeld und in Nachbarschaften wird in vier der fünf untersuchten Genossenschaften projekthaft zu initiieren versucht (Fall A, B, D und E). Bei den Maßnahmen handelt es sich um einen in Gründung befindlichen Nachbarschaftshilfeverein (Fall A), einen nicht mehr bestehenden Nachbarschaftshilfeverein (Fall D), einen etablierten, seit über zehn Jahren gewachsenen Nachbarschaftsverein (Fall E) sowie eine seit vier Jahren realisierte Plattform zur Vermittlung nachbarschaftlicher Hilfen (Fall B). Eine davon abweichende Charakteristik weist der Fall C auf, der stellvertretend für die kleinsten, größtenteils selbst organisierten Wohnungsgenossenschaften steht (vgl. Abschnitt 2.3.1). Es handelt sich um die Formalisierung und professionelle Organisation von Nachbarschaften und ihrer Strukturen, die räumlich und funktional abgegrenzt von den wohnungswirtschaftlichen Aufgaben der Genossenschaften zu verorten sind. Zu klären ist zum einen, wie dies unter unternehmerischen Zielsetzungen umgesetzt wird, und zum anderen, inwiefern sich formalisierte Strukturen als förderlich oder auch hindernd für die Aktivierung erweisen.

8.2.1 PROJEKTZIELE

Gemeinsam ist den untersuchten Projekten die grundlegende Zielsetzung,

- älteren Mitgliedern das Wohnen und Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen,
- das genossenschaftliche Miteinander im Verständnis der Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern und
- Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen.

Es wurde bereits in Abschnitt 3.2 darauf hingewiesen, dass die Motivationen für das genossenschaftliche Engagement in defizitär empfundenen gesellschaftlichen Entwicklungen begründet sind, wobei vor allem die soziale Vereinsamung hervorgehoben wird. Sie wollen über die Projekte den Tendenzen der Entfremdung, Anonymität und möglichen Generationenkonflikten innerhalb der Bewohnerschaft

begegnen. Bei einem solch umfassenden und auch normativ aufgeladenen gesellschaftlichen Anspruch erweist sich die Operationalisierbarkeit in konkrete Initiativen und Aktivitäten als ausgesprochen schwierig. Es zeigte sich in den Untersuchungen als Gefahr, dass diffuse Zielvorstellungen zwar in einem konkreten Vorgehen gebündelt werden, ohne dass wirklich eine Integration gelingt.

Dann ist ein weiterer Schwerpunkt, äh wozu wir eigentlich uns auch mit gegründet hatten und was schon im Begriff mit kommt: die Nachbarschaftshilfe, die Organisation von Nachbarschaftshilfe, wo sie gewünscht wird, ohne, dass wir sagen, wir machen ne Klingelaktion. Das machen wir nicht, weil wir auch den Angehörigen nicht vorgreifen wollen und die Verantwortung, Kinder für ältere Menschen und ältere Menschen auch für ihre Kinder nun nicht aus der Rolle zu bringen, ja. Dieses dieses Entfremden sehr oft auch von den Familien bedingt durch die Veränderung der Arbeitswege, die wir nicht aufhalten können. Aber trotzdem auch immer noch das Gefühl lassen, in erster Verantwortung sind, soweit es möglich ist, die Kinder dann mal da für die älteren Menschen und genauso umgekehrt (A6: 48-57).

Als Begründungszusammenhang für die Aktivierung von Nachbarschaftsprojekten wird von allen befragten Genossenschaften die fortschreitende demographische Alterung der Bewohnerschaft problematisiert (vgl. Abschnitt 4.1). Dabei werden Nachbarschaftsprojekte als eine Möglichkeit gesehen, den Herausforderungen des individuellen Alter(n)s mit Blick auf das Wohnenbleiben in der Genossenschaft zu begegnen. Für die konzeptionelle Entwicklung und Gründung der Nachbarschaftsprojekte haben bundesweite Referenzprojekte, aber auch innerhalb Sachsens Impulse geliefert.

Das Projekt ist eigentlich aus der Situation heraus entstanden, dass wir festgestellt haben unsere Genossenschafter werden immer älter. Und wir uns Gedanken gemacht haben, wie können wir dafür sorgen, dass die Genossenschafter trotz ihres Alters und trotz der sich daraus vielleicht ergebenden Probleme (...) in der Genossenschaft wohnen bleiben können (B3: 253-257).

Damit ist für die Projekte eine Zielstellung formuliert, bei der überhaupt nicht klar ist, ob sie diese Erwartung überhaupt erfüllen kann. Wenn sich dieser ökonomische Mehrwert nicht direkt erfüllen lässt, besteht in den Projekten ein Spannungsverhältnis, wie zum einen die ökonomischen Gründe in soziale Motivationen transformiert werden und ob zum anderen soziale Investitionen vorgenommen werden. Eine besondere Form ökonomischer Rationalität ist der Fall D, bei dem aus teils unternehmerischen, teils stadtentwicklungspolitischen Motiven heraus ein mit knapp einer Viertelmillion Euro öffentlich gefördertes Projekt auf den Weg gebracht wurde.

Wir haben uns mit der Stadtverwaltung in Verbindung gesetzt, es ist uns gelungen da auch ein Projekt zu formulieren. (...) wir haben da äh Aufgaben, Ziele und Vorstellungen formuliert. Wir haben uns ein Partner gesucht ähm die auch mit dem Dienstleistungs- und Betreuungszentrum integriert sind. Wir haben gesagt dort könnten wir etwas tun um also so nachbarschaftliche Dienste äh mehr zwanglos dann auch anzubieten [...] Und wir haben es nicht in die Gänge gekriegt. Wir haben dann eigentlich äh irgendwann (...) gesagt äh wie wollen wir damit umgehen, wie wollen wir das also jetzt weiter für uns händeln und haben äh eigentlich einsehen müssen äh das es besser ist zu sagen, wir beenden dass, orientieren uns noch mal neu (...) haben also dann äh den Verein beendet, haben ihn entsprechend dann auch abgemeldet [...] wir merken es immer wieder an vielen Stellen äh das es also nicht unbedingt immer nur an uns gelegen haben muss. Das man's vielleicht nicht transportiert hat, dass

man äh mit den Angeboten vielleicht an dem Interesse der Angesprochenen an der ein oder anderen Stelle vorbei geht, na, oder vorbei gegangen ist (D1: 411-445).

Obwohl es eines immensen Vorlaufes bedurfte, das Projekt finanziell und organisatorisch zu schultern, konnten die Zielsetzungen im Fall D nicht in die Öffentlichkeit vermittelt werden. In den geführten Interviews wurde deutlich, dass bei der Projektentwicklung zwar auf die Finanzierung, weniger aber die konkrete Umsetzung des Projektes fokussiert wurde. Die Vermittlung zwischen Projektzielen, Motiven der Akteure und konkreten Handlungsschritten stellt in allen Projekten eine große, teils konfliktträchtige Herausforderung dar.

8.2.2 STEUERBARKEIT SOZIALER BEZIEHUNGEN

Der Blick zurück auf die Gründerjahre legte offen, dass es weniger um planvolles, organisierendes Vorgehen der Genossenschaft bei der kollektiven Gestaltung des Miteinanders ging, sondern sehr viel mehr gegenseitige Abhängigkeiten im Zuge der Mangelwirtschaft, aber auch Sympathien (soziale Beziehungen) oder ähnliche Lebenslagen ausschlaggebend waren (vgl. Abschnitt 7.1). Die Nachbarschaftsprojekte knüpfen an der Figuration der informellen Nachbarschaftshilfe an.

Wir haben festgestellt, dass wir viele ältere Menschen haben, die zwar körperlich Probleme haben, aber (...) die geistig noch ganz schön auf der Höhe sind. (...) Wir haben die jungen Leute, (...) die können eben wenn sie einkaufen gehen was schweres mitbringen und dass mit hoch tragen. Dafür kann die Omi, die im gleichen Haus wohnt, vielleicht solange auf die Kinder aufpassen (...). Und aus diesem Gedanken heraus ist das Projekt gestartet (B3: 260-268).

Die Erkenntnisse zur Nachbarschaftshilfe zeigten, dass sich diese sozialen Beziehungsmuster nicht direkt steuern noch nutzen lassen. Von Projektmitarbeiter/innen werden die Schwierigkeiten benannt, die mit dem Anspruch organisierter Nachbarschaftsprojekte einhergehen, diese werden aber zumeist mit organisatorischen Problemen bei zu großen Wohneinheiten oder dem Zuzug von neuen Mietern, denen das vermeintlich notwendige Wir-Gefühl fehlt, begründet.

Im Allgemeinen ist es recht schwierig, weil, das erklärt vielleicht auch weil ich in S. weniger habe, weil dort viele aktive alte Strukturen noch da sind von den Mietern. So haben wir das erfahren von den Mietern, wo die alten Hausgemeinschaften von den Aufbaustunden von Anfang an her noch vorhanden sind. Schwieriger ist es eben wie in T. so erkläre ich das mir auch. Dort wo neue Mieter reinkommen, äh (...) dass dann das Kennenlernen, die Gemeinschaft, weil man ja nicht zusammen Aufbaustunden mehr macht, es gibt kein gemeinschaftliches Kennenlernen mehr, ja, wie das früher der Fall war, und das stelle ich mir als das Schwierige vor (B2: 53-61).

Der oben interviewte Projektmitarbeiter sieht die Unterstützungsleistungen vor allem in den traditionellen Gemeinschaftsaufgaben begründet. Wie durch die Nachbarschaftsprojekte neue Unterstützungsstrukturen entstehen können, stellt sich nicht nur in diesem Projekt den Akteuren mit vielen Fragezeichen dar. So wird die Steuerbarkeit informeller nachbarschaftlicher Hilfe überschätzt, dass diese sich tendenziell dem Organisieren entziehen, und nur punktuell unter umfassender Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen vor Ort unterstützt werden können. Im Interview mit dem Vor-

stand wird die Gratwanderung deutlich, dass einerseits eine solche Unterstützung vorhandener Strukturen möglich ist, andererseits sich die informellen Beziehungen einer Organisation im Projekt B entziehen.

Es gibt Bereiche, wo ich sage da läuft es einwandfrei (...) da bin ich auch ganz fest überzeugt, dass das auch steht und fällt mit der Arbeit der Projektmitarbeiter, na, also wenn ich mir Herrn T. draußen in G. angucke, ich denke da haben wir erreicht, was wir wollen. Mehr kann man dort fast nicht erreichen, na, das liegt aber daran, dass dort offensichtlich auch Menschen wohnen, die Interesse an so was haben, na (...) Also, das ist schon von Wohngebiet zu Wohngebiet unterschiedlich und es ist einfach auch so, wir haben auch Wohngebiete (...), wo ganz viele Ältere noch zusammenwohnen. Die aber noch nicht so alt sind, dass sie so viel Hilfe brauchen. Die helfen sich untereinander noch ganz viel, na, das haben wir ja gemerkt als wir über unsere Vertreter versucht haben, das Projekt in die Genossenschaft zu tragen, na, Wo wir dann zur Antwort bekommen haben: Bei uns läuft das alles noch prima. Wir helfen uns gegenseitig, wenn jemand krank ist. Wir helfen uns, wenn jemand in den Urlaub fährt. Wir haben die Schlüssel, wir gießen die Blumen. Wir kümmern uns um die Haustiere und sonst irgendwas. Wo wir sagen: Wir wollen, dass Projekt jetzt auch nicht hundertprozentig auf die Genossenschaft überstülpen (B3: 472-490).

Der Vorstand in B personalisiert zunächst die Projekterfolge, um dann die strukturellen Hintergründe zu beleuchten. Dabei wird deutlich, dass der vermeintliche Erfolg des Projektes vor allem im Aufschließen vorhandener Unterstützungsstrukturen besteht. Damit wird der eigentliche Kernpunkt des Projektes, neue Unterstützungsstrukturen zu schaffen, nicht verhandelt. Unsere Untersuchungen lassen den vorsichtigen Schluss zu, dass gerade die Auffassung der direkten Steuerbarkeit von Aktivierung dazu führt, dass Prozesse als ‚Misserfolge‘ interpretiert werden, wo sie einen reflexiven Umgang mit Projektentwicklung verlangen würden. Das bedeutet, dass die Ziele und Prozesse alles andere als ‚naturwüchsig‘ geschehen, sondern eine gezielte Projektentwicklung erfordern.

8.2.3 PROFESSIONALITÄTSANSPRUCH

Eine wesentliche Frage, die in unseren Untersuchungen auftrat, war die der Professionalität hinsichtlich der Projektentwicklung. So wurde im Fall A auf die Institutionalisierung (über Mitarbeiterstellen) bewusst verzichtet und ein informeller und ehrenamtlicher Weg angestrebt, der Prozess solle „wachsen“ und selbstläufig erfolgen. In der folgenden Sequenz aus dem Vorstandsinterview wird in Abgrenzung zu dem als erfolgreich geltenden Projekt in Hoyerswerda, die eigene Strategie dargestellt, die man auch zusammenfassen könnte, für weniger Geld die gleichen Ergebnisse zu erzielen.

Sicherlich wenn ich mir Hoyerswerda her nehme, das ist top aufgestellt, die haben aber eine ganz andere Struktur letztendlich. Die haben quasi ihre Bauabteilung aufgelöst, die Leiter dort gleichzeitig als Leiter ihrer Treffs eingesetzt und da waren ganz andere Voraussetzungen da. Die sind auch beschäftigt dort, verdienen also noch ihr Geld. Das können wir nicht und das wollen wir auch nicht (A1: 283-326, 339-345).

Durch die Interviews zieht sich eine Unterschätzung gemeinwesenorientierter Arbeit in den Nachbarschaftsprojekten. Zwar ist im Fall B die Unterstützung durch drei Projektmitarbeiter/innen Bestand-

teil der Projektkonzeption, diese arbeiten allerdings auch nur auf geringfügiger Basis. Die Bereitschaft zu einer adäquaten personellen Ausstattung ist gering, was nicht nur auf ökonomische Gründe, sondern auch auf die Einschätzung der Projektarbeit selbst zurückzuführen ist, in der vor allem eine koordinierende Tätigkeit gesehen wird. Professionelle Aspekte von Aktivierung und Empowerment werden weder von den Vorständen noch den Projektmitarbeiter/innen thematisiert.

Wir haben für das Projekt drei Projektmitarbeiter eingestellt, die auf geringfügiger Basis beschäftigt sind (...) ich sag jetzt mal für uns die Multiplikatoren, wie man so schön sagt. Die tragen das Projekt nach außen. Die haben ihre Sprechzeiten in den Beratungszentren. Das ist ja immer unser großes Problem, dass wir so dezentral aufgestellt sind, drum haben wir ja die drei Beratungszentren noch zusätzlich außer der Hauptgeschäftsstelle. Dort haben die ihre Sprechzeiten, wo sie .. äh .. jederzeit dann halt ansprechbar sind für Interessenten (B3: 284-291).

Im Fall D wurde die Auflösung des Projektes u.a. damit begründet, dass auf die Professionalität anderer Anbieter zurückgegriffen werden kann, also nicht selbst entwickelt werden muss, wobei hierbei der Begriff Nachbarschaftshilfe sehr verschwommen verwendet wird.

Wir haben natürlich gesagt, äh, wir ziehen uns jetzt auf Aktivitäten zurück, die in der Stadt vorhanden sind. Es gibt ja auch professionelle Dienstleister, die sich mit all dem ja von ihren Job heraus schon beschäftigen. Was wir so mit unseren Gedanken in unserem Verein schon integrieren und aus unserem Verein genossenschaftsintern auch entwickeln wollen. Und da haben wir mit, äh den örtlichen Dienstleistern in sozialen Bereich, Pflegedienst, Betreuungsdienste Verbindung aufgenommen, die also ja nicht nur pflegen [...] sondern auch diese unterstützenden Angebote, die der, die die Nachbarschaftshilfe beinhalten (D1: 517-532).

Für die Projektentwicklung ist eine entscheidende Frage, inwieweit Kompetenzen im Bereich der Nachbarschaftshilfen entwickelt werden. Bei den Motiven der in den Projekten Aktiven fällt auf, dass sich die Mitarbeit vor allem auf informelle nachbarschaftliche Aktivitäten bezieht. Koordinierende und aktivierende Aufgaben sind auch von ihnen wenig vorgesehen, wären aber für die Projektentwicklung sehr zentral.

Für mich war der Anlass, mich zur Mitarbeit in dem Nachbarschaftshilfeverein zu melden, dass ich mir unser Wohngebiet angesehen hab [...] und zu der Erkenntnis gekommen bin, dass da das Durchschnittsalter sehr hoch ist und viele alleinstehend sind und ich mir gesagt hab: Was machen die den ganzen Tag allein in der Wohnung? Und äh, ist das Interesse vorhanden, nutzen sie die Möglichkeiten, die angeboten werden? Wie kann man das Interesse wecken, dass sie auf dieser Einsamkeit herauskommen. Man merkt das auch auf der Straße, da wird über alles Mögliche diskutiert und da hab ich mir gedacht: also da kannst du mit helfen, hier was auf die Beine zu stellen und der Grundtenor ist es für mich, dass jeder sicherlich mal die eine oder andere Hilfe braucht. Und das setzt aber voraus, dass ich auch bereit bin, Hilfe zu geben. Und das waren eigentlich für mich die zwei Ausgangspunkte, warum ich mich für den Nachbarschaftshilfeverein gemeldet hab. (A6: 213-224)

Aus unseren Untersuchungen heraus ist anzunehmen, dass es zur Umsetzung organisierter Nachbarschaftshilfe Ehrenamtlicher wie Beschäftigter bedarf, die professionelle Kompetenzen in der Projektentwicklung und Gemeinwesenarbeit mitbringen müssen. Geschieht dies nicht, erfolgt immer wieder

der Rekurs auf vorhandene informelle Strukturen, und es werden keine neuen Unterstützungsnetzwerke geschaffen.

8.2.4 INSTITUTIONENBILDUNG

Eine Weichenstellung, vor der alle untersuchten Projekte standen, war, inwieweit aus den projektbezogenen Ansätzen längerfristige und generelle Strukturen werden sollten. In **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** werden unterschiedliche Aspekte der Institutionenbildung der Projekte dargestellt.

	A	B	C	D	E
Organisation	Nachbarschaftshilfeverein	Netzwerk, Plattform	Informelle Nachbarschaft	Nachbarschaftshilfeverein	Nachbarschaftsverein
Vernetzung	genoss. Unterstützungsstrukturen in anderen Quartieren	Gremien der Genossenschaft	Gremien der Genossenschaft	Bündelung vorhandener Aktivitäten im Quartier	Verbindung zu anderen Projekten im Stadtteil
Orte	Veranstaltungsraum und Treffpunkt im Wohngebiet	Dezentrale Ansprechpartner in den Wohngebieten	Nutzung von Kellerräumen, Räumlichkeiten der Gaststätte	Veranstaltungsraum und Treffpunkt im Wohngebiet	Veranstaltungsräume und Treffpunkte im Wohngebiet
Beschäftigung	keine	Sozialarbeiterin, Projekt-MA (Aufwandsentschädigung)	keine	Projektmitarbeiterin	hauptamtl. Geschäftsführung, ehrenamtliche MA

Abbildung 15: Institutionenbildende Faktoren (eigene Darstellung)

In fast allen Fällen wurden bereits vorhandene Institutionen (z.B. Treffpunkte, aktive Gruppen) in den Genossenschaften für die Projekte genutzt. Insbesondere in den Fällen D und E suchen die Nachbarschaftsprojekte die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Quartier; in den anderen Fällen wurden soziokulturelle Vereine und Initiativen, die im Quartier selbst oder angrenzend tätig sind, wenig wahrgenommen, weil die Ausrichtung sehr stark auf die Genossenschaft selbst erfolgte.

Ich will mal noch was zu unserem Wohngebiet K sagen, weil das schon angesprochen worden ist mit dem Mehrgenerationenhaus. Das ist ne andere, ganz andere Struktur wie jetzt dieses Wohngebiet. Wir gehen davon aus, dazu haben wir uns auch als Verein bekannt, dass wir das zur Grundlage nehmen, dass wir im Wohngebiet das Mehrgenerationenhaus haben. Das existiert ja auch schon paar Jahre und von diesem Haus werden zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, usw. organisiert. Und wir

haben gesagt: wir reden den gar nicht rein. Wir machen das auch nicht parallel- was die schon haben, da gibt es zahlreiche Kurse- jeden Tag welche und Veranstaltungen. Da wär es ja blöd, wenn wir nochmal anfangen und parallel was machen [...] wir haben uns dann so verständigt, im Verein hier, dass wir in dem Wohngebiet K. eine andere Form finden, wie wir Nachbarschaftshilfe organisieren (A6: 483-493)

So gingen auch Überlegungen in die Richtung, die bestehende Struktur der Vertreter als repräsentatives Organ von Genossenschaften in die Projekte einzubeziehen.

Sie können einen Kiez betreuen von sagen wir mal 300, 400 Wohnungen. Dann wird's aber schon schwer. Dort gibt's die Chance über die Vertreter ein Stück weiter zu kommen. Wobei uns es an der Stelle noch nicht ganz gelungen ist, diese Vertreter wirklich mit in dieses Spiel zu bekommen. Wir haben dieses Jahr, wird die Vertreterwahl die nächste vorbereitet. Wenn wir das wenn wir dort ein Stück weit weiter kommen würden, wäre das sicherlich gut (B1: 114-126).

In den Interviews seitens der Aktiven in den Projekten wurde wiederholt darauf eingegangen, dass sich die Projekte auf punktuelle Lösungen konzentrierten. Die Frage der Institutionalisierung hing in allen Projekten eng mit der Zielstellung, dem Professionalisierungsanspruch, dem Stellenwert im Unternehmen und der beabsichtigten Reichweite zusammen. In dieser Hinsicht sind auch die Unterschiede hinsichtlich der Organisationsformen in den untersuchten Projekten zu verstehen. Der Fall C zeigt einen geringen Formalisierungsgrad, von den anderen untersuchten Genossenschaften werden als geeignete Mittel formalisierte und zugleich steuer- und gestaltbare Strukturen erachtet, organisiert als gemeinnütziger Verein oder unternehmensinterne Vernetzung. Vereine werden von den befragten Vorständen als (steuerlich) geeignete Form der Organisation erachtet, mittels derer die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Genossenschaften (organisatorisch getrennt) verfolgt werden können. Die Projektziele beeinflussen die Institutionenbildung dahingehend, ob eher informelle, über tradierte nachbarschaftliche Beziehungen gewährleistete (Fall C) oder formellere, organisierte Hilfe- und Unterstützungsstrukturen im Blick sind.

Wir haben uns noch keine Gedanken drüber gemacht (...) Wir hatten auch noch keine Nachfrage von Mitgliedern, ob man jetzt irgendwie Nachbarschaftshilfe organisiert, wie jetzt einkaufen gehen oder den einen oder anderen Behördengang erledigen. (...) Also die Mitglieder haben, wenn sie so etwas brauchen bis jetzt selber organisiert (C2:230-235).

In der folgenden Sequenz wird genau das Dilemma beschrieben, das wir in Kapitel VII mit den veränderten Nachbarschaftsstrukturen analysiert haben. Die Bedingungen, die aus heutiger Perspektive ‚gewachsen‘ wirken, haben sich geändert.

B: Versucht ja die B, genau das wieder ins Leben zu rufen, was früher mal Nachbarschaftshilfe bedeutet hat

N: Naja da habe ich ja schon mal mit Frau B darüber gesprochen. Das ist nicht so einfach

H: Naja weil wir haben keinen zentralen Treffpunkt. G. [anderes Wohngebiet, Anm.] das ist ganz anders. Wo wollen sie, Sie haben keinen Raum, keinen Treffpunkt. Wo soll man das machen, stellen sie ihr Wohnzimmer zur Verfügung, nein Danke. Sein wir mal ehrlich es ist heute eine ganz andere Zeit und ich lasse nicht mehr jeden in meine Wohnung

Im Gegensatz zu den informellen Nachbarschaftsstrukturen wird eine gezielte Aktivierungsstrategie als *nicht so einfach* bezeichnet. Es bedarf dazu eines bestimmten Rahmens. Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch gibt es in den Projekten unterschiedliche Auffassungen darüber; in Anknüpfung an Nachbarschaftshilfe werden eher informelle Strukturen oder eine Formalisierung durch Projektstrukturen diskutiert. In kleinen Genossenschaften oder Siedlungseinheiten werden (bislang) eher informelle Unterstützungsstrukturen präferiert, aber auch hier können, wie wir gesehen haben, neue Ansätze erforderlich werden, um eine Aktivierung zu erreichen. In größeren Siedlungseinheiten wird deutlich stärker von einer neuen Struktur von Nachbarschaftsprojekten ausgegangen.

8.3 STELLENWERT VON EMPOWERMENT

8.3.1 AKTIVIERUNG ALS ZWECK ODER MITTEL

Die untersuchten Projekte setzten alle auf Partizipation und Aktivierung der Bewohner/innen. Ein entscheidender Unterschied lag darin, ob das Empowerment als Selbstzweck oder als ein Mittel zur Durchsetzung (vor)bestimmter Ziele verstanden wird. In dieser Hinsicht unterscheiden sich beispielsweise das ausgewählte Projekte im Fall A erheblich von einer Initiative, die wir bei unseren Untersuchungen eher zufällig entdeckten: Während die Akteure des Nachbarschaftsprojektes sich kaum über gemeinsame Zielsetzungen verständigten, das kollektive Handeln nur durch die gezielte Ansprache des Vorstandes der Genossenschaft entstand und die meisten anwesenden Projektmitarbeiter ihre persönlichen Hilfe- und Unterstützungsleistungen thematisierten, teilten die Anwesenden im so genannten Handarbeitszirkel das Interesse für Kunsthandwerkliches und kreatives Gestalten. Dieses gemeinschaftsstiftende Moment erstreckte sich auf vielfältige andere Themen, die von der Nachbarschaftshilfe bis zu sozialrechtlichen Informationen reichten.

Die seit 2003 existierende Handarbeitsgruppe lebt von einer sehr engagierten Leiterin, die Leute anspricht und zusammenbringt. Die etwa 10 Frauen treffen sich regelmäßig in Räumen der Genossenschaft, tauschen sich aus und feiern gemeinsam. Sie schließen sich auch zu weiteren Unternehmungen zusammen, die sie allein nicht machen würden. Das Moment des Empowerment ist keineswegs vordergründig, sondern es entsteht über gemeinsame Aktivitäten. Es werden Ressourcen mobilisiert, die von der Handarbeit in andere Lebensbereiche übergehen, sowohl der sozialen Teilhabe und gegenseitiger Hilfeleistungen als auch in einzelnen Fällen dem Interesse an Entwicklungen in der Siedlung. Es zeigt sich ein ‚Sickereffekt‘ sozialer Teilhabe.

Im Fall A wird von einer Akteurin ein Gesprächskreis erwähnt, in dem durch die Thematisierung von unterschiedlichen Lebenslagen und Problemen eine Aktivierung erreicht wurde. Sie hebt gegenüber heteronomer Deutungsmacht (Vortrag) die Diskursivität hervor.

Und äh, da ich am Anfang nicht richtig wusste, wie wir dort anfangen, hab ich ja gemerkt, dass ein großer Diskussionsbedarf vorhanden ist unter den älteren Leuten. Und deswegen hab ich eine Art Gesprächsgruppe gegründet, mit ein paar Mann angefangen und jetzt, die Frau L. war vorige Woche mit dabei, da waren wir acht acht Mann. Und das Interesse ist eben vorhanden, weil solche Bürger,

die alleine zuhause sind, die niemanden haben mit denen sie mal die und die Probleme diskutieren können. Diskutieren oder dann eben, eine Entscheidung vorbereiten. Wir sind ja mit vielen Fragen, auch als Rentner konfrontiert, wo wir, wo wir handeln müssen. Und äh ich hab das jetzt eben so organisiert, dass das ohne, dass da ein Vortrag gehalten wird über irgendwas, ich informier da natürlich über bestimmte Fragen etwas. Aber, dass dort jeder das Recht hat und die Möglichkeit, mal einen Standpunkt zu äußern, mal einfach zu quatschen oder Fragen zu stellen und so weiter. Und wir versuchen dann, Hinweise und Ratschläge zu geben. (A6: 496-509)

Die Besonderheit des Empowerment als Selbstzweck besteht darin, dass aus der Erfahrung des Mitteilens heraus, über Andere die Selbstwirksamkeit zu erfahren, aus dem Schneckengehäuse der Resignation und der Verlustorientierung herauszutreten, grundsätzlich neuer Mut zum Handeln entsteht.

8.3.2 ANGEBOTE ODER AKTIVIERUNG

Die Strategien der Genossenschaften beliefen sich vor allem darauf, Angebote für ältere Bewohner/innen zu entwickeln. Ein erheblicher Teil der Lebensqualität im Alter wird über Dienstleistungen abgedeckt, die in unterschiedlichem Maße über privates Kapital, Versicherungsleistungen oder kommunale Angebote finanziert werden. In den Projektzusammenhängen – und auch für die Fragestellung unserer Untersuchungen – ist deshalb unbedingt zu untersuchen, inwieweit ein Bereich informeller Ökonomie durch organisierte Nachbarschaftshilfe überhaupt notwendig ist. Dieser wird bei den Engagierten zumeist – nicht zuletzt mit Rekurs auf die gesellschaftspolitische Debatte über bürgerschaftliches Engagement – vorausgesetzt. In der folgenden Sequenz wird ein generationeller Wandel an Bedürftigkeit formuliert.

Wir wissen, das jetzt unsere Rentner und Vorruheständler [...] wirtschaftlich gut gestellt sind, die äh, viele Dinge sich auch selbst organisieren können, die äh sich auch viele Dinge auch leisten können was die Teilhabe auch betrifft, was dann nicht mehr sein wird. Äh wir wissen, dass wir einen nicht unerheblichen Anteil an Bewohnern haben, die die Kosten der Unterkunft übers Jobcenter erhalten aus der Hartz IV Problematik heraus äh gesehen. Wir wissen, dass sehr viele aus der Arbeitslosigkeit heraus, teilweise schon in der zweiten, jetzt fängt so langsam auch schon die dritte Generation an aus der Arbeitslosigkeit heraus, dann (..) die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat, so finanziell gar nicht so in der Lage sind, sich viele Dinge zu leisten. Vielleicht ist das ein genossenschaftlicher Ansatz, es gibt ja diese neue Formulierung, Sozialrendite (D1: 356-365).

Der Vorstand der Genossenschaft D stellt die Frage, was passiert, wenn in nun alternden Generationen in einigen Bewohnergruppen die ökonomischen Ressourcen schwinden und das Angewiesensein auf den informellen Sektor zunimmt? In einigen Wohngebieten sei dies bereits deutlich zu erkennen. Studien wie die von Klatt und Walter (2011), die sich mit dem Engagement sozial Benachteiligter auseinander gesetzt haben, zeigen, dass die Ressourcenmobilisierung und informelle Unterstützungsnetzwerke gerade dort abnehmen können, wo sie am stärksten benötigt werden. In den Projekten zeigte sich, dass hier zwar gesellschaftspolitisch eine wichtige Diskussion angestoßen und aufgenommen wurde, die Spannungen und Friktionen in solchen aktivierenden Projekten aber bislang

öffentlich zu wenig bearbeitet werden. In der Projektbegleitung zeigte sich entsprechend, dass es für die Aktivierung wichtig ist, die unterschiedlichen Gründe von Bewohner/innen wahrzunehmen, nicht kollektiv zu handeln.

8.3.3 EMPOWERMENT ALS KATALYSATOR

Bei allen untersuchten Fällen ging die Initiative zur Vereinsgründung bzw. Projektentwicklung vom jeweiligen Vorstand der Genossenschaft aus. Sie baut auf Ergebnissen der Engagementforschung auf, dass sich ein frei werdendes Engagementpotential mit dem Eintritt in den so genannten Ruhestand bildet, das sich auch empirisch in relativ hohen Engagementquoten bis zum 70. Lebensjahr ausdrückt (Wolter 2013: 9). Dieses Potential bildet eine wichtige Basis in den untersuchten Projekten. Einerseits wurde bislang darauf verwiesen, dass Nachbarschaftshilfe ein traditionsreiches Tätigkeitsfeld ist, andererseits wurde deutlich, dass die projektmäßigen Nachbarschaftshilfeorganisationen nicht mit dem klassischen Nachbarschaftsverständnis identisch sind. Es wird an dem Begriff Nachbarschaft angeknüpft, aber nachbarschaftsübergreifende Unterstützungsnetzwerke projiziert.

Die in den Nachbarschaftsprojekten vorhandenen Aktivierungsstrategien weichen nach unseren Untersuchungen in zweierlei Hinsicht von dem von uns entwickelten Empowermentbegriff ab. Zum einen herrscht ein hierarchisches Steuerungsverständnis vor. Dadurch wird der Rahmen erschwert, dass die Bedürfnis- und Interessenlagen der Bewohner zum Tragen kommen. Sie werden zwar am Prozess beteiligt, aber bemächtigen sich nicht ihrer eigenen Chancen. Aus der nachfolgenden Passage geht hervor, dass der Nachbarschaftshilfeverein durch Mitarbeiter/innen der Genossenschaft gegründet wurde. Ein Beispiel für Empowerment – top down. Fern der Bewohner/innen wurden Ziel und Zweck des Vereins formuliert, ohne auf die Bedarfe und Interessen der potentiellen Mitglieder einzugehen. Dies hat in der Projektentwicklung auch zu großen Schwierigkeiten bei der Identifikation mit den Vereinszielen sowie der Aushandlung unterschiedlicher Interessen geführt.

Waren dann ein Kreis von 2, 4, 6, 8, 9 äh Gründern sozusagen (...). Also Gründer sind die Frau A. und der Herr G. zum Beispiel ((Gelächter)) (...) die steht nicht mehr zur Verfügung. Gründerin ist eine Mitarbeiterin die jetzt in Altersteilzeitruhephase ist und sich nach Dresden mit ihrem Lebensmittelpunkt bewegt hat. Wir haben eine Mitarbeiterin aus dem Haus die für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Wir haben unseren Abteilungsleiter Wohnungswirtschaft, weil Mitgliederbetreuung, Wohnungswirtschaft dort angesiedelt ist. Wir haben dann eine Vertreterin, (...) sie ist auch gleichzeitig im Seniorenrat des Landkreises [...] Und wir haben hier ein äh sozial äh und soz soz naja einen sozialen Stützpunkt, so will ich es mal bezeichnen. Das sogenannte K.-Haus, wo also gerade Kinder und Jugend und diese äh Schuldnerberatung diese Dinge da unterstützt werden. Die haben wir uns also alle ins Boot geholt, wir haben dann also zu neunt dann diesen Verein gegründet und haben dann mit vielen Bemühungen versucht das ganze öffentlichkeitswirksam zu machen und wir haben immer den Tenor bekommen: ((imitiert ein Gespräch)) Es ist schön das ihr euch damit beschäftigt und wenn wir mal Bedürfnisse haben in der Form, dann wissen wir das wir uns vertrauensvoll an unsere Genossenschaft an unsere AWG, wie ja im Volksmund immer noch gesagt wird, ähm uns wenden können. Aber wir haben jetzt momentan da kein Interesse dafür (D1: 379-409).

Obwohl dargestellt wird, wie die gesamte genossenschaftliche und weitere Kompetenz in dem Projekt gebündelt wird, wird bei den Adressaten kein Bedarf formuliert. Wie bereits unter Abschnitt 8.2.3 wird die professionelle Kompetenz, die für Empowerment als Handlungsstrategie notwendig ist, systematisch unterschätzt. Das gut organisierte und beworbene Angebot führt nicht dazu, dass Bewohner/innen sich in ihren Lebenslagen angesprochen fühlen. Dies lässt eine Ressourcenorientierung vermissen, die aber für Empowermentprozesse unverzichtbar ist. Der Rückzug in das Argument, dass offensichtlich der Bedarf nach Unterstützung gar nicht vorhanden sei, widerspricht der Erfahrung, von der uns Projektbeteiligte immer wieder berichteten, wie schwierig es für Bewohner/innen sei, Hilfe anzunehmen. In der folgenden Sequenz wird deutlich, wie befreiend Unterstützung jedoch sein kann und neue Perspektiven anstelle der Anpassung an eine bestimmte Lebenssituation eröffnet.

P: Und ich habe es von Herrn T. erfahren er rief mich an und fragte mich ob ich wüsste wer in meinem Bereich dort wo ich wohne hilfsbedürftig wäre oder wer helfen könnte. Nun da haben wir uns unterhalten und dann stellte er fest: Na sag mal du brauchst doch eigentlich selber Hilfe und ich sage naja. Doch aus dem Grunde, ich sagte wenn du meinst meine Frau würde sich zwar freuen, na ja und dann packte er es an und sagte ich hätte da jemanden falls du einverstanden wärst die kenne ich seit Jahren ((lacht)) sofort einverstanden ((lacht)) (B6: 410-416)

In den Projektzielen spielt zwar die Aktivierung der Bewohner eine große Rolle, aber die Möglichkeit des Empowerments wird dabei zu wenig genutzt. Das betrifft die interne Projektentwicklung, aber noch mehr eine mögliche ‚nach außen‘ gerichtete politische Partizipation. Einerseits fehlt das grundsätzliche Verständnis von Empowerment als Prozessgestaltung, andererseits sind die Akteure sehr stark in einer Angebotshaltung befangen. Die Aktivierung wird zumeist als ein Mittel gesehen, um Unterstützung leisten zu können, der Schritt, dass Bewohner/innen sich zunächst als kollektiv Handelnde erfahren und verstehen müssen, wird eher übergangen.

8.4 ENTWICKLUNGS- UND LERNPROZESSE

Die durchaus kritische Analyse der Nachbarschaftsprojekte folgte keinem normativen Konzept von Empowerment, sondern setzte rekonstruktiv an der diskursiven Behandlung von Themen und Erfahrungen sowie an Irritationen und scheinbarem Scheitern an, was die Bewohner/innen mehr oder weniger manifest uns gegenüber verbalisierten. Der von uns formulierte Anspruch auf Reflexivität zog auf Seiten der Akteure Irritationen, Perspektivenwechsel, Ermunterungen, aber auch Abwehr nach sich. Die Rolle der Forschergruppe bei der Projektentwicklung bestand darin, die Wichtigkeit von Entwicklungs- und Lernprozessen aufzuzeigen und diese zu begleiten.

In den Befragungen zog sich bei den Akteuren die Ungewissheit durch, was ein Nachbarschaftsprojekt leisten kann und wie dieses umgesetzt werden kann. Es erwies sich als nicht eindeutig planbar, entsprach in der Entwicklungsdynamik nicht den Erwartungen und mit der Initiierung des Projektes schien es, dass zwar ein Thema besetzt, aber keineswegs gelöst wurde. Obwohl sich nach Einschätzung des befragten Experten seit Gründung des Projektes Unterstützungsstrukturen entwickelt ha-

ben, fühlt man sich von der eigentlichen Zielsetzung (der Verständigung und Unterstützung zwischen den Generationen) weit entfernt. Damit ist ein gewisser Druck verbunden, Erfolge aufzuweisen.

Unser Thema [Projektname, Anm.] nämlich wenn ich diese kleinen Defizite, die Müller, Meier, Schulze hat in irgend einer Art und Weise kompensieren kann, ähm das Hauptziel haben wir ja eigentlich noch nicht hinbekommen dass nämlich die Jungen den Alten helfen, wir haben eigentlich derzeit die Situation dass die jüngeren Alten den älteren Alten ein Stück weit unter die Arme greifen, wenn wir dort so weit kommen dass die Jungen dort eine Rolle mit spielen, haben wir eins geschaffen, dass die Älteren hier bleiben können, natürlich nur bis zu dem Punkt wo es dann irgendwo ein gewerbliches Thema werden müsste nämlich wenn sie dann rund um die Uhr Pflege brauchen das ist sicherlich nicht über [Projektname, Anm.] abdeckbar und die Gegenrichtung wenn die jungen Leute sich um die älteren kümmern hätten wir das Thema Generationenkonflikt vom Tisch. Es ist ja nach wie vor und das verschärft sich ja auch in vielen Wohngebieten, das man merkt dass man eigentlich nicht mit dem Nachbarn mehr so richtig kann. Wir sind da trotz alledem Stück weiter gekommen also es ist schon so, dass man mehr miteinander redet (B1: 49-65).

Eine wichtige Aufgabe von Projektbegleitung liegt darin, mit den bei den Akteuren vorhandenen Erfahrungen weiter zu arbeiten und eine ‚Selbstwirksamkeit‘ wahrzunehmen, die häufig unter den globalen Projektzielen und instrumentellen Steuerungsvorstellungen begraben wurde. Dafür musste erst einmal – und dies gelang nicht in allen Projekten – eine Offenheit geschaffen werden, diesen Prozesse den nötigen Raum zu geben. Als förderlich für eine prozess- und teilhabeorientierte Projektentwicklungen können professionelle Steuerung und externe Beratung, Einbindung der Bewohner/innen, Unterstützung durch geeignete Kooperationspartner und thematische Priorisierung angesehen werden (vgl. BMVBS 2008). Eine Reihe unserer Ergebnisse stimmt mit den vier Strukturmaximen für eine zeitgemäße und zukünftige Altenarbeit überein, die Schmidt (2004: 222 f.) aus den bisherigen Erfahrungen mit Projekten der sozialen Altenarbeit herausarbeitete:

- Übersetzung der allgemeinen ‚Programmphilosophie‘ in die konkreten Lebenswelten
- Programmunschärfe ermöglicht den Menschen, ihre Tätigkeitsfelder selbst zu eröffnen
- Mischung aus Gemeinschaft und Tätigsein; Erweiterung von Erfahrungswelten, neue Umweltauseinandersetzungen
- Primärer Ortsbezug als Exempel neuer Haltungen und Aktivitäten.

Im diesem Sinne geht es nicht darum, immer neue Angebote für eine angenommene Lebensqualität Älterer zu schaffen, sondern über Beteiligung eine „neue Kultur des Älterwerdens“ zu entwickeln (ebd.: 223). Die dazu notwendigen Gestaltungsräume können nicht expertenhaft festgelegt werden, sondern entwickeln sich nur reflexiv-prozesshaft.

9. ZUSAMMENFASSUNG KONTROVERS

Sehr deutlich wurde in unserem Forschungszusammenhang, dass zwar Begriffe wie Nachbarschaftsaktivierung oder Engagement im Wohnumfeld allgegenwärtig sind, aber eine erhebliche ‚Lücke‘ in der Frage herrscht, wie ältere Menschen unter den konkreten regionalen, lokalen und quartiersbezogenen Bedingungen ihre Möglichkeitsräume aufrecht erhalten und dafür sensibilisiert sind.

Wie wird das Thema Alter(n) und Wohnumfeld diskutiert?

In den Diskursen dominiert das demographische Altern. Nicht nur die medialen, sondern auch die Diskussionen in den Nachbarschaften werden durch das demographische Altern bestimmt. Die gesellschaftlichen Veränderungen werden am offenkundigsten über das Fehlen der Jüngeren wahrgenommen. Das führt dazu, dass andere Dimensionen weniger im Blick sind: Es wird öffentlich wenig darüber gesprochen, was Alter(n) heute bedeutet, welche Hoffnungen und Ängste bestehen oder welche Gestaltungsmöglichkeiten und Abhängigkeiten sich andeuten. Als kollektives Altern bezeichnen wir die Generationenerfahrungen, die sich in ganz bestimmten sozialen Beziehungen widerspiegeln. Hinzu kommen Bilder, Regeln und Normen des Alter(n)s. Hier fanden wir eine überwiegend negative Sicht auf das Alter(n), die sich zugleich in den altersorientierten Angeboten manifestiert. Das schließt ein, dass ‚active aging‘ entweder als Ausnahme oder als Noch-nicht-Alt-Sein gedeutet wird.

Die Voraussetzung für eine gemeinsame Wahrnehmung von Verantwortung für die Bedingungen des Alterns ist dessen öffentliche Thematisierung. Alter(n) ist im Wesentlichen individualisiert, d.h. sowohl die entsprechenden Herausforderung sind an sehr unterschiedliche Lebenslagen und Lebensverläufe Älterer geknüpft, als auch die Verantwortung für deren Lösung liegt beim einzelnen Alten (und dessen Familie). „Man produziert Lesarten eines ‚tätigen Lebens im Alter‘ selbst und wirkt an ihrer Propagierung mit“ (Schmidt 2004: 223).

Die Bedeutung des Themas Wohnumfeld für die Teilhabechancen im Alter wird zwar nicht negiert, spiegelt sich aber weder in der Praxis der Wohnungsgenossenschaften noch in den Diskussionen und dem Engagement der Bewohnern angemessen wider.

Von Seiten der Bewohner/innen erfolgen oftmals erhebliche individuelle Anpassungsleistungen an die lokalen Bedingungen des Alterns, ohne diese zum Ziel von öffentlichen Initiativen zu machen. Auch Befunde aus einer Bewohnerbefragung in Nordostdeutschland lassen erkennen, dass trotz enormer infrastruktureller Probleme die Zufriedenheitswerte der älteren Bewohner/innen insgesamt höher ausfallen als die der Jüngeren. Es ist anzunehmen, dass diese Zufriedenheit auch mit einem Rückzug von Aktivitäten verbunden ist. Entscheidend ist dabei nicht, dass Ältere ihre Aktivitäten reduzieren, sondern dass sie sich auf diese Weise ihre Teilhabechancen verringern. In den Gesprächen lag der Zusammenhang zwischen eigenem Alltag und Gestaltung des Wohnumfeldes kaum offen zutage. Veränderungsvorschläge mussten teilweise erst entwickelt werden. Von Seiten der Bewohner/innen wurden dann häufig unzureichende Einkaufsmöglichkeiten, problematische Gehwegsitua-

tionen und Straßenübergänge, inadäquate Buslinien und fehlende Sitzmöglichkeiten in Form von Bänken benannt.

Alter(n)sensible Stadt- und Regionalpolitik ist in einem erheblichen Maße durch technologieorientierte Ansätze und technokratische Verfahren im Sinne von sozial engineering geprägt.

Sehr präsent war die Diskussion darüber, wie die Sicherung der Lebenslagen Älterer durch die Übernahme sozialer Leistungen vor allem im Bereich der Nachbarschaftshilfe geleistet werden könnte. Nachbarschaftshilfe wird von den Bewohnern selbst als kurzfristiges, auf Reziprozität beruhendes informelles Unterstützungssystem verstanden, worauf von außen nur sehr begrenzt Einfluss genommen werden kann.

Unsicherheit herrscht, wie über das barrierearme Wohnen hinaus ‚Investitionen‘ in das Gemeinwesen erfolgen können. Hierbei handelt es sich nicht um ein originäres Handlungsfeld der Wohnungsunternehmen. Es fehlen Erfahrungen sowie die Kooperationsbereitschaft der Kommunen. Die Reichweite der quartiersbezogenen Handlungsräume wohnungswirtschaftlicher Akteure ist stets abhängig von stadtentwicklungspolitischen Dynamiken und Beteiligungsverständnissen.

Die Transformation von ‚alten‘ Formen der Aktivierung und des gemeinsamen Handelns zu ‚neuen‘, auch intergenerationellen Formen stellt ein zentrales Moment der Mobilisierungschancen in Genossenschaften dar. Gerade weil beispielsweise die traditionellen ‚Hausgemeinschaften‘, die maßgeblich an Wertvorstellungen der Pflichtethik gebunden sind, nicht in neue Formen nachbarschaftlicher Netzwerke überführt werden, werden sie vor allem als Verlust erlebt und neue Entwicklungen nicht aufgenommen.

So unterschiedlich sich die jeweiligen Sozialräume und Projektansätze auch gestalten, wurden unabhängig von den Orten folgende Aspekte von den beteiligten Gesprächspartnern thematisiert:

- Nachbarschaft, Nachbarschaftshilfe, Pflege
- Bedeutung der Hausgemeinschaft früher und heute, generationspezifisch
- Notwendigkeit von Begegnungsorten und Gelegenheitsstrukturen
- Umgang bzw. Bewältigungsstrategien mit (niedrigschwelligen) Konflikten
- Strategien gegen Isolation und Vereinsamung bzw. die Ermöglichung sozialer Teilhabe und Stärkung der Gemeinschaft

Es sind aber recht unterschiedliche Ansätze, die Gemeinschaft zu bestärken bzw. (wieder) herzustellen. Auch zeigt sich beim Vergleich der Projekte, wie notwendig personelle Ressourcen und die bewusste Beteiligung der (älteren) Bewohner/innen bei der Umsetzung sind:

Warum fanden wir kaum, wonach wir suchten?

Es gibt darauf keine einfache Antwort, warum das Empowerment von Älteren für ihre unmittelbaren Lebensbedingungen, dem Wohnumfeld bei unseren Untersuchungen so wenig vorkam. Es hängt zum

einen mit der von uns gewählten Definition zusammen, indem wir Empowerment vor allem auf seine kollektive und partizipatorische Dimension bezogen haben. Dies schränkt ein, erklärt aber nicht die ‚Lücke‘ an sich. Folgende Überlegungen sind von dieser Hinsicht angestellt worden:

- Alter(n) ist keine verbindende Lebenslage, die automatisch zu kollektivem Handeln führt. Die Gestaltung des Wohnumfeldes wird nicht als gemeinsame Interessenlage – auch mit anderen Altersgruppen – angesehen. Die Vielfalt des Alters spielt dabei eine große Rolle, lässt aber die Gemeinsamkeiten auch übersehen. Dies hängt sicherlich mit der fehlenden oder einseitigen öffentlichen Thematisierung zusammen, über die gemeinsame Interessen erst einmal sichtbar werden können. Probleme oder Konflikte können zwar Impulse für Engagement sein, aber gleichzeitig sind diese mit viel persönlicher Scham und Stigmatisierung verbunden, die eine Öffentlichkeit erschweren. Sowohl die Bilder des fitten Alten als auch die des Alterns als Verlust sind für eine differenzierte Thematisierung nicht förderlich. Auch bei den von uns untersuchten Genossenschaften folgten die hauptamtlichen Akteure überwiegend ihrem eigenen Verständnis vom Alter(n), einem eher defizitorientierten Blick.
- Die Engagementbereitschaft für öffentliche Angelegenheiten ist eher gering. Ohne der Disengagement-These das Wort zu reden, verwiesen viele Befragte darauf, dass auch ein ‚Ruhestand‘ von verantwortlichem bürgerschaftlichen Tätigkeiten eintreten sollte.
- Folgerichtig arrangieren sich die Bewohner/innen mit ihren Lebensbedingungen in individueller Form, unter Zuhilfenahme von professionellen und familiären, teilweise nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Unterstützungen. Dies führt häufig dazu, dass sie sich ‚einrichten‘, aber keine Veränderungen herbeigeführt werden, die bessere Lebensbedingungen schaffen würden. Vielmehr entwickelt sich eine Akzeptanz, dass die Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind.
- Obwohl wir annahmen, dass Wohnungsgenossenschaften dem Thema Engagement für das Wohnumfeld offen gegenüberstehen, sind die Rahmenbedingungen für ein Empowerment keineswegs günstig. Zwar waren sich Mitglieder und Beschäftigte in den untersuchten Genossenschaften der spezifischen Organisationsform bewusst, aber die konkreten Bedingungen waren zu wenig förderlich für Empowerment. Zwar investierten die untersuchten Genossenschaften in Nachbarschaftsprojekte, aber die Mitglieder waren in diesen Prozess wenig eingebunden. Im Unterschied zum Rollenverständnis des ‚Wohnungsverwalters‘, handelt es sich bei den an unserer Studie beteiligten Vorständen und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen um Akteure mit gemeinwesenorientiertem Gestaltungsanspruch. Was fehlt, ist die Berücksichtigung und aktive Einbeziehung der Mitglieder und Bewohner/innen, die als Experten ihrer Lebenswelt eigentlich am besten artikulieren könnten, welchen Bedarfen und Herausforderungen nachgegangen werden sollte. Die Mitglieder werden mehr ‚beworben‘ als beteiligt.
- Der Fokus auf dem Wohnumfeld als gestaltender und qualitativer Faktor für Lebensqualität fehlte sowohl den Mitgliedern wie den Beschäftigten der Wohnungsgenossenschaften. Da letztere die Situation zumeist positiver einschätzten, sahen sie auch weniger Handlungsbedarf. Dissens herrschte zwischen Wahrnehmungen der Experten und der älteren Bewohner/innen, weil die Kleinräumigkeit der Angebotsnachfragen nicht entsprechend beachtet wird. Angebote werden nicht genutzt, weil sie gar nicht wahrgenommen wurden oder der

Zugang nicht gegeben war. Das Wohngebiet wird von den Genossenschaften als auch den Bewohner/innen als wenig beeinflussbares Tätigkeitsfeld angesehen, weil die Zuständigkeiten diffus und häufig intransparent seien. Oftmals gibt es keine wirklichen Erfahrungen mit partizipativen Quartiersentwicklungsprozessen, auf denen man aufbauen könnte. Zwischen Kommunen und Genossenschaften gibt es – mit Ausnahme eines Falles – keine stabile Kooperation.

- Das Wohngebiet oder Quartier ist kein feststehender Bezugsraum. Weder ist er für alle Bewohner/innen ein gleichzeitiger und gleich umrissener Bezugsraum, noch sind die Nutzungen und Wahrnehmungen identisch. Wie jeder soziale Raum stellt er einen Erfahrungsraum mit besonderen Konnotationen und Besetzungen dar. Je nach sozioökonomischen und demographischen Entwicklungen werden aufsteigende und absteigende Quartiere unterschieden, was sich auch im Bewusstsein und im Engagement der Bewohner/innen widerspiegelt. Bestimmte öffentliche oder halböffentliche Räume werden durch bestimmte Bevölkerungsgruppen genutzt oder gemieden. D.h., es ist in jedem Fall erst zu klären, welche Bedeutung das Quartier für die Teilhabechancen seiner Bewohner/innen hat.

Ist es denn überhaupt notwendig?

In vielen Interviews wurden die Grenzen der Nachbarschaftshilfe deutlich. Jüngere Ältere würden älteren Alten helfen, das kollektive Altern würde diese Unterstützungssysteme infrage stellen. Die Aufgabe der kommenden Jahre wird die zunehmende Hochaltrigkeit in vielen der untersuchten Siedlungen sein. Damit ist nicht zwangsläufig eine Zunahme an Unterstützungsbedarfen verbunden, es ist damit zu rechnen. Ob dies geschieht oder nicht, hängt in einem wesentlichen Maße von den Kompensationsmöglichkeiten und niedrigschwelligen Unterstützungsformen ab. Aktivitäten generieren zwar erst einmal Unterstützungsbedarfe, erhalten aber längerfristig die Teilhabe und Autonomie.

Das Unterstützungsangebot wird auf jeden Fall zurückgehen, zumal die Integration der jüngeren Generationen in den Arbeitsmarkt steigt. Insofern ist die langfristige Entwicklung von altersgemischten Nachbarschaften nicht *der* Lösungsansatz, dürfte aber eine steigende Attraktivität erhalten.

Mängel im Wohnumfeld sind als Umzugsgrund kaum ausschlaggebend, zumeist werden Betreuungsprobleme und wohnungsbezogene Gründe (z.B. Barrierefreiheit) angegeben (ISB 2010). Dies lässt auf den ersten Blick also das Handlungsfeld für die Wohnungsunternehmen als wenig attraktiv erscheinen und könnte die Lock-In-These bestätigen, d.h. die Menschen bleiben wohnen, auch wenn die Wohnbedingungen nicht optimal sind und arrangieren sich damit, bis es nicht mehr geht. Bei den Zuzügen spielt allerdings das Wohnumfeld eine ganz erhebliche Rolle, wobei hier nicht nur die Infrastruktur, sondern auch das Image und die soziale Struktur gemeint sind. Bei den 50-60Jährigen und über 70Jährigen ist das Vorhandensein von Einrichtungen (Ärzte, Mobilität, Einkauf) wichtiger als die Wohnkosten (ebd.)

Was lässt sich daraus ableiten?

Erforderlich ist eine stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Alter(n) unter den konkreten Bedingungen vor Ort, welche der zunehmenden Differenzierung und mehrfachen ‚Unbestimmtheit‘ des Alter(n)s gerecht wird. Das schließt ein: den Wandel der Altersbilder d.h. auch der Handlungspraktiken des Alterns; den sozialen Wandel und damit die Lebenslagen der Älteren und die intergenerationellen Beziehungen; die neuen Konstellationen in den biographischen Übergängen, die eng mit Zurechnung zu bestimmten Lebensphase verbunden sind. Diese – wahrscheinlich in den nächsten Generationen noch zunehmende – Unbestimmtheit verhindert den Rekurs auf bewährte Bewältigungsstrategien und erfordert – jenseits der plakativen neuen Altersbilder – eine Vergewisserung über das Alter(n). Dies ist voraussetzungsvoll, die Bewohner/innen benötigen einen Raum, um über ihre Wahrnehmungen und Alltagspraktiken zu sprechen/zu problematisieren

Soziale (Alten-)Arbeit muss weniger in den traditionellen Effektivitäts- und Produktivitätsdiskursen verortet sein, sondern sehr viel stärker die Diskurse in Bezug auf Ermöglichungsspielräume und Verwirklichungschancen im Kontext des Lebenslagenkonzeptes thematisieren. Dabei muss ein Recht auf Rückzug, ein Recht auf Langsamkeit und somit auf individuelle Selbstbestimmung als ein gesellschaftlich garantiertes und geschütztes Recht für alle Lebensalter existieren (Kleiner 2012: 275).

Eine Diskussion also, bei der es um die Leistungsfähigkeit und das Potenzial des Unterstützungssystems Nachbarschaft im Kontext soziapolitischer Programmatiken geht, aber eben auch um deren Grenzen. Damit formell Strukturen der Nachbarschaftshilfe nachhaltig entwickelt werden können, ist der Beratungs- und Koordinierungsbedarf bei entsprechender Sicherung von Professionalität zu berücksichtigen. Die ‚Naturwüchsigkeit‘ von informellen Nachbarschaftshilfen kann nicht einfach auf die untersuchten Projekte übertragen werden. Er existiert sowohl auf der individuellen, kollektiven und organisationalen Ebene. Für viele Befragte bildet das Alter(n) eine Lebensphase mit vielen Fragezeichen. Die müssen – häufig dann unter Zwang – Entscheidungen (auch als Nichtentscheidungen) treffen, bei denen die Möglichkeitsräume und Autonomie nicht ausgelotet werden. Beratungsleistungen können in diesem Sinne Teil einer Lebensplanung sein, die die krisenhaften und problematischen Seiten des Alter(n)s im Blick hat, aber als Lebensphase mit eigenen ‚Entwicklungsaufgaben‘ versteht. Kollektiv können auf der Ebene von Nachbarschaften Beratungs- und Koordinierungstätigkeiten ergänzend und unterstützend wirken, indem z.B. Kommunikationspunkte geschaffen werden oder eine Auseinandersetzung mit der Transformation des Nachbarschaftsgedankens moderiert wird. Auf der Ebene der Genossenschaften zeigte sich der Bedarf vor allem in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit sozialen Fragen und der Projektentwicklung.

Nicht untersucht, aber in unserem Zusammenhang von großem Interesse ist, inwieweit die Wohnungsgenossenschaften als interessierte Akteure kommunal oder andernorts unterstützt werden, um die soziale und ökonomische Rationalität besser vereinbaren zu können.

10. LITERATUR

Abel, Thomas; Schori, Dominik 2009: Der Capability-Ansatz in der Gesundheitsförderung. Ansatzpunkte für eine Neuausrichtung der Ungleichheitsforschung. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 34/2009, H. 2, S. 48–64.

Adam, Thomas 1999: 125 Jahre Wohnreform in Sachsen. Zur Geschichte der sächsischen Baugenossenschaften. Leipzig: Antonym.

Ahlheit, Peter 2010: Lernwelt „Nachbarschaft“: Zur Wiederentdeckung einer wichtigen Dimension. In: Pilch Ortega, Angela; Felbiger, Andrea; Mikula, Regina; Egger, Rudolf (Hg.): Macht – Eigensinn – Engagement. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 121-135

Alisch, Monika und Michael May 2013: Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013) 4-5, S. 40-45

Amann, Renate, Neumann-Cosel, Barbara von 2000: Offensiv Altern - Offensiv Leben. Ein generationsübergreifendes Frauenwohnprojekt der Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG. Berlin: edition arka-dien

Aner, Kirsten 2005: „Ich will, dass etwas geschieht!“ Wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht – oder auch nicht. Berlin: edition sigma

Aner, Kirsten 2006: Wunsch und Wirklichkeit. Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen sozialpolitischen Erwartungen und individuellem Handeln, in: neue praxis (np) 1/2006. S. 53-67

Aner, Kirsten 2007: Zivilgesellschaftliches Engagement aus biografisch-handlungslogischer Perspektive, erscheint in: Cloos, Peter/Thole, Werner (Hg.): Ethnografische Zugänge. Professions- und adressatInnenbezogene Forschung im Kontext von Pädagogik, Wiesbaden: VS, S. 87-100

Backes, Gertrud M., Clemens, Wolfgang 1998: Lebensphase Alter. Weinheim: Juventa

BAGSO Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (Hg.) 2008: Mitgestalten und Mitentscheiden - Ältere Menschen in Kommunen. Leitlinie für das Programm "Aktiv im Alter". Memorandum. Bonn

Bailey, Cara L. 2007: Understanding the Meaning of Community Engagement for Aging in Place within a Social Capital Framework. Diss., Virginia Polytechnic Institute and State University. Richmond

BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) 2009: Bürgermitwirkung im Stadtumbau. Bonn. H. 140.

BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) 2007: Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaft. Das Forschungsfeld "Modelle genossenschaftlichen Wohnens" im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau. Bonn. H. 125.

- Beetz, Stephan 2005: Mitgliederbeziehungen in Wohnungsgenossenschaften. Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Unternehmertum, Partizipation und Nachbarschaft. Schriftenreihe des Instituts für Genossenschaftswesen an der HU Berlin, Band 63, Berlin
- Beetz, Stephan 2007: Wohnungsgenossenschaften und Nachbarschaften. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4.2007, S. 241-249.
- Beetz, Stephan 2012: Nachbarschaften in Roßwein. Reihe Forschungsberichte der Fakultät Soziale Arbeit Nr. 5, <https://www.sa.hs-mittweida.de/forschung/forschungsberichte.html>
- Beetz, Stephan, Müller, Bernhard, Beckmann, K. J., und Hüttl, R. F. 2009: Altern in Gemeinde und Region. Nova Acta Leopoldina NF Bd. 103, Nr. 367, Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft
- Behr, Iris; Müller, Kornelia 2006: Modellvorhaben WohnSinn eG Darmstadt. Ein generationenübergreifendes Nachbarschaftsprojekt. Eine Untersuchung im Rahmen des ExWost-Forschungsfeldes "Modelle Genossenschaftlichen Wohnens: Erschließen von Genossenschaftspotentialen" BMVBS, Berlin
- BMVBS & BBR (Hg.) 2008: Attraktives Wohnen im Quartier. Dokumentation der Fallstudien im Forschungsfeld "Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere". Ein Projekt des Forschungsprogramms ExWoSt. Schriftenreihe Werkstatt: Praxis. Heft 59.
- BMVBW Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.) 2004: Wohnungsgenossenschaften. Potenziale und Perspektiven. Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften. Berlin: Duncker & Humblot
- Bohnsack, Rolf, Nentwig-Gesemann, I., Nohl A.-M. (Hg.) 2001: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Opladen: Leske + Budrich
- Bott, Jutta M. u.a. 2013: Gut leben im (HOHEN) Alter. Abschlussbericht. FH Potsdam
- Brauer, Kai 2006: Familie und Gemeinde als Medien des sozialen Kapitals moderner Gesellschaften. In: Schroeter, K. und Zängel, P. (Hg.): Altern und Bürgerschaftliches Engagement: Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter.. Wiesbaden: VS, S. 175-207
- Braun, Joachim, Bischoff, S. 1999: Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen - Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit. ISAB-Verlag Köln; in ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 53
- Brendgens, Ulrich, Braun, Joachim 2001: Freiwilliges Engagement älterer Menschen. In: Picot, S. (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Band 194.3. Stuttgart: Kohlhammer, S. 209-301
- Brinker, Mechthild /Elisabeth Hackmann/Walter Lennartz 1998: Gemeinwesenorientierte Altenarbeit: 18 Projekte aus der Praxis für die Praxis. Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe
- Bukasa, Di-Tutu und Andreas Görg o.J.: Empowerment. Theoriestudie zu Macht gegen Diskriminierung. Studie im Auftrag des ICAP - International Centre for African Perspectives, Wien
- Burmeister, Joachim 2006: Ältere Menschen als "seniorTrainerinnen": Das Modellprogramm "Erfahrungswissen für Initiativen" (EFI). In: Schroeter, K. R. und Zängl, P. (Hrsg.): Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter. Wiesbaden: VS, S. 245-260.

- Büschner, Andreas; Emmert, Stephanie; Hurrelmann, Klaus 2009: Die Wohnvorstellungen von Menschen verschiedener Altersgruppen. Veröffentlichungsreihe des Instituts für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld (IPW).
- Caro, Francis G. 2008: Produktives Altern und ehrenamtliches Engagement in den USA. Konzeptuelle Überlegungen, empirische Befunde und Implikationen für die Politik. In: Erlinghagen, M./Hank, K. (Hg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS, S. 75-90
- Corsten, Michael, Michael Kauppert, Hartmut Rosa 2008: Quellen Bürgerschaftlichen Engagements. Die biographische Entwicklung von Wir-Sinn und fokussierten Motiven, Wiesbaden
- Dietz, Berthold 2011: Soziale Arbeit in alternden Gesellschaften. In: Benjamin Benz/Jürgen Boeckh/ Hildegard Mogge-Grotjahn (Hg.) Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit Wiesbaden: VS, S. 337-351
- Dörner, Klaus 2007: Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem, Neumünster
- Eichener, Volker 2006: Die Mobilisierung sozialen Kapitals durch bürgerschaftliches Engagement: Die Seniorenarbeit der Düsseldorfer Netzwerke. Manuskript, Bochum
- Eifert, Barbara. 2006: Seniorenvertretungen in Nordrhein-Westfalen als Beispiel politischer Partizipation älterer Menschen. In: Schroeter, K. R., und Zängl, P., (Hrsg.): Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter. Wiesbaden: VS, S. 261-283
- Elias, Norbert/Scotson, John L. 1993: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fehren, Oliver 2008: Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin: edition sigma.
- Galtung, Johan 1975: Strukturelle Gewalt. Reinbek: Rowohlt
- Günther, Julia 2005: Das soziale Netz der Nachbarschaft als System informeller Hilfe. In: Gruppendynamik und Organisationsberatung. Ausgabe 36, 4/2005, S. 427-442.
- Günther, Julia/Nestmann, Frank 2000: Quo vadis Hausgemeinschaft? Zum Wandel nachbarschaftlicher Beziehungen in den östlichen Bundesländern. In: Gruppendynamik & Organisationsberatung. Ausgabe 31, 3/2000, S. 221-238.
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas 2000: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich
- Herriger, Norbert 1991: Empowerment – Annäherungen an ein neues Fortschrittsprogramm der sozialen Arbeit. In: Neue Praxis, 4/1991, S. 221-229.
- Herriger, Norbert 1996: Empowerment und Engagement. In: Soziale Arbeit 9/10, S. 290-301.
- Herriger, Norbert 2010: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.
- Höpflinger, François und Astrid Stuckelberger 1999: Alter. Anziani. Vieillesse. Hauptergebnisse und Folgerungen aus dem Nationalen Forschungsprogramm NFP32. Bern
- Ipsen, Detlev 1999: Ältere Menschen und die moderne Stadt. Die Dialektik von Persistenz und Innovation. In: Jansen, Birgit u.a. (Hg.): Soziale Gerontologie. Ein Handbuch für Lehre und Praxis. Weinheim: Beltz, S. 504-520.

- Kalisch, Dominik 2009: Wohnstandortbedürfnisse älterer Menschen. In: Informationsdienst Altersfragen, Jg. 36, H. 04, S. 8–12.
- Kieffer, Charles H. 1984: Citizen empowerment: A developmental perspective. In Rappaport, Julian; Swift, Carolyn F. and Hess, Robert E. (Hg.), Studies in empowerment: Steps towards understanding and action. New York: Haworth, p. 9-35
- Klages, Helmut 1958: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Klatt, Johanna/Walter, Franz 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft. Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: transcript Verlag
- Kleiner, Gabriele 2007: Perspektiven einer Gemeinwesenorientierung in der sozialen Altenarbeit. In: Soziale Arbeit 6/2007, S. 207-211
- Kleiner, Gabriele 2012: Gemeinwesenarbeit im demografischen Wandel – Verwirklichungschancen und Ermöglichungsspielräume. In: Gabriele Kleiner (Hg.): Alter(n) bewegt. Perspektiven der Sozialen Arbeit auf Lebenslagen und Lebenswelten. Wiesbaden: VS, 271-290
- Klie, Thomas 1998: Pflege im sozialen Wandel. Wirkungen der Pflegeversicherung auf die Situation Pflegebedürftiger. Zeitschrift für Gerontologische Geriatrie 31, S. 387–391
- Klöck, Thilo 1994: „Empowerment“ – in der Balance von Interessenorganisation und stellvertretender Einmischung als kombinierbare Prozesse der Machtbildung. In: Bitzan, Maria; Klöck, Thilo (Hg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven. München: AG SPAK, S. 134-153.
- Klöck, Thilo 1998: Solidarische Ökonomie, Empowerment, Gemeinwesenarbeit und das Geschlechterverhältnis. In: Ders. (Hg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment. Neu-Ulm: AG SPAK, S. 11-50.
- Kohli, Martin/Künemund, Harald 2001: Partizipation und Engagement älterer Menschen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven. In: Expertisen zum Dritten Altenbericht der Bundesregierung. Band 3: Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter. Berlin, S. 117-234.
- König, Barbara 2004: Stadtgemeinschaften. Das Potenzial der Wohnungsgenossenschaften für die soziale Stadtentwicklung. Berliner Schriften zur Kooperationsforschung 8, Berlin: edition sigma.
- Köster, Dietmar/Rüßler, Harald/Stiel, Janina 2012: Lebensqualität und Partizipation Älterer im Wohnquartier. neue praxis 4/12. Lahnstein.
- Köstler, Ursula 2006: Seniorengenossenschaften - Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Untersuchung zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik. Münster: Lit
- Kreckel, Reinhard 2006: Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext. Der Hallesche Graureiher 2006 – 4, Halle: MLU
- Kremer-Preiß, Ursula; Stolarz, Holger 2005: Bedarfsgerechte Wohnmodelle für die Zukunft. Werkstatt-Wettbewerb Quartier- Dokumentation der ausgezeichneten Beiträge. In: Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und Bertelsmann Stiftung (Hg.). Köln.

Kreuzer, Volker 2006: Altengerechte Wohnquartiere. Stadtplanerische Empfehlungen für den Umgang mit der demografischen Alterung auf kommunaler Ebene. Dortmund: Universität Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 125).

Lehr, Ursula 2007: Altern der Bevölkerung.

http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Lehr_Alterung.pdf

Lemme; Roswitha 2009: Älter werden im Quartier - Raumanerkennung als Gesundheitsressource. In: Alisch, Monika (Hg.): Lesen Sie die Packungsbeilage ...?! Sozialraumorganisation und Gesundheitsinformation. Opladen: Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 3), S. 119–138.

Lerner, Michael 1986: Surplus powerlessness. Oakland, CA: Institute for Labor and Mental Health.

Lord John 1997: Empowerment: Self in Community. Presented to Empowerment Practice in Social Work Conference, Faculty of Social Work, University of Toronto, September 1997

Marbach, Jan H. 2008: Aktionsraum und Netzwerk im höheren Lebensalter. Empirische Befunde und Schlussfolgerungen für die Praxis. Herausgegeben von Forum Gemeindepsychologie. Online verfügbar unter http://www.gemeindepsychologie.de/fg-1-2008_03.html, zuletzt geprüft am 09.02.2010.

MASGF des Landes Brandenburg (2007): Alt werden im Land Brandenburg. Leitlinien zur Seniorenpolitik der Landesregierung. Potsdam

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.) 2007: Gemeinsam mehr erreichen – Lokale Vernetzung und Kooperation. Verlag Bertelsmann Stiftung. Bielefeld

Neu, Claudia (Hg.) 2009: Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Aus der Reihe: Demografischer Wandel - Hintergründe und Herausforderungen. Wiesbaden: VS

Noll, Heinz-Herbert 2000: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. WZB-Paper P 00-505, Berlin

Notz, Gisela 2002: Der soziale Engagementbereich ist auch für Ältere eine Domäne der Frauen Susanne Huth (Hg.): Grundsatzthemen der Freiwilligenarbeit - Theorie und Praxis des sozialen Engagements und seine Bedeutung für ältere Menschen, Praxisbeiträge der BaS zum bürgerschaftlichen Engagement im Dritten Lebensalter, Band 13, Stuttgart/Marburg/Erfurt: Verlag Peter Wiehl, S. 121-141

Nussbaum, Martha C. 1999: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Olsen, Hinrich 2002: Offene Altenarbeit als Empowerment. Das Beispiel "inForum". Oldenburg: Paulo Freire Verlag

Opp, Karl-Dieter 1998: Die Perspektive der Ressourcenmobilisierung und die Theorie kollektiven Handelns. In: Hellmann, K.U./Koopmans, R. (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen, S. 69-89

Otto, Ulrich 2005: Partizipation und Inklusion im Alter. Aktuelle Herausforderungen. Jena.

Peter, Andreas 2009: Stadtquartiere auf Zeit. Lebensqualität im Alter in schrumpfenden Städten. Quartiersforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Rappaport, Julien 1985: Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit. Ein sozialpolitisches Konzept des „empowerment“ anstelle präventiver Ansätze. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, Heft 2/1985.

Rohden, K. S. 2009: Aktiv im Alter – Aktive Nachbarschaften. Magdeburger Bürgerforen in ausgewählten städtischen Quartieren. Lokale Bürgerforen „Wie wollen wir morgen leben?“, Vortrag auf Deutscher Verein für öffentliche Fürsorge, Hannover

Rüßler Harald 2012: Altern in der Stadt - Gestaltung des demographischen Wandels als kommunale Aufgabe. ConSozial 2012, Messezentrum Nürnberg, 08.11.12

Rüßler, Harald 2008: Altern in der Stadt. Neugestaltung kommunaler Altenhilfe im demografischen Wandel. Wiesbaden: VS

Rüßler, Harald 2013: Alternde Stadtgesellschaften gestalten - Lebensqualität im Wohnquartier verbessern, lokale Demokratie stärken. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (TUP), 64. Jg, H.2. S.97-107.

Rüßler, Harald/ Köster, Dietmar/ Heite, Elisabeth/ Stiel, Janina 2013: Soziale Ungleichheit und Partizipation in alternden Stadtgesellschaften. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie (ZGG) 4/2013, 306-311

Rüßler, Harald/Stiel, Janina 2013: "Du kannst jetzt mal sagen, was du möchtest." Partizipative Quartiersentwicklung in alternden Stadtgesellschaften. In: Sozialmagazin, Heft 5-6. Weinheim. S. 26-36.

Sachs-Pfeiffer, Toni (1995): Qualitative Stadt- und Gemeindeforschung. In: Flick, Uwe (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. 2. Aufl. Weinheim: Beltz PsychologieVerlagsUnion, S. 394–402.

Schmidt, Roland 2004: Soziale Altenarbeit und ambulante Versorgung Hilfe- und Pflegebedürftiger. In: Karl August Chassé; Hans-Jürgen von Wensierski (Hrsg.): Soziale Arbeit - Einführung in die Praxisfelder der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim/München: Juventa, S. 215-228

Scholl, Annette; Carls, Christian 2008: Älter werden im Wohnquartier. Lebendige Nachbarschaft - wie gelingt das? Herausgegeben von Forum Seniorenarbeit. (Forum Seniorenarbeit NRW).

Schroeter, K. R., und Zängl, P., (Hrsg.) (2006): Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Verge-meinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter. Wiesbaden: VS

Schubert, Herbert und Katja Veil 2011: Ältere Menschen im Stadtteil – Perspektiven zur Vermittlung zwischen privater Lebensführung und öffentlicher Daseinsvorsorge. In: Olaf Schnur/Matthias Drilling (Hg): Quartiere im demografischen Umbruch: Beiträge aus der Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 115-128

Sen, Amartya 2003: Ökonomie für den Menschen, München: Deutscher Taschenbuchverlag

Sohns, Armin 2007: Empowerment als Leitlinie Sozialer Arbeit. In: Brigitta Michel-Schwartz (Hrsg.) 2007: Methodenbuch Soziale Arbeit. Basiswissen für die Praxis. Wiesbaden: VS

Spellerberg, Annette u.a. 2009: Die alternde Siedlergemeinschaft. Fachtagung „Alternde Räume“ der Schader-Stiftung, Darmstadt/Kaiserslautern

Stark, Wolfgang 1996: Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg i. B.: Lambertus.

Steffen, Gabriele 2010: Attraktive Stadtquartiere für das Leben im Alter. In: Soziale Stadt Info 24. Juli 2010, Berlin, S. 10–12

- Steinert, Erika/Schumacher, Ulrike/Bienek, Katja 2012: Partizipation älterer Menschen in der offenen Altenarbeit. Ein Vergleich zwischen ostsächsischen und US-amerikanischen Einrichtungen. Görlitzer Beiträge zu regionalen Transformationsprozessen, Bd. 6. Frankfurt a. M.: Peter Lang
- Steinfurt Julia 2011: Identität und Engagement im Alter. Eine empirische Untersuchung. Wiesbaden: VS
- Sturm, Gabriele 2011: Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte KOMPAKT 5/2011, Bonn
- Theunissen, Georg 1998: Eltern behinderter Kinder als Experten in eigener Sache. In: Zeitschrift für Heilpädagogik 3/1998, S. 100-105.
- Wahl, Hans-Werner; Mollenkopf, Heidrun; Oswald, Frank (Hg.) 1999: Alte Menschen in ihrer Umwelt. Beiträge zur ökologischen Gerontologie. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Walther, Uwe-Jens 2007: Alternde Stadtbevölkerung - Altern in der Stadt. In: Baum, Detlef (Hg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit. Ein Reader für planende und soziale Berufe: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 389–400.
- Wolter, Birgit 2013: Engagement älterer Menschen für das (eigene) Wohnumfeld. Beispiele aus der Praxis. Bericht der Recherche im Rahmen des Projektes: „Empowerment für Lebensqualität im Alter (ELA)“ Forschungsberichte Fakultät Soziale Arbeit Nr. 8 (<https://www.sa.hs-mittweida.de/forschung/veroeffentlichungen/forschungsberichte.html>)
- Wright, Michael 2007: Stufen der Partizipation in der Gesundheitsförderung. Ein Modell zur Beurteilung von Beteiligung. In: Info-Dienst für Gesundheitsförderung, Jg. 7, H. 3, S. 4–5
- Zeman, Peter 2007: Bürgerschaftliche Beiträge Älterer zur Lebensqualität in alternden und schrumpfenden Kommunen. Informationsdienst Altersfragen 34, 2-4
- Zimmerman, Marc 1992: Empowerment: forging new perspectives for mental health. In: Rappaport, J./Seidmann, E. (eds.): Handbook of community psychology. New York: Plenum Press
- Zimmerman, Marc A. 2000 Empowerment theory: Psychological, organizational, and community levels of analysis. In J. Rappaport/E. Seidman (Eds.), Handbook of community psychology. New York: Plenum, pp 43-63
- Zimmerman, Marc A./Rappaport, Julian 1988: Citizen participation, perceived control and community levels of analysis. In: American Journal of Community Psychology 5/1988, S. 725-750